



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

STOCKHOLM

2021

**Achtundzwanzigstes
Treffen des Ministerrats
2. und 3. Dezember 2021**

Erklärungen des Ministerrats

Beschlüsse des Ministerrats

Erklärungen des Vorsitzenden und der Delegationen

Berichte an den Ministerrat

Stockholm 2021

3 December 2021

GERMAN
Original: ENGLISH

Hinweis: Personenbezeichnungen, die in diesem Dokument aus Gründen der Lesbarkeit nur in der männlichen Form wiedergegeben sind, umfassen Personen jeden Geschlechts.

MC28GW58

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

I.	ERKLÄRUNGEN DES MINISTERRATS	
	Ministererklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format	3
II.	BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS	
	Beschluss Nr. 1/21 über die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) 2021	7
	Beschluss Nr. 2/21 über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2025	8
	Beschluss Nr. 3/21 über die Stärkung der Zusammenarbeit zur Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen	9
	Beschluss Nr. 4/21 über Zeit und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE	13
III.	ERKLÄRUNGEN DER VORSITZENDEN UND DER DELEGATIONEN	
	Erklärung der Vorsitzenden (auch im Namen von Albanien, Polen und Nordmazedonien)	17
	Erklärung der Vorsitzenden (auch im Namen von Albanien, Polen und Nordmazedonien)	23
	Erklärung der Delegation Armeniens	27
	Erklärung der Delegation Aserbaidshans	29
	Erklärung der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika	32
	Erklärung der Delegation der Russischen Föderation	35
	Erklärung der Delegation Dänemarks (auch im Namen von Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidshan, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, der Türkei, der Ukraine, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern)	38
	Erklärung der Delegation Rumäniens (auch im Namen von Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika)	41
	Erklärung der Delegation Montenegros (auch im Namen von Albanien, Andorra, Aserbaidshan, Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island,	

Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, der Türkei, der Ukraine, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern)	47
Erklärung der Delegation Islands (auch im Namen von Bulgarien, Estland, Finnland, Irland, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika).....	50
Erklärung der Delegation Kanadas	54
Erklärung der Delegation der Russischen Föderation (auch im Namen von Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan)	56
Erklärung der Delegation Belgiens (auch im Namen von Albanien, Andorra, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, der Mongolei, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, Tadschikistan, der Türkei, Turkmenistan, der Ukraine, Ungarn, Usbekistan, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern).....	58
IV. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT	
Bericht der Generalsekretärin an das achtundzwanzigste Treffen des Ministerrats der OSZE	63
Schreiben des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation an die Ministerin für auswärtige Angelegenheiten von Schweden und Vorsitzende des achtundzwanzigsten Treffens des Ministerrats der OSZE	70
Bericht des Vorsitzenden der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien an das achtundzwanzigste Treffen des Ministerrats der OSZE	75
Bericht des Vorsitzenden der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum an das achtundzwanzigste Treffen des Ministerrats der OSZE	81
Bericht an den Ministerrat der OSZE über die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE im Jahr 2021	89

I. ERKLÄRUNGEN DES MINISTERRATS

MINISTERERKLÄRUNG ZU DEN VERHANDLUNGEN ÜBER DEN PROZESS ZUR BEILEGUNG DER TRANSNISTRIEN-FRAGE IM „5+2“-FORMAT

(MC.DOC/1/21 vom 3. Dezember 2021)

Die Ministerinnen und Minister für auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

1. erinnern an die bisherigen Ministererklärungen zur Arbeit der Ständigen Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format;
2. erklären erneut ihre feste Entschlossenheit, zu einer umfassenden, friedlichen und dauerhaften Beilegung des Transnistrien-Konflikts auf der Grundlage der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen mit einem Sonderstatus für Transnistrien zu gelangen, der die Menschenrechte sowie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte seiner Bevölkerung uneingeschränkt garantiert;
3. unterstreichen die Notwendigkeit, den ergebnisorientierten Beilegungsprozess, der durch die Ministererklärungen von Hamburg, Wien, Mailand, Bratislava und Tirana bekräftigt wurde, fortzusetzen und fordern die Konfliktseiten auf, sich unter dem polnischen OSZE-Vorsitz 2022 entsprechend in den Verhandlungsprozess einzubringen;
4. legen den Konfliktseiten dringend nahe, die seit dem Wiener Ministerratstreffen erzielten Ergebnisse zu vorrangigen Fragen zu konsolidieren und auf eine vollständige und fortlaufende Umsetzung aller Vereinbarungen hinzuarbeiten, die in den Protokollen der „5+2“-Gesprächsrunden in Rom 2018, Wien 2017 und Berlin 2016 festgehalten wurden, und somit zur Schaffung einer tragfähigen Grundlage für ein weiteres Vorankommen im Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage beizutragen;
5. unterstreichen die Notwendigkeit für eine weitere beschleunigte Umsetzung des Protokollbeschlusses vom 24. April 2018 über die „Teilnahme von nicht kommerziell genutzten Fahrzeugen aus Transnistrien am internationalen Straßenverkehr“ sowie für aktive Arbeit zu anderen verkehrsrelevanten Fragen unter Einhaltung des Wiener Übereinkommens über den Straßenverkehr von 1968;
6. ermutigen die Konfliktseiten, gemeinsame Vorschläge für weitere vertrauensbildende Maßnahmen auf der Grundlage des erzielten Fortschritts bei der Umsetzung des „Berlin-Plus-Pakets“ zu erarbeiten und ihren Dialog und ihre Bemühungen in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Hinblick auf weiterhin bestehende gravierende Besorgnisse zu verstärken, einschließlich von Einzelfällen und Bereichen, die sich unmittelbar auf das tägliche Leben der lokalen Bevölkerung auswirken;
7. begrüßen die Zusammenarbeit der Konfliktseiten bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, so auch in Bezug auf die Bereitstellung von 263 000 Dosen Impfstoff und anderer Hilfe für Transnistrien, und ermutigen sie, diesen Weg fortzusetzen und ihre Zusammenarbeit in anderen humanitären Fragen zum Wohle der Bevölkerung auf beiden Seiten des Flusses Dnister/Nistru zu intensivieren;

8. stellen fest, dass die Konfliktseiten im Jahr 2021 zahlreichere Treffen und Arbeitsgruppensitzungen abgehalten haben, und fordern sie auf, die Arbeit auf allen Ebenen des Verhandlungsprozesses in einem Rhythmus fortzusetzen, der die Erzielung greifbarer Fortschritte zu allen drei Körben der für den Verhandlungsprozess vereinbarten Agenda – sozioökonomische Fragen, allgemeine rechtliche und humanitäre Fragen und Menschenrechte – sowie einer umfassenden Beilegung im Einklang mit den international vereinbarten Prinzipien im Sinne von Absatz 2 einschließlich institutioneller, politischer und sicherheitspolitischer Fragen ermöglicht;
9. unterstreichen die Bedeutung der Ständigen Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format als alleiniger Mechanismus zur Herbeiführung einer umfassenden und dauerhaften Lösung, bekräftigen die wichtige Rolle der OSZE bei der Unterstützung dieses Prozesses, stellen mit Besorgnis fest, dass das letzte Treffen der Ständigen Konferenz 2019 stattfand und begrüßen in diesem Zusammenhang die Zusage aller Betroffenen, sobald als möglich ein ergebnisorientiertes Treffen in diesem Format abzuhalten;
10. loben den einheitlichen und aktiven Ansatz, den die Mediatorinnen und Mediatoren und Beobachterinnen und Beobachter der OSZE, der Russischen Föderation, der Ukraine, der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika in der Ständigen Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format verfolgt haben, und bestärken sie, ihre Bemühungen weiterhin abzustimmen und ihr kollektives Potenzial zur Förderung von Fortschritten in allen Dimensionen auf dem Weg zu einer umfassenden Lösung des Transnistrien-Konflikts vollständig auszuschöpfen.

II. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS

BESCHLUSS Nr. 1/21
JÄHRLICHE SICHERHEITSÜBERPRÜFUNGS
KONFERENZ (ASRC) 2021

(MC.DEC/1/21 vom 18. August 2021)

Der Ministerrat, –

unter Hinweis auf Beschluss Nr. 3 des Ministerrats von Porto über die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz,

in Bekräftigung der Notwendigkeit, die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2021 abzuhalten,

mit der Feststellung, dass über die Abhaltung der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2021 vor der Sommerpause kein Konsens erzielt werden konnte,

unter Berücksichtigung der Empfehlung des Forums für Sicherheitskooperation laut Dokument FSC.DEL/292/21/Rev.1 vom 28. Juli 2021,

unter Berücksichtigung der Empfehlung des Ständigen Rates –

beschließt, dass die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2021 nach der OSZE-Sommerpause abgehalten werden wird.

BESCHLUSS Nr. 2/21
OSZE-VORSITZ IM JAHR 2025
(MC.DEC/2/21 vom 30. November 2021)

Der Ministerrat

beschließt, dass Finnland im Jahr 2025 den Vorsitz in der OSZE führen wird.

Anlage zu MC.DEC/2/21

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Wenn wir uns dem Konsens zum Beschluss des OSZE-Ministerrats über den Vorsitz Finnlands in der OSZE im Jahr 2025 anschließen, gehen wir davon aus, dass Finnland sämtliche Bestimmungen von Beschluss Nr. 8 des OSZE-Ministerrats von Porto 2002 über die Rolle des amtierenden Vorsitzes strikt befolgen und dafür Sorge tragen wird, dass seine Handlungen nicht von den einvernehmlichen Standpunkten aller Teilnehmerstaaten abweichen.

Öffentliche Erklärungen, die vom amtierenden Vorsitz der OSZE im Namen der Organisation abgegeben werden, sollten im Einklang mit dem Beschluss Nr. 485 des Ständigen Rates der OSZE vom 28. Juni 2002 stehen.

Bei seiner Arbeit sollte der amtierende Vorsitz die gesamte Bandbreite der Meinungen der Teilnehmerstaaten berücksichtigen.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem verabschiedeten Beschluss des OSZE-Ministerrats als Anlage beifügen und in das Journal der heutigen Sitzung aufnehmen zu lassen.“

BESCHLUSS Nr. 3/21
STÄRKUNG DER ZUSAMMENARBEIT ZUR BEWÄLTIGUNG DER
DURCH DEN KLIMAWANDEL VERURSACHTEN
HERAUSFORDERUNGEN

(MC.DEC/3/21/Corr.2 vom 3. Dezember 2021)

Der Ministerrat –

in Anbetracht der zunehmenden Herausforderungen, die der Klimawandel für Wirtschaft und Umwelt im OSZE-Raum mit sich bringt, unter Hinweis auf die Bedeutung der Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE und unter Berücksichtigung des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE sowie in Bekräftigung der einschlägigen Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki 1975, dem OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension 2003, der Madrider Erklärung über Umwelt und Sicherheit 2007, dem Ministerratsbeschluss über die Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks der energiebezogenen Aktivitäten in der OSZE-Region 2013 und dem Ministerratsbeschluss über die Verbesserung der Katastrophenvorsorge 2014,

in der Erkenntnis, dass der Klimawandel eine globale Herausforderung für die Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und der darin enthaltenen Ziele für nachhaltige Entwicklung darstellt und dass die Bewältigung dieser Herausforderung eine möglichst umfassende internationale sowie regionale Zusammenarbeit erfordert,

in der Erkenntnis, dass das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und das Übereinkommen von Paris die wichtigsten völkerrechtlichen und zwischenstaatlichen Mechanismen und Foren für die Aushandlung, Entwicklung und Stärkung der weltweiten Reaktion auf den Klimawandel sind,

Kenntnis nehmend von den Berichten der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe für Klimaänderungen, in denen die zahlreichen beispiellosen und unumkehrbaren Veränderungen des Klimasystems in allen Regionen der Welt hervorgehoben werden, und unter Betonung der Notwendigkeit eines wirksamen Klimaschutzes zur Verringerung der Risiken und negativen Folgen des Klimawandels,

in Bekräftigung der Tatsache, dass der OSZE als regionaler Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen im Rahmen ihres Mandats eine ergänzende Rolle bei der Bewältigung der Herausforderung des Klimawandels im OSZE-Raum zukommt, insbesondere durch die Erleichterung kollektiver und kooperativer Reaktionen,

unter Hinweis darauf, dass die Auswirkungen des Klimawandels wirtschaftliche Herausforderungen und Umweltschädigungen verschärfen können, was sich negativ auf Wohlstand, Stabilität und Sicherheit im OSZE-Raum auswirken kann,

in Anerkennung der Bedeutung der Umweltsanierung als eines der Instrumente zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung an ihn sowie unter Herausstellung des Beitrags, den die Verbesserung des Zustandes geschädigter Wälder leistet, und der Bedeutung einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Sanierung von Wäldern,

in der Erkenntnis, dass es wichtig ist, dass die Teilnehmerstaaten klimarelevante Erwägungen in die einschlägigen nationalen oder innerstaatlichen Strategien, Planungen, Dokumente und Prozesse einbeziehen, um die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen und Resilienz gegen diese Auswirkungen aufzubauen,

in der Überzeugung, dass eine wirksame Zusammenarbeit der OSZE-Teilnehmerstaaten auf fairer und nicht diskriminierender Basis zum Vorteil aller und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten und Fähigkeiten bei der Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen sowie bei der Förderung von Frühwarnsystemen nützlich sein kann, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und gutnachbarliche Beziehungen zu fördern und damit zu Stabilität, Widerstandsfähigkeit und Wohlstand im OSZE-Raum beizutragen,

in dem Bewusstsein, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen, kohlenstoffarme und saubere Energietechnologien sowie Energieeffizienzmaßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und dessen Abschwächung beitragen,

in der Erkenntnis, dass die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels und deren Abschwächung wichtig sind, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen, und unter Betonung der Notwendigkeit, die Zusammenarbeit durch gemeinsame Forschung und Investitionen sowie durch die Entwicklung und Integration neuer Technologien auf dem Gebiet der Abschwächung des Klimawandels und der Anpassung an ihn, darunter saubere Energie und Technologien mit geringen Treibhausgasemissionen, zu fördern,

unter Betonung der Bedeutung der wirksamen Einbeziehung von Frauen in Entscheidungsprozesse im Bereich des Klimawandels und der umfassenden, gleichberechtigten und bedeutsamen Beteiligung von Frauen und gegebenenfalls auch von Mädchen an den damit zusammenhängenden Programmen und Aktivitäten sowie eingedenk der Berichte, laut denen Frauen und Mädchen in den Gruppen mit geringerer Resilienz gegenüber den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels überrepräsentiert sind, sowie unter Berücksichtigung ihrer diesbezüglichen Bedürfnisse,

in Anerkennung der Bedeutung der Erziehung, Ausbildung und Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Umweltschutz und Klimawandel,

in Bekräftigung der Bedeutung der Zusammenarbeit mit maßgeblichen regionalen und internationalen Organisationen bei der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels, wann immer angebracht,

Kenntnis nehmend von den Debatten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit sowie eingedenk der Rolle der Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei der Gestaltung der einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften und bei der Unterstützung der Umsetzung von klimabezogenen Verpflichtungen –

1. ermutigt die Teilnehmerstaaten, klimabedingte Herausforderungen zu ermitteln, ins Bewusstsein zu rücken, abzuschwächen und sich an sie anzupassen und den Dialog und die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu intensivieren, um die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren;

2. ermutigt die Teilnehmerstaaten, klimarelevante Erwägungen in die einschlägigen nationalen oder innerstaatlichen Strategien, Planungen, Dokumente und Prozesse einzubeziehen, um die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen und Resilienz gegen diese Auswirkungen aufzubauen;
3. fordert die Teilnehmerstaaten auf, potenziellen Synergien zwischen der Verhütung und der Abschwächung der möglichen negativen Auswirkungen des Klimawandels sowie der Anpassung an diese Auswirkungen gebührende Beachtung zu schenken, unter anderem durch die Entwicklung und Nutzung von Frühwarnmechanismen;
4. ermutigt die Teilnehmerstaaten, die OSZE als zusätzliche Plattform zur Erleichterung des Austauschs von Informationen und nachahmenswerten Verfahren zu nutzen, insbesondere in Bezug auf die Anpassung an den Klimawandel und dessen Abschwächung sowie die Entwicklung einschlägiger Technologien und Innovationen;
5. ermutigt die Teilnehmerstaaten, gegebenenfalls zusammenzuarbeiten, um eine größere Resilienz gegenüber dem Klimawandel aufzubauen und einschlägige Abschwächungs- und Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, unter anderem durch gemeinsame Forschung und Investitionen, klimabezogene Analysen, Katastrophenvorsorge und Katastrophenbewältigung sowie die verstärkte Nutzung sauberer und erneuerbarer Energiequellen;
6. ermutigt die Teilnehmerstaaten, sich mit den kurz- und langfristigen Auswirkungen der Umweltschädigung sowie mit der Umweltsanierung zu befassen;
7. ermutigt die Teilnehmerstaaten, bei der Erholung nach COVID-19 einen Ansatz zu wählen, der dem Klimawandel Rechnung trägt;
8. fordert die Teilnehmerstaaten auf, die wirksame Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der Verhütung und Abschwächung des Klimawandels und der Anpassung an ihn sowie von Frauen und gegebenenfalls auch von Mädchen an entsprechenden Programmen und Aktivitäten zu fördern;
9. ermutigt die Teilnehmerstaaten, durch die aktive Einbindung von Privatsektor, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und allen anderen einschlägigen Akteuren, einschließlich Frauen- und Jugendorganisationen, einen Multi-Stakeholder-Ansatz zur Bewältigung des Klimawandels zu verfolgen;
10. beauftragt die zuständigen Durchführungsorgane der OSZE, insbesondere im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate und verfügbaren Ressourcen das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und die OSZE-Feldoperationen, die Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der Umsetzung der Bestimmungen dieses Beschlusses zu unterstützen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen regionalen und internationalen Organisationen;
11. ermutigt die Kooperationspartner der OSZE, diesen Beschluss auf freiwilliger Basis umzusetzen.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Kanadas:

„Frau Vorsitzende,

im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Stärkung der Zusammenarbeit zur Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen möchte Kanada die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der OSZE-Geschäftsordnung abgeben.

Wir haben uns dem Konsens zu diesem Beschluss angeschlossen, weil wir der Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen und der Verknüpfung dieser Herausforderungen mit unserer umfassenden Sicherheit große Bedeutung beimessen. Wir sind jedoch enttäuscht über die schwache Formulierung betreffend die unverhältnismäßigen Auswirkungen des Klimawandels auf Frauen. Diese Auswirkungen sind unbestreitbar und wurden sowohl von Gremien der Vereinten Nationen als auch zuletzt auf der 26. Konferenz der Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen wiederholt bekräftigt. Kanada betont, dass es bei der Bewältigung der Risiken, die der Klimawandel für Frauen sowie für Randgruppen und aufgrund ihrer Lebensumstände besonders gefährdete Menschen mit sich bringt, eines gendersensiblen Ansatzes bedarf.

Kanada ersucht um Beifügung dieser Erklärung zum Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages. Danke.“

BESCHLUSS Nr. 4/21
ZEIT UND ORT DES NÄCHSTEN TREFFENS DES
MINISTERRATS DER OSZE

(MC.DEC/4/21 vom 3. Dezember 2021)

Der Ministerrat

beschließt, das neunundzwanzigste Treffen des Ministerrats der OSZE am 1. und 2. Dezember 2022 in Łódź abzuhalten.

III. ERKLÄRUNGEN DER VORSITZENDEN UND DER DELEGATIONEN

ERKLÄRUNG DER VORSITZENDEN (AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, POLEN UND NORDMAZEDONIEN)

(Anhang 13 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Wir, die Außenministerinnen und Außenminister von Albanien, Schweden, Polen und Nordmazedonien als vorangegangene, derzeitige, designierte und zukünftige Amtierende Vorsitzende der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), bekräftigen unser festes Bekenntnis zur europäischen Sicherheitsordnung, wie sie in der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris für ein neues Europa verankert ist, darunter die souveräne Gleichheit, die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die Achtung der territorialen Integrität und die Freiheit der Staaten, ihre eigenen Sicherheitsvorkehrungen zu wählen, sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die Achtung dieser Prinzipien und Verpflichtungen muss wiederhergestellt werden.

Im Jahr 1975 legte die Schlussakte von Helsinki die Grundprinzipien für die zwischenstaatlichen Beziehungen fest, gestützt auf die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht, um Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit in Europa aufzubauen. Seither ist es uns gelungen, unsere Verpflichtungen durch zahlreiche Beschlüsse und Erklärungen, mit der Charta von Paris für ein neues Europa und mit den nachfolgenden Dokumenten zu vertiefen und zu stärken. Der OSZE-Acquis spiegelt das umfassende Sicherheitskonzept wider, in dem die politische und militärische Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension und die menschliche Dimension der Sicherheit als zusammengehöriges Ganzes behandelt werden. Dieses Konzept ist unerlässlich und der Schlüssel zum Aufbau und zur Bewahrung des Friedens und der Sicherheit in unserer Region.

Wir äußern unsere tiefe Besorgnis über die fortdauernden Krisen und Konflikte im OSZE-Raum. Sie stellen überaus ernste Herausforderungen für unsere gemeinsame Sicherheit dar und waren häufig die Folge von schweren Verstößen gegen unsere Prinzipien und Verpflichtungen. Es besteht dringender Bedarf an einer friedlichen und nachhaltigen Konfliktlösung im Einklang mit dem Völkerrecht und den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und einer Rechenschaftspflicht für Verletzungen und Verstöße. Wir betonen, dass das humanitäre Völkerrecht geachtet werden muss.

Der die Ukraine betreffende Konflikt ist nach wie vor das eklatanteste Beispiel für Verstöße gegen unsere gemeinsam vereinbarten Prinzipien und das Völkerrecht und die größte Herausforderung für die Sicherheit und Stabilität in Europa. Es ist nicht hinnehmbar, dass die bewaffnete Gewalt in der Ostukraine weiterhin Opfer und menschliches Leid fordert. Die Einschränkungen, die hunderttausenden Zivilpersonen auferlegt werden, verhindern ihren Zugang zur Grundversorgung und schränken die Aussichten auf eine zukünftige Integration ein. Wir sind tief besorgt über die fortdauernden Spannungen in der Region und den mangelnden Fortschritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen politischen Lösung des Konflikts im Einklang mit den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und unter voller Achtung der Souveränität, territorialen Integrität, Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir unterstützen weiterhin die fortgesetzten aktiven Bemühungen im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe um die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und loben den wichtigen Einsatz der Sonderbeobachtermission in der Ukraine, der uneingeschränkter und an keinerlei

Bedingungen geknüpfter Zugang gewährt werden sollte, um eine unparteiische Beobachtung und Berichterstattung betreffend die Sicherheitslage zu gewährleisten.

Gleichmaßen bekräftigen wir unsere Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen. Wir betonen unsere Besorgnis über die fortgesetzte Verschlechterung der Menschenrechtslage in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien. Unsere Unterstützung für die internationalen Genfer Gespräche ist unerschütterlich, und wir sind ihren Teilnehmern dafür dankbar, dass sie sicherstellen, dass die Gespräche regelmäßig und konstruktiv fortgeführt werden. Die OSZE ist entschlossen, ihre Führungsrolle in diesem Format gemeinsam mit der Europäischen Union und den Vereinten Nationen beizubehalten. Es ist wichtig, dass die internationalen Genfer Gespräche in den zentralen Fragen der Nichtanwendung von Gewalt und der internationalen Sicherheitsvorkehrungen sowie der Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge gemäß dem Mandat des aus sechs Punkten bestehenden Waffenstillstandsabkommens von 2008 vorankommen. Wir fordern die unverzügliche und vollständige Umsetzung der in diesem Abkommen eingegangenen Verpflichtungen.

Wir sind weiterhin besorgt über offene Fragen im Zusammenhang mit dem Bergkarabach-Konflikt und dessen Folgen. Obwohl seit dem Ende der großflächigen militärischen Kampfhandlungen über ein Jahr vergangen ist, bleibt die Waffenruhe brüchig. Wir sind überzeugt, dass zusätzliche Maßnahmen zur Deeskalation und ein substanzieller und nachhaltiger Verhandlungsprozess notwendig sind. Es ist dringend notwendig, Fortschritte in humanitären Fragen zu erzielen – unter anderem auch betreffend Flüchtlinge, Minenräumung, die freiwillige Rückkehr von Vertriebenen und den Schutz historischer und kultureller Stätten – sowie auch internationalen humanitären Organisationen uneingeschränkten Zugang zu gewähren. Zu diesem Zweck bringen wir unsere volle Unterstützung für die Bemühungen unter der Schirmherrschaft der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE und des Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden zum Ausdruck. Substanzielle Verhandlungen und Vertrauensbildung müssen in gutem Glauben fortgesetzt werden, um eine umfassende, friedliche und dauerhafte Beilegung zu erreichen.

Wir sind auch von den Vorteilen der regionalen Zusammenarbeit zwischen Armenien, Aserbaidschan und Georgien überzeugt. Abgesehen von der Notwendigkeit, Spannungen abzubauen und den Frieden in der Region sicherzustellen, wird die Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern den wirtschaftlichen Wohlstand und die Entwicklung im Südkaukasus fördern. Wir sind entschlossen, diese Vision zu unterstützen, um es den drei Ländern zu ermöglichen, Fragen von gemeinsamem Interesse auszumachen und sich mit ihnen zu befassen.

Die OSZE erleichtert auch weiterhin den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage, der für die regionale Sicherheit von zentraler Bedeutung ist. Wir begrüßen die Ministererklärung der OSZE zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format und betonen die Notwendigkeit, den ergebnisorientierten Beilegungsprozess 2022 fortzusetzen. Wir regen weitere vertrauensbildende Maßnahmen an, die das Leben der Menschen auf beiden Seiten des Flusses Dnister/Nistru verbessern würden. Wir bekräftigen unsere feste Entschlossenheit, zu einer umfassenden, friedlichen und dauerhaften Beilegung des Transnistrien-Konflikts auf der Grundlage der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen mit einem Sonderstatus für Transnistrien zu gelangen, der die

Menschenrechte sowie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte seiner Bevölkerung uneingeschränkt garantiert.

Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt über die Entwicklungen in Belarus, die die regionale Sicherheit und Stabilität beeinträchtigen und schwerwiegende Folgen für die Menschen haben, wie die jüngste Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen. Mit großer Sorge erfüllen uns die anhaltenden Berichte über schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte, auch von Journalistinnen und Journalisten und anderen Medienschaffende, sowie über das anhaltend harte Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft und Personen, die nationalen Minderheiten angehören. Wir fordern erneut die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller willkürlich Inhaftierten und eine vollständige und transparente Untersuchung aller Vorwürfe betreffend Menschenrechtsverletzungen, darunter die übermäßige Anwendung von Gewalt gegen friedlich Demonstrierende und Andersdenkende und die weitverbreiteten Inhaftnahmen und willkürlichen Festnahmen, und fordern, dass die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Wir bekräftigen die Notwendigkeit eines inklusiven, offenen und konstruktiven nationalen Dialogs. Wir bedauern, dass das Angebot des vorangegangenen und der derzeitigen Amtierenden Vorsitzenden, die Kommunikation und Zusammenarbeit in Belarus zu unterstützen, noch nicht angenommen wurde. Wir begrüßen, dass der Moskauer und der Wiener Mechanismus in Bezug auf die gefälschte Präsidentenwahl 2020 und die Entwicklungen danach aktiviert wurden, und fordern alle Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, die Instrumente dieser Organisation zu achten und zu nutzen. Wir fordern Belarus auf, die OSZE-Verpflichtungen und -Prinzipien und internationalen Menschenrechtsnormen vollständig umzusetzen. Die OSZE ist bereit, Belarus diesbezüglich zu unterstützen.

Wir gedenken des 10. Jahrestags des Beschlusses von Wilna über Elemente des Konfliktzyklus und begrüßen die Bemühungen um eine weitere Stärkung der Fähigkeiten der OSZE zur Befassung mit dem Konfliktzyklus. Wir bekräftigen die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten, Streitigkeiten untereinander mit friedlichen Mitteln zu regeln, sodass der internationale Frieden und die Sicherheit und das Recht nicht gefährdet werden. Diesbezüglich ermutigen wir die Teilnehmerstaaten, vom Vergleichs- und Schiedsgerichtshofs der OSZE Gebrauch zu machen, um ihre Streitigkeiten friedlich zu lösen.

Wir erinnern daran, dass Menschenrechte und Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit das Herzstück des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE bilden. Sie sind die Voraussetzung für Frieden und untrennbar mit der Sicherheit zwischen Staaten verknüpft. Wir bedauern die kontinuierlichen demokratischen Rückschritte, die Verletzungen der Menschenrechte und die Erosion der Rechtsstaatlichkeit, die durch die COVID-19-Pandemie weiter verschärft wurden. Wir bekräftigen kategorisch und unwiderruflich, dass die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und eine nicht ausschließlich innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen. Wir bedauern zutiefst, dass wir trotz langer und intensiver Verhandlungen keinen Konsens über die Abhaltung des diesjährigen Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension erreichen konnten. Wir unterstreichen, dass dies für die kommenden Jahre keinen Präzedenzfall darstellt. Wir rufen alle Teilnehmerstaaten zur vollständigen Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und der internationalen Menschenrechtsnormen auf.

Wir betonen die unentbehrliche Rolle der Zivilgesellschaft, einschließlich Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, und freier, unabhängiger und pluralistischer Medien

für unsere umfassende Sicherheit. Die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien sind für eine freie und offene Gesellschaft und rechenschaftspflichtige Regierungssysteme wesentlich und sind von besonderer Bedeutung für die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Demokratie, einschließlich wirklich demokratischer und pluralistischer Wahlen, und der Rechtsstaatlichkeit. Diese Rolle ist unverzichtbar, und sie wurde zu wiederholten Malen anerkannt und bestätigt.

Die konventionelle Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) sind nach wie vor von entscheidender Bedeutung für unsere gemeinsame Sicherheit. Die Wirksamkeit der Rüstungskontrolle und der VSBM hängen vom politischen Willen ab. Wir fordern alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf, ihren Rüstungskontrollverpflichtungen vollständig nachzukommen. Wir unterstreichen die Notwendigkeit von VSBM zur Verringerung militärischer Risiken und zur Erhöhung der militärischen Stabilität, der Berechenbarkeit, des gegenseitigen Vertrauens und der Transparenz. Wir betonen die Notwendigkeit der vollständigen Umsetzung des Wiener Dokuments und des Bekenntnisses zu seiner Modernisierung. Der Vertrag über den Offenen Himmel ist nach wie vor eine wichtige funktionierende VSBM. Wir betonen die Bedeutung des Forums für Sicherheitskooperation als Beschlussfassungsorgan und bekräftigen den Nutzen des Strukturierten Dialogs als transparenter, inklusiver, von den Teilnehmerstaaten getragener und vorangetriebener, ergebnisoffener Prozess; der Strukturierte Dialog soll ausloten, wie sich die negativen Entwicklungen in der Architektur der konventionellen Rüstungskontrolle und der VSBM in Europa rückgängig machen lassen, um ein Umfeld zu schaffen, das ein Wiedererstarken der konventionellen Rüstungskontrolle und der VSBM in Europa begünstigt.

Grenzüberschreitende Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität werden immer komplexer. Wir anerkennen die anhaltend große Bedeutung der Zusammenarbeit und des Dialogs zwischen den Durchführungsorganen der OSZE, den OSZE-Teilnehmerstaaten, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor, um grenzüberschreitende Bedrohungen wie organisierte Kriminalität in all ihren Arten und Erscheinungsformen durch einen inklusiven und gendersensiblen Ansatz zu verhüten und zu bekämpfen. Wir bekräftigen, dass alle getroffenen Maßnahmen in vollem Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen und -Prinzipien und dem Völkerrecht einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen stehen müssen.

Die Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Umweltfragen bleibt eine entscheidende Komponente der Stärkung von Sicherheit, Frieden und Wohlstand im OSZE-Raum. Die wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter sind wesentlich für die Sicherheit, Stabilität und nachhaltige Entwicklung im OSZE-Raum. Wir anerkennen die Notwendigkeit der wirksamen Befassung mit klimabedingten Sicherheitsrisiken und bekräftigen die Rolle der OSZE bei der Verhütung und Bekämpfung von umweltbedingten Sicherheitsherausforderungen einschließlich solcher in Bezug auf den Klimawandel und die Umweltschädigung. Außerdem ist die Korruption nach wie vor ein systematisches Hindernis für wirtschaftliches Wachstum, nachhaltige Entwicklung und demokratische Prozesse, und wir bekräftigen unser Bekenntnis zu ihrer Bekämpfung und zur Stärkung guter Regierungsführung.

Wir erinnern an die wichtige Rolle, die junge Menschen spielen, indem sie zur Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit beitragen, und ermutigen alle Teilnehmerstaaten, die Rolle der Jugend bei der Entscheidungsfindung und Führung und in demokratischen Institutionen zu fördern.

Wir anerkennen, dass es für die Förderung des umfassenden Sicherheitskonzepts von grundlegender Bedeutung ist, die vollständige, gleichberechtigte und bedeutsame Beteiligung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft und im gesamten Konfliktzyklus, einschließlich Bemühungen um humanitäre Hilfe, sicherzustellen. Die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit ist ein wesentliches Element für die Verwirklichung von umfassendem und nachhaltigem Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum, und wir bekennen uns weiterhin zur vollen und wirksamen Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und ihrer Folgeresolutionen. Gesellschaften, in denen die Geschlechter gleichgestellt sind, in denen alle in den vollen Genuss der Menschenrechte kommen, sind sicherer und haben bessere Entwicklungsaussichten; daher betonen wir die Notwendigkeit, unsere OSZE-Verpflichtungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der durchgängigen Einbeziehung einer Genderperspektive in alle Aktivitäten der OSZE umzusetzen.

Wir schätzen den Beitrag aller OSZE-Durchführungsorgane zur Stärkung der umfassenden Sicherheit in der gesamten Region. Die autonomen Institutionen der OSZE stehen im Zentrum der Tätigkeit der OSZE. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten und die Beauftragte für Medienfreiheit sind alle von größter Bedeutung, um den Teilnehmerstaaten bei der Wahrung und Umsetzung ihrer OSZE-Verpflichtungen und -Prinzipien zu helfen. Die einzigartigen Feldoperationen der OSZE tragen wesentlich zu Frieden und Sicherheit bei. Wir betonen die wichtige Rolle der Sonderbeauftragten und Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden und danken ihnen für ihre wertvolle Unterstützung und ihren Beitrag zur umfassenden Sicherheit. Darüber hinaus würdigen wir die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE bei der Förderung der umfassenden Sicherheit, und wir schätzen die fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen der OSZE, den Vereinten Nationen, dem Europarat, der Europäischen Union und allen maßgeblichen Akteurinnen und Akteuren bei der Förderung von Frieden und Sicherheit in unserer Region.

Wir anerkennen, dass Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum mit Frieden und Sicherheit in unseren Nachbarregionen verknüpft sind. In diesem Zusammenhang äußern wir unsere tiefe Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan und sind bereit, die OSZE bei der Befassung mit den Auswirkungen, die diese auf unsere Region haben, zu unterstützen. Wir schätzen den reichhaltigen Austausch und die guten Beziehungen mit unseren Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum.

Wir bedauern, dass die OSZE ihr Potenzial nicht voll ausschöpft und anerkennen die Notwendigkeit, die Wirksamkeit und Effizienz der Organisation zu verbessern. Deshalb bedauern wir, dass die „Omnibus-Beschlüsse“ über Zeit und Ort der prominentesten Konferenzen und Treffen der OSZE und zum Haushaltszyklus, die es der Organisation ermöglicht hätten, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren und den Teilnehmerstaaten bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu helfen, vom Ministerrat nicht verabschiedet wurden. Wir sehen den weiteren Erörterungen dieser wichtigen Fragen erwartungsvoll entgegen.

2025 wird der 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki begangen. Da dieser Meilenstein näher rückt, fordern wir alle Teilnehmerstaaten auf, die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, die wir freiwillig verabschiedet haben, in der Praxis umzusetzen. Die europäische Sicherheitsordnung und der OSZE-Acquis bilden die Grundlage für die

Schaffung von Frieden, Demokratie, Sicherheit und Stabilität in unserer Region. Es liegt an uns Teilnehmerstaaten, uns auf die Grundlagen zu besinnen und durch unsere Taten zu zeigen, dass wir entschlossen sind, unsere gemeinsame Sicherheit zu stärken.

ERKLÄRUNG DER VORSITZENDEN (AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, POLEN UND NORDMAZEDONIEN)

(Anhang 14 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Wir, die Außenministerinnen und Außenminister von Albanien, Schweden, Polen und Nordmazedonien, die den vorhergehenden, den derzeitigen, den designierten und den nachfolgenden Amtierenden Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vertreten, sind nach wie vor höchst besorgt über den Konflikt in der Ukraine, der die schwerste Herausforderung für die europäische Sicherheitsordnung und ein eklatantes Beispiel für die Verletzung unserer gemeinsam vereinbarten Prinzipien und Verpflichtungen sowie des Völkerrechts darstellt.

Wie fast alle Teilnehmerstaaten hätten wir es vorgezogen, dass sich ein Konsens über eine Ministererklärung zu den Friedensbemühungen der OSZE um die Ukraine durchsetzt. Das hätte ein wichtiger Impuls für den Konfliktbeilegungsprozess sein können. Leider war es nicht möglich, sich im Konsens auf einen Text zu einigen, da sich ein Teilnehmerstaat nicht auf inhaltliche Diskussionen eingelassen hat. Wir begrüßen die in den Verhandlungen zum Ausdruck gebrachte starke Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol.

Wir bekennen uns bei unseren Bemühungen um eine friedliche und nachhaltige Lösung des Konflikts im Einklang mit dem Völkerrecht weiterhin uneingeschränkt zur Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris für ein neues Europa und der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, denen wir alle zugestimmt haben. Wir bekräftigen, wie wichtig die vollständige und umfassende Umsetzung der Minsker Vereinbarungen in ihrer Gesamtheit ist (das Protokoll vom 5. September 2014, das Memorandum vom 19. September 2014 und das Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015).

Der Konflikt geht nun in sein achttes Jahr. Es ist nicht hinnehmbar, dass die tägliche bewaffnete Gewalt anhält und Opfer und Leid für die Zivilbevölkerung in der Ostukraine zur Folge hat. Wir fordern die unverzügliche Einhaltung der umfassenden, dauerhaften und unbefristeten Waffenruhe im Einklang mit den eingegangenen Verpflichtungen, um weitere Opfer zu verhindern und das für Fortschritte in anderen Bereichen erforderliche Vertrauen zu schaffen.

Wir sind zutiefst besorgt über die anhaltenden Spannungen in der Region und betonen, wie wichtig es ist, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen umzusetzen, um militärische Stabilität, Berechenbarkeit, wechselseitiges Vertrauen und Transparenz zwischen den Teilnehmerstaaten zu fördern. Insbesondere betonen wir die Notwendigkeit, im Einklang mit dem von allen Teilnehmerstaaten angenommenen Wiener Dokument zu handeln und alle Verpflichtungen daraus zu erfüllen.

Wir erinnern an die Notwendigkeit, die Zivilbevölkerung zu schützen, und daran, dass das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte eingehalten werden müssen. Wir betonen, dass der sichere Zugang, die Lieferung, Lagerung und Verteilung humanitärer Hilfe an die Bedürftigen auf Grundlage eines internationalen Mechanismus dringend gewährleistet

werden muss, wie dies im Maßnahmenpaket vorgesehen ist. Wir betonen ferner, dass die schwerwiegenden sozioökonomischen Auswirkungen des Konflikts angegangen werden müssen.

Wir unterstreichen die Bedeutung des Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, innerhalb der international anerkannten Grenzen der Ukraine.

Wir sind zutiefst besorgt darüber, dass das Recht auf Freizügigkeit Hunderttausender Zivilpersonen erheblich eingeschränkt wurde, was sich gravierend auf die Menschenrechtssituation, die zwischenmenschlichen Kontakte und den Zugang zur Grundversorgung auswirkt. Abgesehen von den direkten Folgen wirkt sich die fortgesetzte Trennung von Gemeinschaften negativ auf den sozialen Zusammenhalt und die Aussichten auf eine künftige Wiedereingliederung aus. Angesichts der Tatsache, dass alle Einreise-/Ausreisekontrollposten an der Kontaktlinie auf der Seite der von der Regierung kontrollierten Gebiete geöffnet sind, ist die Öffnung aller zugehörigen Kontrollposten in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten, einschließlich derjenigen in der Nähe von Solote und Schtschastija, längst überfällig. Politische Erwägungen dürfen nicht länger humanitäre Bedürfnisse überlagern. Wir fordern, dass alle Übergangsstellen täglich durchgehend geöffnet und alle Übertrittsbeschränkungen aufgehoben werden. Es müssen Schritte unternommen werden, um sicherzustellen, dass die Zivilbevölkerung ihre Menschenrechte überall in der Ukraine wahrnehmen kann.

Wir bedauern, dass es seit April 2020 zu keiner gegenseitigen Freilassung oder dem Austausch von im Zuge des Konflikts festgehaltenen Personen gekommen ist. Wir fordern die Freilassung und den Austausch aller Geiseln und unrechtmäßig festgehaltenen Personen auf der Grundlage des Prinzips „alle gegen alle“, beginnend mit „alle Identifizierten gegen alle Identifizierten“, wie in den gemeinsam vereinbarten Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens des Normandie-Quartetts vom 9. Dezember 2019 vorgesehen. Wir fordern, dass den internationalen Organisationen, einschließlich des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, uneingeschränkter und bedingungsloser Zugang zu allen festgehaltenen Personen gewährt wird.

Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die im „Normandie-Format“ unternommenen Bemühungen und fordern die Seiten auf, die gemeinsam vereinbarten Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens vom 9. Dezember 2019 in Paris vollständig umzusetzen. Wir erinnern daran, dass die Minsker Vereinbarungen weiterhin die Grundlage für die Arbeit des Normandie-Quartetts bilden, dessen Mitgliedstaaten sich zu ihrer vollständigen Umsetzung verpflichtet haben. Wir hoffen auf die Fortsetzung der Bemühungen im Rahmen des Normandie-Formats auf höchster Ebene, um die politischen und sicherheitspolitischen Bedingungen, unter anderem für die Organisation von Kommunalwahlen, wie in Paris vereinbart, zu erörtern.

Wir erkennen die entscheidende Rolle der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG), die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Ukraine, der Russischen Föderation und der OSZE zusammensetzt, für die Erleichterung der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen an. Wir begrüßen die Ernennung von Botschafter Mikko Kinnunen zum Sonderbeauftragten der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Ukraine und in der TKG und bekräftigen unsere Unterstützung für ihn und für die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Arbeitsgruppen. Dass es in der TKG und vor Ort keine Fortschritte gibt, ist nicht auf mangelnde Bemühungen

der TKG zurückzuführen, sondern auf fehlenden politischen Willen. Wir setzen uns nachdrücklich für ein konstruktives Herangehen ein, bei dem jede Frage einzeln betrachtet wird, beginnend mit dem Abschluss und der Umsetzung der Beschlüsse betreffend die identifizierten weiteren Gebiete für die Minenräumung und für die Entflechtung von Truppen und Gerät. Wir fordern die Seiten auch auf, die Arbeit an anderen Aspekten der gemeinsam vereinbarten Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens von Paris im Normandie-Format in Bezug auf Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Lage im Konfliktgebiet fortzusetzen.

Wir begrüßen, dass die Teilnehmerstaaten die unverzichtbare Arbeit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) weiterhin mit Nachdruck unterstützen. Die Mission trägt zum Abbau von Spannungen und zur Förderung von Frieden, Stabilität und Sicherheit, zur Beobachtung und Unterstützung der Umsetzung aller OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie zur Erleichterung der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen bei. Wir sprechen den tapferen Frauen und Männern, die für die Mission arbeiten, unsere aufrichtige Anerkennung für ihren Einsatz aus.

Der uneingeschränkte und an keinerlei Bedingungen geknüpfte Zugang der SMM ist eine wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Beobachtung der Sicherheitslage und die Berichterstattung darüber. Wir bekräftigen nachdrücklich, dass die SMM laut ihrem Mandat in der gesamten Ukraine sicheren Zugang haben muss, auch jenseits der Kontaktlinie und in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten in der Nähe der völkerrechtlichen Grenze. Wir betonen, dass es keine Rechtfertigung für irgendeine Form der Einmischung in die Arbeit der Mission geben kann und dass der SMM die notwendigen Voraussetzungen für die Erfüllung ihres Mandats eingeräumt werden müssen. Wir bedauern, dass die Mission in letzter Zeit zunehmend eingeschränkt wurde, und zwar überwiegend in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten, unter anderem durch ein noch nie dagewesenes Ausmaß an Signalstörungen betreffend ihre unbemannten Luftfahrzeuge. Wir verurteilen jede Bedrohung der Sicherheit der SMM-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter und gezielte Angriffe auf Gerät der SMM. Derartige Vorfälle sollten verhindert und Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Eine wirksame und umfassende Beobachtung der russisch-ukrainischen Staatsgrenze ist nach wie vor unerlässlich, um die Sicherheitslage zu verbessern und eine nachhaltige politische Lösung für den Konflikt zu finden. Wir fordern verstärkte Transparenz in den Gebieten an der ukrainisch-russischen Staatsgrenze durch ständige Verifikations- und Beobachtungsaktivitäten im Einklang mit dem Minsker Protokoll, bis die Regierung der Ukraine, wie im Maßnahmenpaket vorgesehen, die vollständige Kontrolle über die Staatsgrenze im gesamten Konfliktgebiet wiedererlangt hat.

Wir bedauern zutiefst, dass kein Konsens über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk über den 30. September 2021 hinaus erzielt werden konnte. Wir sprechen den Frauen und Männern der Beobachtermission, die seit ihrer Entsendung im Jahr 2014 zur Vertrauensbildung und zu mehr Transparenz an der russisch-ukrainischen Grenze beigetragen haben, unseren aufrichtigen Dank aus.

Wir begrüßen die Pläne der SMM, vorgeschobene Patrouillenstützpunkte in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten nahe der Grenze zur Russischen Föderation einzurichten. Dies würde die Fähigkeit der Mission, die Lage zu beobachten, erheblich verbessern. Wir bedauern, dass der politische und sicherheitspolitische Kontext die

Einrichtung dieser Stützpunkte bisher verhindert hat, und fordern nachdrücklich, dass die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um dies zu ermöglichen.

In Anbetracht der besonderen Auswirkungen des Konflikts auf Frauen und Mädchen und der zahlreichen Beiträge, die Frauen zu Frieden und Sicherheit leisten, erkennen wir an, dass die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit weiter umgesetzt und die bedeutsame Beteiligung von Frauen an allen Konfliktlösungsbemühungen sichergestellt werden muss.

Wir danken dem Projektkoordinator der OSZE in der Ukraine und den einschlägigen Durchführungsorganen der OSZE, einschließlich des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten, des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte und der Beauftragten für Medienfreiheit, sowie der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für ihre Beiträge zu den Bemühungen um die Bewältigung des Konflikts.

Wir unterstreichen die wertvollen Bemühungen der OSZE in Bezug auf die Entwicklungen betreffend die Ukraine, die ihre besondere Stärke als regionale Abmachung zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen unter Beweis stellen.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ARMENIENS

(Anhang 2 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Frau Vorsitzende,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich meinen Kolleginnen und Kollegen anschließen und dem schwedischen OSZE-Vorsitz dafür danken, wie er die Organisation durch dieses Jahr geführt hat.

Ein Jahr nach dem von Aserbaidschan losgetretenen Angriffskrieg gegen die Bevölkerung von Bergkarabach und dem Abschluss der trilateralen Erklärung vom 9. November ist die Lage in Bergkarabach und an den Grenzen zwischen Armenien und Aserbaidschan nach wie vor angespannt. Seit Mai 2021 sickern aserbaidisch-ische Streitkräfte über die Grenze nach Armenien ein. Bis heute halten sie ihre rechtswidrige Präsenz auf dem souveränen Hoheitsgebiet Armeniens aufrecht und bauen sie weiter aus.

Mit seinem aggressiven Vorgehen verstößt Aserbaidschan eklatant gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki. Müßig zu sagen, dass Aserbaidschan mit seinem Vorgehen auch gegen seine Verpflichtungen aus der trilateralen Erklärung vom 9. November über die Einstellung aller Kampfhandlungen verstößt.

Ein weiterer Aspekt der Anwendung von Gewalt ist der ständige Versuch Aserbaidschans, armenische Militärangehörige und Zivilpersonen nicht nur festzuhalten, sondern als Gefangene zu nehmen. Aserbaidschan ignoriert nicht nur nach wie vor die Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach einer sofortigen und bedingungslosen Freilassung aller armenischen Kriegsgefangenen und zivilen Geiseln, sondern seine Streitkräfte haben auch mehrfach, zuletzt am 16. November, im Zuge ihres Angriffs auf das Hoheitsgebiet Armeniens weitere Militärangehörige gefangengenommen.

Es gibt keinen Grund, der diese gewalttätigen Aktionen rechtfertigen könnte. Die anhaltende Präsenz aserbaidisch-ischer Streitkräfte auf dem Hoheitsgebiet Armeniens ist ein destabilisierender Faktor für unsere Region.

Wir hoffen, dass das von der Russischen Föderation organisierte trilaterale Treffen am 26. November den Weg für die Einleitung bestimmter Maßnahmen zur Deeskalation der Lage in der Region ebnen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Weg zum Frieden hat ganz allgemein und insbesondere in unserer Region noch nie über die Anwendung von Gewalt geführt. Durch die Anwendung von Gewalt können eingefrorene Konflikte für eine gewisse Zeit wieder akut werden, doch solange nicht auf dem Verhandlungsweg eine friedliche Lösung gefunden wird, frieren sie danach einfach wieder ein. Krieg kann ein einseitiger Schritt sein, aber Frieden erfordert immer die Zustimmung aller Seiten.

Armenien ist gewillt, auf eine dauerhafte Stabilität im Südkaukasus hinzuarbeiten, und ist bereit, mit diesem Ziel Verhandlungen zu führen.

Je eher Aserbaidschan den Friedensprozess wieder aufnimmt, desto besser stehen die Chancen für eine umfassende und dauerhafte Lösung in unserer Region. Die Festlegung des Status von Bergkarabach auf der Grundlage der Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung sowie die Rückkehr der vertriebenen armenischen Bevölkerung im gesamten Gebiet von Bergkarabach in Sicherheit und Würde sollten wichtige Inhalte bei Verhandlungen sein. Die Lösung anstehender humanitärer Fragen wie die bedingungslose Rückführung aller armenischen Kriegsgefangenen und anderen Gefangenen, die Untersuchung der Fälle von Verschwindenlassen und der Schutz des kulturellen Erbes erfordert ein starkes Engagement der OSZE und ihrer einschlägigen Gremien.

In diesem Sinne wird Armenien weiter auf die Wiederaufnahme eines vollwertigen Friedensprozesses für Bergkarabach unter der Ägide der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE und in enger Zusammenarbeit mit allen Kovorsitzländern der Minsk-Gruppe der OSZE hinarbeiten.

Abschließend möchte ich Polen als designierten OSZE-Vorsitz willkommen heißen und ihm viel Erfolg wünschen. Ich danke Ihnen.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS

(Anhang 3 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Frau Vorsitzende,

zunächst möchte ich der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, I. E. Ann Linde, für ihre Gastfreundschaft danken und zu der ausgezeichneten Organisation des Ministerrats gratulieren. Ich wünsche unserem verehrten Kollegen, dem polnischen Außenminister S. E. Zbigniew Rau, als künftigem Amtierenden Vorsitzenden viel Erfolg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Treffen des Ministerrats wäre fast auf den ersten Jahrestag der trilateralen Erklärung Armeniens, Aserbaidshans und der Russischen Föderation gefallen, die den bewaffneten Konflikt beendet und die vereinbarten Parameter für die Schaffung eines dauerhaften Friedens zwischen Armenien und Aserbaidshan festgelegt hat. Diese Erklärung wurde durch eine weitere trilaterale Erklärung vom 11. Januar 2021 ergänzt, die sich speziell mit der Öffnung der Verkehrsverbindungen in der Region befasste.

Der fast 30 Jahre währende „Bergkarabach-Konflikt“ ist damit beendet. Unmittelbar nach Beendigung des Konflikts hat Aserbaidshan in den befreiten Gebieten proaktiv umfangreiche Bauarbeiten in Angriff genommen.

Allein in diesem Jahr wurden dafür 1,3 Milliarden US-Dollar aus dem Staatshaushalt bereitgestellt. Wir haben bereits den Bau von Infrastruktur und Einrichtungen wie Straßen und Flughäfen abgeschlossen. Kulturelle und religiöse Denkmäler, die während der Besatzung zerstört, geschändet oder zweckentfremdet wurden, werden nun wieder aufgebaut und renoviert.

So werden die Spuren der Besatzung getilgt, während die Rückkehr zu einem normalen Leben in vollem Gange ist. Die OSZE kann mit ihrer Erfahrung und den ihr zu Gebote stehenden Instrumenten auf dem Gebiet der Konfliktnachsorge zu diesem Prozess beitragen. Wir haben der OSZE vorgeschlagen, eine gezielte und bedarfsorientierte praktische Zusammenarbeit mit Aserbaidshan aufzunehmen, und warten noch immer auf eine Antwort.

In der Zwischenzeit bietet das Ende des Konflikts sowohl Armenien als auch Aserbaidshan eine einzigartige Gelegenheit, den Aufbau gutnachbarschaftlicher zwischenstaatlicher Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Achtung der Souveränität und territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der internationalen Grenzen voranzutreiben.

Aserbaidshan hat wiederholt seine Bereitschaft hierzu betont und hat unmittelbar nach dem Ende des Konflikts in der Praxis einseitig verschiedene Schritte unternommen. Bisher wurde dies von Armenien noch nicht erwidert.

In diesem Zusammenhang geben die anhaltenden Verstöße Armeniens gegen seine Verpflichtungen aus den trilateralen Erklärungen Anlass zu schwerwiegender Besorgnis.

Armenien hält sich bislang nicht an die trilaterale Erklärung vom 10. November und hat seine Streitkräfte noch nicht vollständig aus dem aserbaidischen Gebieten abgezogen.

Die Verzögerungen bei der Wiederherstellung aller wirtschaftlichen und Verkehrsverbindungen in der Region müssen aufhören. Es handelt sich um eine wichtige Maßnahme zur Vertrauensbildung und Normalisierung nach dem Konflikt, die zudem für alle Beteiligten von großem wirtschaftlichem Nutzen wäre. Die möglichst baldige Inbetriebnahme des Sangesur-Korridors ist nicht nur für den ungehinderten Personen-, Fahrzeug- und Güterverkehr zwischen dem aserbaidischen Mutterland und der autonomen Republik Nachitschewan erforderlich, sondern wird auch die Verkehrsverbindungen zwischen Armenien und Aserbaidschan in beiden Richtungen wiederherstellen und somit der Irreversibilität des Friedens und der Zusammenarbeit dienen und der gesamten Region völlig neue Chancen eröffnen.

Armenien hat auch keine vollständigen und genauen Karten aller verminten Gebiet vorgelegt. Dies verlangsamt den Prozess der Konfliktnachsorge und des Wiederaufbaus in den befreiten Gebieten und stellt ein erhebliches Hindernis für die Rückkehr der Binnenvertriebenen an ihre Heimstätten in Sicherheit und Würde dar. Derzeit gehört Aserbaidschan zu den am stärksten verminten Ländern der Welt. Seit der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung vom 10. November 2020 wurden 181 aserbaidische Bürgerinnen und Bürger – 70 davon waren Zivilpersonen, darunter Journalistinnen und Journalisten und andere Medienschaffende – durch die Explosion von Minen getötet oder schwer verletzt, die von Armenien wahllos gelegt worden waren. Es muss zusätzlicher Druck auf Armenien ausgeübt werden, damit das Land im Einklang mit seinen Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht genaue Karten aller verminten Gebiete vorlegt.

Darüber hinaus muss Armenien noch seine Verpflichtungen zur Ermittlung des Verbleibs von fast 4 000 Aserbaidschanerinnen und Aserbaidschanern, die seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen Anfang der 1990er-Jahre vermisst werden, erfüllen. Das ist wichtig, damit die Wunden aus dem ehemaligen Konflikt heilen können.

Verehrte Ministerinnen und Minister,

mit der Befreiung der aserbaidischen Gebiete von der Besatzung werden Recht und Ordnung wiederhergestellt, die nun an die Stelle der von Armenien mit Gewalt und unter Verletzung des Völkerrechts hergestellten sogenannten „Realität“ treten. Damit ist ein Frieden zwischen Armenien und Aserbaidschan nach fast drei Jahrzehnten zum ersten Mal in greifbare Nähe gerückt.

Diesbezüglich war das Treffen der Staats- und Regierungschefs Aserbaidschans, der Russischen Föderation und Armeniens am 26. November in Sotschi ein wichtiger Schritt nach vorne. Die drei Staats- und Regierungschefs führten ausführliche und substanzielle Gespräche über die Umsetzung der zuvor vereinbarten Parameter und legten auch weitere Schritte zur Normalisierung der Lage nach dem Konflikt fest. Von besonderer Bedeutung ist, dass bis Jahresende eine bilaterale armenisch-aserbaidschanische Kommission unter beratender Mitwirkung der Russischen Föderation zur Festlegung und Demarkation der Grenze eingesetzt werden soll. Aserbaidschan erwartet, dass diese Vereinbarungen unverzüglich in der Praxis umgesetzt werden und uns unserem Ziel näherbringen, den Südkaukasus in einen stabileren und berechenbareren Raum zu verwandeln.

In der gegenwärtigen kritischen Phase sind gemeinsame Anstrengungen der gesamten internationalen Gemeinschaft erforderlich, um die Sicherheit und Stabilität zu festigen. Das Beste, was die internationale Gemeinschaft jetzt tun könnte, ist, keine falschen Erwartungen zu wecken und stattdessen all ihre Bemühungen darauf auszurichten, zur vollständigen Umsetzung der trilateralen Erklärungen und zu einem praxisorientierten Dialog zwischen Armenien und Aserbaidschan beizutragen, um Vertrauen und Sicherheit in der Region zu schaffen.

Die Minsk-Gruppe der OSZE kann auch nach Ende des Konflikts eine hilfreiche Rolle bei der Normalisierung zwischen Armenien und Aserbaidschan spielen.

Angesichts der veränderten Gegebenheiten fordern wir unsere Kolleginnen und Kollegen und unsere Partner dazu auf, die neuen und vielversprechenden Chancen für Entwicklung und Zusammenarbeit in der Region zu bewerten und zu nutzen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen. Danke, Frau Vorsitzende.

ERKLÄRUNG

DER DELEGATION VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

(Anhang 4 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Danke, Frau Vorsitzende.

Wir zollen dem schwedischen Vorsitz unsere Anerkennung für seine engagierte Leitung dieser Organisation unter der kompetenten Stabführung der Amtierenden Vorsitzenden Ann Linde und von Botschafterin Ulrike Funered.

Die Vereinigten Staaten freuen sich auf die Zusammenarbeit mit Polen im Jahr 2022, wenn wir uns mit einigen der wichtigsten Herausforderungen für unsere Region zu befassen haben werden. In der Tat sind wir, wie Außenminister Blinken und so viele andere Ministerinnen und Minister betonten, mit Herausforderungen für die Grundprinzipien dieser Organisation konfrontiert.

Die Lage in der Südkaukasusregion, einschließlich der Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan, ist nach wie vor instabil, und wir fordern die Seiten nachdrücklich auf, mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe zu arbeiten und den direkten Dialog fortzusetzen, um zu Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in der Region beizutragen.

Die Vereinigten Staaten begrüßen die „5+2“-Erklärung über die Beilegung des Transnistrien-Konflikts. Über die darin angesprochenen Fragen hinaus erinnern wir auch daran, dass die bei OSZE-Gipfeltreffen eingegangenen Verpflichtungen betreffend den Abzug russischer Streitkräfte aus Moldau erfüllt werden müssen.

Wir bedauern, dass die Teilnehmerstaaten keine Einigung über eine Regionalerklärung zu Georgien erzielen und bekunden unsere unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Wir sind nach wie vor tief besorgt über die beispiellosen Repressionen durch das Regime von Lukaschenko in Belarus, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen und gegen die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien brutal durchzugreifen. Deshalb haben wir Anfang des Jahres gemeinsam mit anderen Teilnehmerstaaten den Wiener Mechanismus aktiviert.

In der Ukraine hat Russland einen achtjährigen Konflikt und eine massive humanitäre Krise entfacht, sich gewaltsam des souveränen Hoheitsgebiets der Ukraine auf der Krim bemächtigt und es besetzt, und es begeht weiterhin schwere Verstöße in den Gebieten, die seiner Kontrolle unterliegen. Ich möchte es ganz deutlich sagen: „Die Ukraine stellt für Russland in keiner Weise eine Bedrohung dar oder sucht eine Konfrontation, die eine russische Militärintervention rechtfertigen würde. Die einzige Bedrohung geht von einem neuerlichen Angriff Russlands auf die Ukraine aus. Es liegt nun an Russland, die aktuellen Spannungen zu deeskalieren, indem es den jüngsten Truppenaufmarsch zurückfährt.“ Wir sind tief besorgt über die Bedrohungen, denen die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine tagtäglich ausgesetzt ist, und bedauern die Weigerung Russlands, das Mandat der Grenzbeobachtermission zu verlängern. Wir erkennen die sogenannte Annexion der Krim

durch Russland nicht an und werden dies auch niemals tun. Die Sanktionen im Zusammenhang mit der Krim werden so lange aufrecht bleiben, bis Russland die volle Kontrolle über die Halbinsel an die Ukraine zurückgegeben hat und die Sanktionen im Zusammenhang mit Minsk werden so lange bestehen bleiben, bis Russland die Minsker Vereinbarungen vollständig umsetzt.

Wir bedauern, dass Russland die Abhaltung des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension (HDIM) 2021 verhindert hat. Wie Außenminister Blinken sagte, ist es höchst wichtig, dass das HDIM 2022 stattfindet. Das HDIM erfüllt eine einzigartige und unverzichtbare Funktion der OSZE, indem alle Teilnehmerstaaten einander und der Zivilgesellschaft Rechenschaft über die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der menschlichen Dimension ablegen.

Handlungen, die Fortschritte in Bezug auf die Ziele und die Kernfunktionen der OSZE blockieren oder auf andere Weise behindern, beeinträchtigen die umfassende Sicherheit, zu deren Verwirklichung wir uns alle verpflichtet haben.

Wir waren enttäuscht, dass zu keinem Text des Forums für Sicherheitskooperation eine Einigung erzielt wurde. Wir sind jedoch erfreut, dass dieses Jahr 47 Teilnehmerstaaten gemeinsam ihre Unterstützung für die Modernisierung des Wiener Dokuments bekräftigt haben und dass viele Teilnehmerstaaten die nachdrücklichen Erklärungen zu Kleinwaffen und leichten Waffen und zur zentralen Bedeutung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit unterstützt haben.

Wir müssen unsere Bemühungen in der zweiten Dimension nächstes Jahr weiter intensivieren, nicht nur zum Klima, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich und in Anerkennung der Zusammenhänge zwischen den Dimensionen. Korruption untergräbt die demokratische Entwicklung und das Vertrauen in die Institutionen; die Zusammenhänge zwischen Korruption und nationaler Sicherheit sind eine Tatsache.

In einem Jahr, das im Zeichen der Pandemie stand, wäre eine Erklärung des Ministerrats zur wirtschaftlichen Ermächtigung von Frauen unter Betonung der unverhältnismäßigen Auswirkungen von COVID-19 auf Frauen im OSZE-Raum angemessen gewesen. Wir bedauern, dass wir zu einer so wichtigen Frage wie der Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels keinen Konsens herstellen konnten. Wir hoffen, dass Polen inhaltlich auf dem aus unseren Verhandlungen hervorgegangenen Entwurf aufbauen wird.

Wir danken der Amtierenden Vorsitzenden und der norwegischen Vorsitzenden des Ausschusses zur menschlichen Dimension für ihren großen Einsatz für das Recht auf freie Meinungsäußerung und andere Menschenrechte und Grundfreiheiten in diesem Jahr. Diese sind in vielen Ländern der Region Angriffen ausgesetzt, und sie müssen im Jahr 2022 ein Schwerpunkt sein.

Ich begrüße den hier erzielten Beschluss zum Klimawandel – den ersten seit sieben Jahren – und freue mich auf die weitere Arbeit zum Aufbau von Klimaresilienz im Jahr 2022.

Die Vereinigten Staaten messen dieser Organisation, ihren Prinzipien und Verpflichtungen und ihren unabhängigen Institutionen weiterhin großen Wert bei. Sie können sicher sein, dass sich die Vereinigten Staaten weiterhin für die OSZE und das Ziel einsetzen werden, eine friedliche und prosperierende Region aufzubauen, in der alle Menschen mit Würde behandelt werden und ihre Menschenrechte frei ausüben können.

Frau Vorsitzende, wir bitten um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION RUSSISCHEN FÖDERATION

(Anhang 5 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Frau Vorsitzende,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir zunächst, dem schwedischen Vorsitz unseren Dank dafür auszusprechen, dass diese wichtige OSZE-Veranstaltung – das Ministerratstreffen in Stockholm – trotz der aufgrund der anhaltenden Coronavirus-Pandemie schwierigen Bedingungen im Präsenzformat abgehalten werden kann. Neue Technologien, selbst die fortschrittlichsten, werden ein persönliches Gespräch niemals ersetzen können. Der inhaltsreiche Meinungsaustausch während der Plenarsitzungen, des Arbeitssessens und des Abendessens sowie am Rande der Ministerratssitzung war sehr nützlich.

Aus unserer Sicht lohnt es sich, die Gepflogenheit beizubehalten, sich vor Beginn des Treffens auf Entwürfe zu Ministerratsdokumenten zu einigen. Das fördert eine gewisse Disziplin. Natürlich ist es notwendig, die Arbeit an den Dokumentenentwürfen rechtzeitig zu beginnen und nach Lösungen zu suchen, anstatt die Dinge bis zur letzten Minute aufzuschieben.

Leider haben das komplizierte politische Klima in der OSZE und die akute Vertrauenskrise in den Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten verhindert, dass das Potenzial unserer Organisation im Hinblick auf den Abbau politisch-militärischer Spannungen im euroatlantischen Raum und die Suche nach kollektiven Antworten auf gemeinsame Herausforderungen voll ausgeschöpft werden konnte. Das wurde im Zuge des Prozesses der Einigung auf die Beschlüsse des Ministerrats ganz offensichtlich.

Gemeinsam mit einer Reihe anderer Staaten legte Russland einen Entwurf für eine Erklärung zur Verhinderung und Bekämpfung der Nutzung des Internets für terroristische Zwecke vor. Wir sind enttäuscht, dass die politisch befrachteten Vorstellungen einiger Länder uns alle der Möglichkeit beraubt haben, ein Ministerratsdokument zu diesem wichtigen Thema auszuarbeiten.

Gleichzeitig stellen wir erfreut fest, dass es möglich war, sich auf einen Beschluss über die Stärkung der Zusammenarbeit zur Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen zu einigen und diesen zu verabschieden. Das bestätigt die Bedeutung der komplementären Rolle der OSZE im globalen Klimaprozess unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Aspekte wie die Zusammenarbeit bei der Abschwächung der negativen Auswirkungen des Klimawandels, die Bedeutung der Wiederbewaldung und die verstärkte Nutzung sauberer Energiequellen sind in dem Dokument verankert.

Ein zukunftsweisender Moment für die OSZE war die Wahl Finnlands in den OSZE-Vorsitz im Jahr 2025, dem Jubiläumsjahr der Organisation. Wir beglückwünschen unsere finnischen Kollegen und hoffen, dass dieses denkwürdige Jubiläum unsere Organisation zu ihrem historischen Auftrag zurückführen wird, sich für die Stärkung der gesamteuropäischen Sicherheit einzusetzen.

Aufgrund tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten war es nicht möglich, die Stockholmer Erklärung zu verabschieden – eine politische Erklärung, die eine gute Gelegenheit geboten hätte, die Ziele des Aufbaus einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft zu bekräftigen, wie sie auf dem OSZE-Gipfel in Astana im Jahr 2010 befürwortet worden waren.

Das zweite Jahr in Folge war es nicht möglich, sich auf eine Erklärung zu den Auswirkungen von COVID-19 zu einigen. Die Verabschiedung eines solchen Dokuments könnte ein starkes Signal dafür aussenden, dass die OSZE-Länder in der Lage sind, sich dem Unheil, das sie alle gemeinsam trifft, weiterhin geschlossen entgegenzustellen. Wir hoffen, dass dieses wichtige Thema im nächsten Jahr erfolgreicher angegangen werden kann.

Es gibt viele verbindende Themen in der OSZE. Unsere Interessen überschneiden sich in vielen Bereichen, in denen eine Zusammenarbeit für alle Seiten von Vorteil wäre. Leider werden viele Initiativen von bestimmten Teilnehmerstaaten nicht nach ihrem Inhalt beurteilt, sondern danach, von wem sie ausgehen. Wir haben eine konstruktive Haltung eingenommen. Die russische Delegation hat sich gewissenhaft mit den vom Vorsitz vorgeschlagenen Entwürfen befasst und auch andere Dokumente sorgfältig geprüft.

Wir möchten den künftigen polnischen Vorsitz bitten, einen wichtigen Aspekt zu berücksichtigen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass „Gender-Extremismus“ in unserer Arbeit nicht zielführend ist. Der Versuch, Konzepte durchzusetzen, die nicht konsensfähig sind und denen nur ein Bruchteil der Staaten zustimmt, kostet viel Zeit und Energie.

Die Lage in Afghanistan erfordert eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen, vor allem des Terrorismus, aber auch des illegalen Drogenhandels. Die OSZE sollte bei der Bekämpfung der Verbreitung terroristischen Gedankenguts, insbesondere über das Internet, die sozialen Medien und die traditionellen Medien, weiterhin ihren hohen Ansprüchen treu bleiben und das Potenzial des Sicherheitsausschusses des Ständigen Rates der OSZE in vorrangigen Bereichen der Terrorismusbekämpfung besser nutzen.

In der zweiten Dimension ist es wichtig, sich eine Zusammenarbeit ohne jegliche Politisierung zu erhalten und sich angemessen mit dem entscheidenden Thema der sozio-ökonomischen Folgen der Coronavirus-Pandemie auseinanderzusetzen.

In der menschlichen Dimension ist es notwendig, den verschiedenen Modellen der zivilisatorischen und gesellschaftlichen Entwicklung mit Achtung zu begegnen. Doppelmoral, Belehrungen und Besserwisserei ist eine Absage zu erteilen; es sollten keine ideologischen Gräben aufgerissen werden. Es ist auch an der Zeit, für einen entsprechenden Schutz der sprachlichen und der Bildungsrechte nationaler Minderheiten zu sorgen. Die Verherrlichung des Nazismus und Geschichtsfälschung sind mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Die Ausarbeitung von Erklärungen des Ministerrats zur Bekämpfung von Intoleranz gegenüber Christen und Muslimen, wie sie vom Ministerrat in Basel 2014 in Auftrag gegeben wurde, muss endlich in Angriff genommen werden.

Wir wünschen unseren polnischen Kollegen viel Erfolg im Jahr 2022. Wir zählen darauf, dass Polen die Arbeit der OSZE strikt auf der Grundlage des Mandats des Vorsitzes gestaltet und dabei die Ansätze aller Teilnehmerstaaten gebührend berücksichtigt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ministerrats als Anhang beizufügen.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DÄNEMARKS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, ARMENIEN,
ASERBAIDCHAN, BELGIEN, BOSNIEN UND HERZEGOWINA,
BULGARIEN, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND,
FRANKREICH, GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND,
ITALIEN, KANADA, KROATIEN, LETTLAND, LIECHTENSTEIN,
LITAUEN, LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONACO,
MONTENEGRO, DEN NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN,
NORWEGEN, ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN, SAN
MARINO, SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, SERBIEN, DER SLOWAKEI,
SLOWENIEN, SPANIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER
TÜRKEI, DER UKRAINE, UNGARN, DEM VEREINIGTEN
KÖNIGREICH, DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND
ZYPERN)**

(Anhang 6 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Ich habe die Ehre, diese Erklärung im Namen der folgenden 48 Teilnehmerstaaten abzugeben: Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern sowie im Namen meines eigenen Landes Dänemark.

In diesem Jahr begehen wir den 30. Jahrestag des wegweisenden Moskauer Dokuments, das zur Ausformung der demokratischen Prinzipien im OSZE-Raum, wie wir sie heute kennen, beigetragen hat. In diesem richtungsweisenden Dokument betonten die Teilnehmerstaaten gemeinsam, dass die Achtung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit eine der Grundlagen der internationalen Ordnung darstellt.

Seither haben wir große Fortschritte bei der Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gemacht. Und doch ist selbst heute der Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie noch keineswegs vorbei, und ihre Verteidigung erfordert unsere fortgesetzte Wachsamkeit und unser prinzipientreues Handeln. Der Raum für die Zivilgesellschaft und für unabhängige Medien schrumpft rapide. Diskriminierung schließt zu viele von der vollen, gleichberechtigten und bedeutsamen Teilhabe an unserer Gesellschaft aus. Und in den Schlagzeilen liest man von Drohungen und Gewalt gegen friedliche Demonstrierende.

Gleichzeitig ist die Welt heute vernetzter denn je. Menschen üben ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten online wie offline aus. Verletzungen und Missachtungen der Menschenrechte in einem Teil unserer Region können schwerwiegende Folgen in einem anderen Teil nach sich ziehen. Wie es das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE vorsieht,

bleibt die innerstaatliche Achtung der Menschenrechte eine wesentliche Voraussetzung für dauerhafte Sicherheit und Wohlstand auf zwischenstaatlicher Ebene.

Wir wissen das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) als eine wichtige Plattform für die Teilnehmerstaaten und die Zivilgesellschaft zur Überprüfung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension in der gesamten Region sehr zu schätzen. Wir bedauern zutiefst, dass das diesjährige Treffen nicht abgehalten wurde, und es ist wichtig, dass das HDIM nächstes Jahr abgehalten wird.

Frau Vorsitzende,

vor 30 Jahren in Moskau erklärten alle Teilnehmerstaaten kategorisch und unwiderruflich, dass die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und eine nicht ausschließlich innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen.

Dementsprechend werden wir weiter unsere Stimme erheben, wenn demokratische Grundsätze, Menschenrechte und Grundfreiheiten verletzt oder missachtet werden. Ob es um Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und Journalistinnen und Journalisten geht, die für ihre mutige Arbeit Repressalien ausgesetzt sind, oder um das gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Demonstrierende, die einen demokratischen Wandel anstreben. Wir werden weiterhin auf die Beseitigung von Folter und sonstiger Misshandlung dringen. Wir werden uns weiterhin für freie und faire Wahlen einsetzen. Wir werden Stereotype und Vorurteile hinterfragen, Mythen mit Fakten bekämpfen und eine Welt fördern, in der niemand zurückgelassen wird oder dafür angegriffen wird, wer er/sie ist, wen er/sie liebt, wie er/sie aussieht oder was er/sie glaubt oder sagt.

Die Zivilgesellschaft ist das Gewissen unserer Länder. Sie ist Ideengeberin und entscheidende Komponente einer offenen, inklusiven und lebendigen Demokratie, in der niemand über dem Gesetz steht. Deshalb setzen wir uns für eine Welt ein, in der alle Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit genießen, ihre Meinung frei äußern, gläubig oder ungläubig sein und ihre Regierungen zur Rechenschaft ziehen können, ohne Vergeltung fürchten zu müssen. Wir würdigen den unermüdlichen Einsatz aller Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die unser gemeinsames Engagement für Demokratie, Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen. Sie verdienen unsere Anerkennung, unseren Schutz und unsere Unterstützung.

Wir würdigen die Arbeit der autonomen Institutionen der OSZE – das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, die Beauftragte für Medienfreiheit und der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten – für ihre Bemühungen um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte als unentbehrliche Komponenten einer friedlichen, inklusiven und demokratischen Gesellschaft. Ihre Arbeit, ihre Mandate und ihre Unabhängigkeit als Institutionen sind von wesentlicher Bedeutung für die Förderung und die Stärkung der Demokratie, der Menschenrechte und Grundfreiheiten in unserer Region. Wir wissen die wichtige Arbeit der Feldoperationen der OSZE sehr zu schätzen. Sie helfen tagtäglich bei der Umsetzung unserer Verpflichtungen vor Ort.

Nach dreißig Jahren sind die Verpflichtungen und Instrumente des Moskauer Dokuments so wichtig wie eh und je. Wir werden weiter darum kämpfen, dass die

Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen bei unserer Arbeit in dieser Organisation im Vordergrund bleibt – zu Gunsten aller, die im OSZE-Raum zu Hause sind.

Abschließend möchten wir auch dem OSZE-Vorsitz und dem Vorsitz des Ausschusses zur menschlichen Dimension, die in unserem Namen für die Stärkung der menschlichen Dimension arbeiten, unsere aufrichtige Anerkennung aussprechen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung dem Journal der heutigen Ministerratssitzung beifügen könnten. Danke.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION RUMÄNIENS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, BELGIEN, BULGARIEN,
DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FRANKREICH,
GRIECHENLAND, ISLAND, ITALIEN, KANADA, KROATIEN,
LETTLAND, LITAUEN, LUXEMBURG, MONTENEGRO,
DEN NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN, POLEN,
PORTUGAL, DER SLOWAKEI, SLOWENIEN, SPANIEN,
DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER TÜRKEI, UNGARN,
DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH UND
DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

(Anhang 7 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Frau Vorsitzende,

diese Erklärung erfolgt im Namen der folgenden Teilnehmerstaaten: Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika sowie im Namen meines eigenen Landes Rumänien.

Die weltweite COVID-19-Pandemie stellt die Resilienz unserer Länder und der OSZE-Gemeinschaft weiterhin auf die Probe. Die beispiellosen Herausforderungen der Pandemie haben das Sicherheitsumfeld und die Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, sowie einen Gesamtkontext, in dem das Völkerrecht und die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki eklatant missachtet werden, noch komplexer gemacht. Die aufgrund der COVID-19-Pandemie unterbrochenen Verifikationsaktivitäten sollten wieder aufgenommen werden, sobald die gesundheitspolitische Lage dies zulässt, und dies im Sinne der Gegenseitigkeit.

Unsere Zeit steht im Zeichen der Herausforderungen durch den Klimawandel. Er ist ein Bedrohungsmultiplikator, der sich sowohl im OSZE-Raum als auch weltweit auf unsere Sicherheit auswirkt. Wir ermutigen diesbezüglich zu einem bedeutsamen Engagement in der OSZE, auch um unsere Bemühungen um Bewusstseinsbildung, Anpassung und Abschwächung zu verstärken. Der Klimawandel stellt unsere Resilienz und zivile Krisenvorsorge auf die Probe und wirkt sich auf unsere Planung und die Widerstandsfähigkeit unserer militärischen Einrichtungen und kritischen Infrastruktur aus.

Die Herausforderungen im Sicherheitsbereich sind nicht geringer geworden. Weiterhin werden wesentliche Prinzipien und Verpflichtungen verletzt. Wir halten unerschütterlich an unserer Verpflichtung zum Kampf gegen den Terrorismus in all seinen Arten und Erscheinungsformen fest und ergreifen gemeinsam stärkere Maßnahmen zu seiner Verhütung und Bekämpfung. Die Instabilität jenseits unserer Grenzen trägt auch zu irregulärer Migration und Menschenhandel bei. Sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure bedienen sich hybrider Aktivitäten, um unsere politischen Institutionen, den öffentlichen Diskurs und die Sicherheit unserer Bürger anzugreifen. Cyberbedrohungen sind komplex, destruktiv und eine

Form von Zwang, und sie kommen immer häufiger vor. Dies wurde in jüngster Zeit durch Ransomware-Vorfälle und andere bösartige Cyberaktivitäten deutlich.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen und das Vertrauen wieder aufzubauen, müssen alle OSZE-Teilnehmerstaaten sich auf einen aufrichtigen Dialog und eine multi-laterale Zusammenarbeit einlassen – auf Grundlage der Achtung der grundlegenden Prinzipien, die das Herzstück dieser Organisation bilden.

Wir reagieren auf das sich verschlechternde Sicherheitsumfeld weiterhin durch Stärkung unseres Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs. Wir sind nach wie vor offen für einen echten Dialog mit Russland – auch im Rahmen der Plattformen der OSZE – auf der Basis der Gegenseitigkeit, mit dem Ziel der Vermeidung von Missverständnissen, Fehleinschätzungen und unbeabsichtigten Eskalationen sowie einer Erhöhung der Transparenz und Berechenbarkeit. Ebenso sind wir offen für eine konstruktive Beziehung mit Russland, wenn dessen Handlungen dies möglich machen.

Die Realität sieht jedoch so aus, dass Russlands zunehmender militärischer Aufwuchs in verschiedenen Bereichen, sein immer dominanteres Auftreten, seine neuartigen militärischen Fähigkeiten und seine provozierenden Aktivitäten, auch in der Nähe unserer Grenzen, sowie seine großangelegten unangekündigten Übungen, der fortgesetzte militärische Aufmarsch auf der Krim und an den Grenzen der Ukraine, die Stationierung moderner doppelverwendungsfähiger Raketen in Kaliningrad, die militärische Integration mit Belarus und die wiederholten Verletzungen unseres Luftraums die Sicherheit des OSZE-Raums und die regelbasierte internationale Ordnung zunehmend bedrohen und zur Instabilität entlang unserer Grenzen und darüber hinaus beitragen. Neben seinen militärischen Aktivitäten hat Russland auch seine hybriden Aktionen gegen unsere Verbündeten und Partner intensiviert, unter anderem durch seine Geheimdienste und Stellvertreter. Dazu gehören die versuchte Einmischung in Wahlen und demokratische Prozesse, politischer, wirtschaftlicher und energiepolitischer Druck und entsprechende Einschüchterungen, weitreichende Desinformationskampagnen, böswillige Cyberaktivitäten und das Gewährenlassen der Cyberkriminellen, die von seinem Hoheitsgebiet aus operieren, einschließlich solcher, die kritische Infrastruktur in unseren Ländern ins Visier nehmen und stören. Wir sind vollumfänglich solidarisch mit der Tschechischen Republik und anderen Teilnehmerstaaten, die davon betroffen waren.

Was die OSZE selbst betrifft, bedauern wir zutiefst, dass Russland die Abhaltung des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension 2021 nicht unterstützen wollte. Die Obstruktionspolitik Moskaus schadet der effizienten Verfolgung der Ziele in der menschlichen Dimension, die das Herzstück des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE bilden.

Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir fordern Russland auf, die von ihm ohne dessen Zustimmung in dem Land stationierten Kräfte im Einklang mit seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen abzuziehen. Wir verurteilen nachdrücklich die rechtswidrige und unrechtmäßige Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch Russland und werden diese nicht anerkennen, und wir verurteilen deren vorübergehende Besetzung. Die Menschenrechtsverletzungen gegen die Krimtatarinnen und Krimtataren und Angehörige anderer lokaler Gemeinschaften müssen ein Ende haben. Russlands militärischer Aufwuchs und seine destabilisierenden Aktivitäten in der und um die Ukraine haben die Spannungen weiter verschärft und die Sicherheit untergraben. Wir

verurteilen Russlands anhaltende Aggression in der Ostukraine. Wir verurteilen auch die fortgesetzte Militarisierung der Halbinsel Krim, die die Sicherheitslage bei der Straße von Kertsch, im Asowschen Meer und in der Schwarzmeerregion nach wie vor beeinträchtigt. Wir fordern Russland auf, seinen militärischen Aufwuchs rückgängig zu machen und die Einschränkung der Schifffahrt in Teilen des Schwarzen Meeres zu beenden. Wir fordern Russland außerdem auf, den Zugang zum Asowschen Meer und zu ukrainischen Häfen nicht länger zu behindern. Wir bedauern zutiefst, dass Russland es abgelehnt hat, das Mandat der OSZE-Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk zu verlängern, und unterstreichen im Einklang mit Artikel 4 des Minsker Protokolls die Bedeutung einer wirksamen Beobachtung der ukrainischen Grenzgebiete, die vorübergehend nicht unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung stehen. Wir fordern Russland auf, im Sinne größerer Transparenz alle diesbezüglichen Hindernisse zu beseitigen und der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) im Einklang mit dem Mandat der SMM für ihre Arbeit einen sicheren und geschützten Zugang in der gesamten Ukraine zu gewährleisten, einschließlich neuer vorgeschobener Patrouillenstützpunkte, wie von der SMM vorgeschlagen. Wir zollen der Ukraine Respekt für ihre Zurückhaltung und ihren diplomatischen Ansatz, der auf eine friedliche Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts abzielt. Wir sind bestrebt, zur Deeskalation beizutragen.

Wir fordern die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen durch alle Seiten und unterstützen die Bemühungen des Normandie-Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe. Als Unterzeichner der Minsker Vereinbarungen trägt Russland – das in diesem Konflikt Partei und keineswegs Vermittler ist – diesbezüglich eine erhebliche Verantwortung. Wir fordern Russland auf, den Konflikt nicht länger durch finanzielle und militärische Unterstützung der von ihm unterhaltenen bewaffneten Formationen in der Ostukraine zu schüren. Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die SMM in der Ukraine. Wir unterstreichen, wie wichtig es ist, dass im Einklang mit ihrem Mandat im gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine einschließlich der Krim und der russisch-ukrainischen Grenze ihre Sicherheit und der uneingeschränkte und ungehinderte Zugang für ihre Beobachterinnen und Beobachter gewährleistet ist. Zu diesem Zweck fordern wir Russland auf, seinen unbestreitbaren Einfluss auf die bewaffneten Formationen, die es unterhält, zu nutzen, damit sie die Behinderung der Patrouillen der SMM, die gezielte Störung von Flügen unbemannter Luftfahrzeuge und die Manipulation der Kameras der SMM einstellen und die Bewegungsfreiheit der SMM in dem nicht von der Regierung kontrollierten Gebiet nicht länger einschränken.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die territoriale Integrität und Souveränität Moldaus und Georgiens innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir fordern Russland auf, die von ihm ohne deren Zustimmung in beiden Ländern stationierten Kräfte im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen abzuziehen.

Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt über die seit August 2020 zunehmende Repression in Belarus und verurteilen die anhaltenden massiven Angriffe und den beispiellosen Druck auf unabhängige Medien, Journalistinnen und Journalisten, zivilgesellschaftliche Organisationen, Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger, Mitglieder der politischen Opposition und andere Bürgerinnen und Bürger, die friedlich nach Demokratie verlangen. Wir fordern die Behörden auf, alle politischen Gefangenen, einschließlich derjenigen, die dem Bund der Polen in Belarus angehören, unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Wir fordern die belarussischen Behörden nachdrücklich auf, die einschlägigen Empfehlungen im Rahmen der OSZE umzusetzen. Die Politik und die Handlungen von

Belarus haben Auswirkungen auf die regionale Stabilität. Wir verurteilen die fortgesetzte Instrumentalisierung der von Belarus künstlich erzeugten irregulären Migration zu politischen Zwecken im Rahmen gegen Polen, Litauen und Lettland gerichteter hybrider Aktionen auf das Schärfste. Mit Wachsamkeit werden wir auch weiterhin die Gefahr einer weiteren Eskalation und Provokation durch Belarus an den Grenzen zu Polen, Litauen und Lettland im Auge behalten und die Auswirkungen auf unsere Sicherheit beobachten. Wir fordern Belarus auf, diese Maßnahmen einzustellen, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten und sich an das Völkerrecht zu halten.

Instrumente der Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung haben einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung unserer Sicherheitsziele und zur Gewährleistung strategischer Stabilität sowie unserer kollektiven Sicherheit geleistet und sollten dies auch in Zukunft tun. Wir sind weiterhin kollektiv entschlossen, bestehende Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsübereinkommen und -verpflichtungen aufrechtzuerhalten und zu unterstützen. Wir werden danach trachten, die Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung als Schlüsselement der Sicherheit im OSZE-Raum unter Berücksichtigung des derzeitigen Sicherheitsumfelds weiter zu verstärken. Wir begrüßen die neuen strategischen Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Russland über künftige Rüstungskontrollmaßnahmen, die unserer kollektiven Sicherheit Rechnung tragen.

Aus Anlass des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des Lissabonner Rahmens für Rüstungskontrolle der OSZE unterstreichen wir die Bedeutung der konventionellen Rüstungskontrolle und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) für die Förderung der umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheit im OSZE-Raum. Die Wirksamkeit von Rüstungskontrollinstrumenten und VSBM hängt in erster Linie vom politischen Willen ab. Wir fordern alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf, ihre Verpflichtungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle vollständig einzuhalten. Wir sind entschlossen, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa auf der Grundlage von Kernprinzipien und -verpflichtungen, darunter die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, Gegenseitigkeit, Transparenz und die Zustimmung des Gastlandes zur Präsenz ausländischer Kräfte, zu erhalten, zu stärken und zu modernisieren.

Russlands anhaltende selektive Umsetzung des Wiener Dokuments, seine langjährige Nichtumsetzung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und seine Entscheidung, vom Vertrag über den Offenen Himmel zurückzutreten, untergraben in Verbindung mit seinem aggressiven militärischen Dispositiv weiterhin die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum. Wir fordern Russland auf, zur vollständigen Umsetzung und Einhaltung aller seiner internationalen Verpflichtungen nach Geist und Buchstaben zurückzukehren, was für den Wiederaufbau von Vertrauen, die militärische Transparenz und die Erhöhung der Berechenbarkeit im OSZE-Raum unabdingbar ist.

Die Stärkung der militärischen Transparenz und des Vertrauens im gesamten OSZE-Raum ist und bleibt im Forum für Sicherheitskooperation eine Frage von höchster Priorität. Wir fordern Russland auf, seine Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument vollumfänglich und nach Treu und Glauben einzuhalten und in Bezug auf seine nicht vorher angekündigten Alarmierungsübungen und groß angelegten Übungen sowie Truppenbewegungen Offenheit und Transparenz walten zu lassen. Dass Russland keine aussagekräftigen Erklärungen für seinen ungewöhnlichen militärischen Aufmarsch in der und um die Ukraine im vergangenen

Frühjahr geliefert hat und nicht auf die Besorgnisse hinsichtlich seiner Übung „Sapad-21“ eingegangen ist, stellt erneut in Frage, ob es das Wiener Dokument einhält. Unsere Besorgnisse über die ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten Russlands bestehen nach wie vor. Die OSZE-Teilnehmerstaaten sollten sich weiterhin mit der wirksamen Verminderung der Risiken und Verhütung von Zwischenfällen sowie mit Möglichkeiten zur Erhöhung der militärischen Transparenz befassen, so auch bei den Erörterungen und Workshops auf Experten-ebene im Rahmen des Strukturierten Dialogs, im Einklang mit dem Mandat von Hamburg.

Die vollständige Umsetzung und inhaltliche Modernisierung des Wiener Dokuments ist unserer Meinung nach der wichtigste Schritt, den die OSZE-Teilnehmerstaaten in diese Richtung setzen können. Wir begrüßen die breite Unterstützung für die Modernisierung des Wiener Dokuments und freuen uns auf eine Intensivierung der Erörterungen im Forum für Sicherheitskooperation, damit ein Konsens über ein aktualisiertes Wiener Dokument erreicht wird. Der von der Mehrheit der Teilnehmerstaaten unterstützte gemeinsame Vorschlag zur Modernisierung des Wiener Dokuments bietet eine solide Grundlage für aktive und vom Geist der Zusammenarbeit getragene Verhandlungen. Wir appellieren an Russland, seinen Standpunkt zu überdenken und sich ohne Vorbedingungen konstruktiv an Verhandlungen über die längst überfällige Modernisierung des Wiener Dokuments zum wechselseitigen Vorteil zu beteiligen. Wir fordern Russland auf, den notwendigen politischen Willen zur Wiederherstellung der militärischen Transparenz, zur Deeskalation der Spannungen und zur Befassung mit weithin geteilten Besorgnissen betreffend das europäische Sicherheitsumfeld unter Beweis zu stellen.

Der Vertrag über den Offenen Himmel ist ein wichtiges rechtsverbindliches Instrument und anerkannter Bestandteil des Rahmens zur Vertrauensbildung im OSZE-Raum, der ein bestimmtes Ausmaß an Transparenz bieten soll, das zur Förderung des Vertrauens, der Stabilität und der Sicherheit unter den Vertragsstaaten beiträgt. Diesbezüglich bedauern wir die Notifikation Russlands betreffend seine Entscheidung zum Rücktritt vom Vertrag zutiefst. Wir haben Russland wiederholt aufgefordert, zur vollständigen Einhaltung des Vertrags zurückzukehren, und haben zahlreiche Schritte unternommen, um ausstehende Fragen bezüglich der Einhaltung konstruktiv zu lösen. Die vergangenen Monate hätten genutzt werden sollen, um die Rücktrittsentscheidung zu überdenken und zur vollständigen Einhaltung zurückzukehren.

Zugleich würdigen wir den Strukturierten Dialog über die aktuellen und künftigen Sicherheitsherausforderungen und -risiken im OSZE-Raum, der durch die Hamburger Ministerratserklärung von 2016 angestoßen wurde, als Gelegenheit, um wieder einen sachdienlichen Meinungsaustausch zwischen allen Akteuren in Gang zu bringen, mit dem Ziel, das Vertrauen wiederherzustellen. Wir sprechen dem spanischen Vorsitzenden der informellen Arbeitsgruppe und seinem Team unsere Anerkennung für die wichtige und verdienstvolle Arbeit aus, die sie in diesem und dem vorangegangenen Jahr im Rahmen des Strukturierten Dialogs zu den Themen Risikominderung und Bedrohungswahrnehmungen geleistet haben. Wir unterstützen aktiv die Fortsetzung des Strukturierten Dialogs als transparenten, inklusiven, von den Teilnehmerstaaten getragenen und vorangetriebenen, ergebnisoffenen Prozess. Wir sind uns bewusst, dass dies ein langfristiger Prozess ist, der mehr Zeit brauchen wird. Wir ermutigen alle Teilnehmerstaaten, sich konstruktiv an diesen Bemühungen in Wien zu beteiligen.

Wir bedauern, dass kein Konsens über die Vorschläge betreffend die vier Arbeitsergebnisse des Forums für Sicherheitskooperation für dieses Ministerratstreffen erzielt wurde.

Wir begrüßen die gemeinsamen Erklärungen über die Modernisierung des Wiener Dokuments sowie über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition.

In Anerkennung der entscheidenden Bedeutung einer vollen, gleichberechtigten und bedeutsamen Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung und auf allen Führungsebenen bei sämtlichen Aspekten von Frieden und Stabilität sowie der unverhältnismäßigen Auswirkungen von Konflikten auf Frauen und Mädchen, einschließlich konfliktbedingter sexueller Gewalt, bekennen wir uns zur vollständigen Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit. Wir unterstreichen die Bedeutung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und der themenverwandten anderen Resolutionen für die Arbeit der OSZE einschließlich des Forums für Sicherheitskooperation.

Abschließend sei festgehalten, dass alle OSZE-Teilnehmerstaaten ohne weitere Verzögerung das kooperative Sicherheitsumfeld wieder aufbauen müssen, indem sie zu einem konstruktiven Dialog auf Grundlage einer im Alltag gelebten Achtung der Prinzipien zurückkehren, die die Stützpfeiler der regelbasierten internationalen Ordnung bilden.

Die Teilnehmerstaaten, die sich dieser Erklärung anschließen, ersuchen um deren Aufnahme als Anhang in das Journal dieses Ministerratstreffens.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MONTENEGROS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, ASERBAIDCHAN,
BELARUS, BELGIEN, BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN,
DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND,
FRANKREICH, GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND,
ITALIEN, KANADA, KASACHSTAN, KIRGISISTAN, KROATIEN,
LETTLAND, LIECHTENSTEIN, LITAUEN, LUXEMBURG, MALTA,
MOLDAU, MONACO, DEN NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN,
NORWEGEN, ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN,
SAN MARINO, SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, SERBIEN,
DER SLOWAKEI, SLOWENIEN, SPANIEN, DER TSCHECHISCHEN
REPUBLIK, DER TÜRKEI, DER UKRAINE, UNGARN,
DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, DEN VEREINIGTEN STAATEN
VON AMERIKA UND ZYPERN)**

(Anhang 8 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Ich habe die Ehre, diese Erklärung im Namen der folgenden 50 Teilnehmerstaaten abzugeben: Albanien, Andorra, Aserbaidschan, Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern sowie meines eigenen Landes Montenegro.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass der unerlaubte Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) und deren destabilisierende Anhäufung eine schwerwiegende Bedrohung für unsere Gesellschaften darstellen können, und anerkennen die Arbeit der OSZE als größter regionaler Organisation gemeinsam mit den Teilnehmerstaaten zur Minderung dieser Bedrohungen.

Wir sind uns der Bedeutung der Normen und vorbildlichen Verfahren der OSZE zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und SCA unter allen Aspekten bewusst und nehmen die Bedrohung zur Kenntnis, die von der Umlenkung von SALW und SCA in illegale Märkte ausgeht, wo sie unter anderem in die Hände terroristischer und anderer krimineller Gruppen gelangen, und sind uns der diesbezüglichen Sicherheitsrisiken bewusst.

Wir sind besorgt über die negativen Auswirkungen des unerlaubten Handels mit SALW und SCA auf unsere Gesellschaften, insbesondere auf Frauen und Kinder, und stellen fest, wie wichtig es ist, die vorgenannten Herausforderungen wirksam anzugehen und die Normen und vorbildlichen Verfahren der OSZE im Zusammenhang mit SALW und SCA sowie deren Umsetzung weiter zu verbessern.

Wir anerkennen den Schwerpunkt, den die Vereinten Nationen auf die Befassung mit Fragen im Zusammenhang mit SALW unter allen Aspekten legen, und die Bedeutung, die

regionalen Organisationen bei diesen Bemühungen zukommt. Diesbezüglich begrüßen wir die Ergebnisse der siebten Zweijährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten, die im Juli 2021 in New York stattfand, sowie den Bericht der Gruppe von Regierungssachverständigen für Probleme infolge der Anhäufung von Beständen überschüssiger konventioneller Munition, der im September 2021 veröffentlicht wurde, und die einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Wir begrüßen die Ergebnisse des zweiten Zweijährlichen Treffens zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA vom 13. und 14. Oktober 2020 und des OSZE-Treffens zur Überprüfung der Umsetzung von Hilfsprojekten der OSZE betreffend SALW und SCA vom 5. und 6. Oktober 2021 sowie die in diesem Zusammenhang unternommenen Aktivitäten des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) einschließlich der laufenden Bemühungen des FSK um eine bessere Umsetzung der Verpflichtungen und um die Überprüfung und Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden für SALW und SCA. Wir begrüßen die Bemühungen um die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und SCA und die für 2021 geplante thematische Überprüfung des Hilfsmechanismus nach den OSZE-Dokumenten über SALW und SCA mit dem übergeordneten Ziel, die Umsetzung des Mechanismus zu verbessern und ihn an die heutigen Anforderungen anzupassen.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis dazu,

- unsere Bemühungen um die weitere Förderung der vollständigen und wirksamen Umsetzung der im OSZE-Dokument zu SALW, dem OSZE-Dokument zu SCA und den einschlägigen Beschlüssen des Ministerrats und des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) enthaltenen Verpflichtungen fortzusetzen,
- die laufenden Anstrengungen zu erleichtern, mit denen die Teilnehmerstaaten in ihren Bemühungen um die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und SCA durch Förderung eines wirksamen Managements aller Aspekte des SALW-Lebenszyklus durch die staatlichen Sicherheitskräfte in sämtlichen Phasen des Konfliktzyklus und um die Entwicklung wirksamer und maßgeschneiderter OSZE-Hilfsprojekte auf diesem Gebiet unterstützt werden sollen,
- weiterhin den freiwilligen Austausch von Gedanken, Informationen und nachahmenswerten Verfahren unter den Teilnehmerstaaten zu fördern, soweit sie das Mandat des FSK betreffen, um den Auswirkungen der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung von SALW und der zugehörigen Munition auf Frauen und Kinder Rechnung zu tragen und gleiche Chancen für die Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen sowie an Planungs- und Umsetzungsprozessen zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und ebenso für ihre bedeutsame Beteiligung an OSZE-Hilfsprojekten im Bereich SALW und SCA zu schaffen,
- weiter die freiwillige Anwendung der OSZE-Praxisleitfäden zu SALW und SCA im Zuge der Umsetzung von OSZE-Hilfsprojekten und beim Aufbau nationaler Kapazitäten zu fördern,

- Möglichkeiten zu prüfen, wie die Zusammenarbeit mit den OSZE-Kooperationspartnern in Bezug auf SALW- und SCA-Fragen im Einklang mit den betreffenden Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und den OSZE-Verpflichtungen verstärkt werden kann,
- im Rahmen der Sicherheitsdialoge im FSK aktuelle Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit SALW und SCA zu erörtern.

Wir ermutigen die OSZE-Kooperationspartner, auf freiwilliger Basis die Arbeit in diesem Bereich zu unterstützen und sich an der Diskussion zu beteiligen.

Wir möchten unser tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass wie im Jahr 2020 auch in diesem Jahr kein Konsens über einen Beschluss des Ministerrats zu SALW und SCA erzielt werden konnte.

Abschließend möchten wir dem österreichischen FSK-Vorsitz unsere aufrichtige Anerkennung und unseren Dank für seine Bemühungen um einen Kompromiss aussprechen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der Sitzung beifügen zu lassen.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ISLANDS
(AUCH IM NAMEN VON BULGARIEN, ESTLAND, FINNLAND,
IRLAND, KANADA, LETTLAND, LITAUEN, NORWEGEN, POLEN,
RUMÄNIEN, DER SLOWAKEI, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK,
DER UKRAINE, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH UND DEN
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

(Anhang 9 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Diese Erklärung erfolgt im Namen von Bulgarien, Estland, Finnland, Irland, Island, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Dreizehn Jahre nach der Militärinvasion der Russischen Föderation in Georgien sind wir nach wie vor tief besorgt über die anhaltende Besetzung von Teilen des Hoheitsgebiets Georgiens und unterstreichen die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung des Konflikts unter voller Achtung der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki sowie des Völkerrechts.

Wir begrüßen die Einhaltung der von der Europäischen Union vermittelten Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008 durch Georgien. Wir fordern Russland auf, unverzüglich seiner eindeutigen Verpflichtung aus der Waffenstillstandsvereinbarung nachzukommen, seine Kräfte auf die Positionen vor Ausbruch des Konflikts zurückzuziehen, sowie seine Verpflichtungen einzuhalten, ungehinderten Zugang für die Lieferung humanitärer Hilfe zu erlauben und die Schaffung internationaler Sicherheitsregelungen vor Ort nicht zu behindern. Wir fordern Russland auf, seine Anerkennung der sogenannten Unabhängigkeit der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zurückzunehmen.

Wir verleihen erneut unserer tiefen Besorgnis über die militärischen Übungen Russlands und seine fortgesetzte militärische Präsenz in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien Ausdruck.

Wir verurteilen die Schritte Russlands, die darauf ausgerichtet scheinen, auf den Abschnitten in den besetzten Gebieten einseitig die georgisch-russische Staatsgrenze festzulegen und sich einen Teil der georgischen Gemeinde Aibgha dem Kraj Krasnodar einzuverleiben. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, diesen Prozess rückgängig zu machen. Wir sind auch besorgt über die laufenden Arbeiten zur Umsetzung des „Programms“ zur Schaffung eines gemeinsamen sozioökonomischen Raums zwischen der Russischen Föderation und der georgischen Region Abchasien sowie über das sogenannte Doppelstaatsbürgerschaftsabkommen mit der georgischen Region Südossetien, das einen weiteren Schritt in Richtung einer De-facto-Annexion darstellt. Wir verurteilen die Abhaltung der Wahlen zur russischen Staatsduma 2021 in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien und die widerrechtliche Eröffnung von Wahllokalen als eklatante Verletzung der Souveränität Georgiens.

Wir nehmen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Januar 2021 im Fall betreffend den bewaffneten Konflikt zwischen Georgien und der Russischen Föderation im August 2008 und dessen Folgen zur Kenntnis, einschließlich der Feststellung, dass Russland seit Abschluss der Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008 die effektive Kontrolle über die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien ausübt, dies auch durch seine militärische Präsenz. Der Gerichtshof entschied außerdem, dass Russland unter Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention georgische Kriegsgefangene gefoltert habe, georgische Zivilpersonen willkürlich in Haft genommen und getötet habe und für deren unmenschliche und erniedrigende Behandlung verantwortlich sei, die Rückkehr ethnischer Georgierinnen und Georgier an ihre Heimstätten verhindert habe und bei Tötungen von Zivilpersonen keine Ermittlungen angestellt habe. Wir fordern Russland auf, dem Urteil in vollem Umfang nachzukommen und somit unter anderem den Binnenvertriebenen die Rückkehr an ihre Heimstätten in Sicherheit und Würde zu ermöglichen.

Wir sind besorgt über die ethnische Diskriminierung von Georgierinnen und Georgiern, die in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien leben, und über Verletzungen einschließlich schwerwiegender Einschränkungen der Rechte in Bezug auf Freizügigkeit, Bildung, Aufenthalt und Eigentum, insbesondere im Zusammenhang mit der Zerstörung der Häuser von Binnenvertriebenen. Wir rufen die Verantwortlichen dazu auf, internationalen Menschenrechtsorganisationen vollen und ungehinderten Zugang zu den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zu ermöglichen. Wir verurteilen die Entscheidung, Georgisch als Unterrichtssprache in den Schulen des von ethnischen Georgierinnen und Georgiern bewohnten Bezirks Gali in der Region Abchasien durch Russisch zu ersetzen.

Besonders besorgt sind wir über die fortgesetzte Errichtung von Stacheldrahtzäunen und anderen künstlichen Hindernissen entlang der Verwaltungsgrenzen der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien und über die fast zwei Jahre währende Schließung sogenannter Grenzübergänge an den Verwaltungsgrenzen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien. Die Isolation und die ständigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit haben die Lage vor Ort destabilisiert und die Sicherheit, das Wohlergehen und die humanitären Bedingungen für die Zivilbevölkerung in den vom Konflikt betroffenen Gebieten stark beeinträchtigt, insbesondere im Bezirk Achalgori, wo Berichten zufolge die örtliche Bevölkerung unter Medikamenten- und Nahrungsmittelknappheit leidet und keinen Zugang zu Renten und zur lebenswichtigen Grundversorgung einschließlich der kostenlosen Gesundheitsversorgung in den von der georgischen Regierung kontrollierten Gebieten hat. Dies schafft die Gefahr einer weiteren Entvölkerung des Bezirks Achalgori.

Wir sind nach wie vor höchst besorgt über die anhaltenden willkürlichen Inhaftnahmen an den Verwaltungsgrenzen und fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irakli Bebuia und allen anderen willkürlich Inhaftierten.

Wir verurteilen die Ermordung der georgischen Staatsbürger Archil Tatunaschwili, Giga Otchosoria und Davit Bascharuli und fordern Russland auf, alle Hindernisse zu beseitigen, die der strafrechtlichen Verfolgung der Täterinnen oder Täter entgegenstehen. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir unsere Unterstützung für die präventiven Schritte, mit denen Georgien der Straflosigkeit ein Ende setzen will, und nehmen Kenntnis von der von der georgischen Regierung angenommenen Otchosoria-Tatunaschwili-Liste.

Wir nehmen als positiv zur Kenntnis, dass in der Region Abchasien ein humanitärer Korridor über die Verwaltungsgrenze hinweg eingerichtet wurde, der während der COVID-19-Pandemie Leben gerettet hat. Positiv zu vermerken ist auch die Wiedereröffnung des sogenannten „Grenzübergangs“ an der Brücke über den Enguri in diesem Jahr. Wir fordern nachdrücklich die vollständige Wiederinbetriebnahme aller Übergänge an der Verwaltungsgrenze sowohl in Abchasien als auch in Südossetien und hoffen, dass dieser Schritt dazu beitragen wird, die sozioökonomischen Auswirkungen von COVID-19 zu mildern.

Wir unterstützen die internationalen Genfer Gespräche als wichtiges Format zur Befassung mit den Sicherheits-, Menschenrechts- und humanitären Herausforderungen, die sich aus dem ungelösten Konflikt zwischen Russland und Georgien ergeben. Wir freuen uns, dass im Zuge der internationalen Genfer Gespräche im vergangenen Jahr trotz der Herausforderungen durch die weltweite Pandemie vier Treffen abgehalten werden konnten. Wir unterstreichen die Notwendigkeit von Fortschritten in den Kernfragen der Gespräche, wie etwa zur Nichtanwendung von Gewalt, Schaffung internationaler Sicherheitsregelungen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien und zur Sicherstellung der freiwilligen Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge in Sicherheit und Würde im Einklang mit dem Völkerrecht. Wir unterstützen nachdrücklich die Anwendung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit bei den internationalen Genfer Gesprächen als Beitrag zu einem inklusiven und nachhaltigen Frieden und zu inklusiver und nachhaltiger Sicherheit vor Ort.

Wir bekunden unsere Unterstützung für die Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) in Ergneti und Gali und betonen die wichtige Rolle, die sie bei der Verhinderung einer Eskalation des Konflikts und für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung vor Ort spielen können. Wir bringen unsere große Besorgnis über die lang andauernde Aussetzung des IPRM in Gali zum Ausdruck und fordern nachdrücklich, dass er ohne weitere Verzögerung und ohne Vorbedingungen im Einklang mit den grundlegenden Regeln wieder in Gang gesetzt wird.

Wir bekräftigen unsere vorbehaltlose Unterstützung für die Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM) und fordern Russland auf, der EUMM die uneingeschränkte Umsetzung ihres Mandats zu ermöglichen, unter anderem indem es ihr Zugang auf beiden Seiten der Verwaltungsgrenzen gewährt.

Wir begrüßen die Entscheidung der georgischen Regierung, einen Multi-Stakeholder-Prozess zur Entwicklung einer umfassenden „staatlichen Strategie zur Aufhebung der Besetzung und zur friedlichen Konfliktlösung“ einzuleiten, und den Beginn einer strategischen Überprüfung der Politik der Versöhnung und des Dialogs. Wir unterstützen die Friedensinitiative der georgischen Regierung „Ein Schritt in eine bessere Zukunft“, die das Ziel verfolgt, die humanitäre Lage und die sozioökonomischen Bedingungen der Menschen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zu verbessern und die Vertrauensbildung zwischen den geteilten Gemeinschaften zu fördern. Wir drängen nachdrücklich darauf, dass tatkräftig an Programmen für Versöhnung und Dialog gearbeitet wird, und sind gerne bereit, diese zu unterstützen.

Wir ermutigen die OSZE dazu, sich in den Prozess der Suche nach einer friedlichen Lösung für den Konflikt in Georgien einzubringen. Wir bedauern die Schließung der OSZE-Mission in Georgien im Jahr 2009 und ermutigen die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu,

die Wiedereinsetzung der dimensionenübergreifenden OSZE-Mission in Georgien zu beschließen, einschließlich einer Beobachtungskapazität, die ungehindert über die Verwaltungsgrenzen hinweg operieren kann. Die Wiedereinsetzung der Mission würde die Einbindung der OSZE bei den internationalen Gesprächen in Genf und den IPRM sowie bei der Umsetzung der vertrauensbildenden Maßnahmen erheblich stärken.

Die Gruppe der Freunde Georgiens wird weiterhin das Bewusstsein für den Konflikt und die Entwicklungen vor Ort schärfen, Russlands Verantwortung für seine Verpflichtungen und Zusagen einmahnen und sich für eine friedliche Lösung des Konflikts stark machen.

ERKLÄRUNG DER VERTRETUNG KANADAS

(Anhang 10 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Frau Vorsitzende,

lassen Sie mich zunächst Schweden für seine herzliche Gastfreundschaft bei dem diesjährigen Ministerratstreffen danken. Meine Delegation möchte ebenfalls – zusätzlich zu den gemeinsamen Erklärungen, die auch im Namen Kanada erfolgten – eine Schluss-erklärung in eigenem Namen abgeben.

Wie Ministerin Joly gestern sagte, sind Multilateralismus und Dialog in der Welt von heute von entscheidender Wichtigkeit, und wir müssen uns weiterhin gemeinsam um unsere kollektive Sicherheit und Stabilität bemühen. Zu unserem Bedauern stellen wir fest, dass die OSZE nicht auf die Art und Weise zusammenarbeitet, wie sie es tun müsste. Wir verlassen Stockholm zwar mit einem wichtigen Beschluss zum Klimawandel im Gepäck, doch gab es Verhandlungen zu zahlreichen wichtigen Beschlüssen, zu denen wir trotz der aufrichtigen Kompromissbereitschaft vieler aufgrund der Einwände einiger weniger oder eines Einzelnen keine Einigung erzielen konnten. Wir haben gesehen, dass sich Maximalpositionen durchgesetzt haben und der Spielraum für eine Konsensfindung nach Treu und Glauben noch weiter geschrumpft ist. Tatsächlich kam in den Verhandlungspositionen das zum Ausdruck, was wir das ganze Jahr über erlebt haben: Das Konsensprinzip entfernt sich immer weiter von seinem eigentlichen Zweck, es dient nicht mehr der Suche nach einem gemeinsamen Nenner, sondern wird für das Veto einer Stimme missbraucht. Das ist untragbar, und wenn wir wollen, dass die Organisation ihr Mandat erfüllt, können wir diesen Weg nicht weiterverfolgen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass das passiert, gibt es doch zu viele ernste Probleme und Konflikte in unserer Region, mit denen sich die OSZE am besten befassen kann: in der und um die Ukraine, in Belarus, in Bergkarabach, in Transnistrien, Moldau und in Georgien. In allen diesen Regionen verfügt die OSZE über die Instrumente zur Verbesserung der Lage, doch müssen diese in ehrlichem Bemühen eingesetzt werden. Manche behaupten in unredlicher Absicht, die Herausforderungen bei der Nutzung der OSZE-Instrumente seien ein Beweis für die Notwendigkeit von Reformen innerhalb der Organisation. Diese Behauptung hat nur scheinbar etwas für sich. Die OSZE stellt uns ein beeindruckendes Instrumentarium zur Konfliktverhütung und Vertrauensbildung zur Verfügung, von dem wir aber keinen Gebrauch machen. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind nicht auf ein Versagen der OSZE als Institution zurückzuführen, sondern darauf, dass sich einige Staaten nicht an die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und die OSZE-Verpflichtungen halten. Eine Rückkehr zur Einhaltung dieser Prinzipien und Verpflichtungen, vor allem zur Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität innerhalb der international anerkannten Grenzen, ist unabdingbar.

Wir müssen auch dem Sekretariat und den autonomen Institutionen, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Beauftragten für Medienfreiheit und dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, die Möglichkeit geben, ihre Mandate zu erfüllen, um uns alle als OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Wahrnehmung unserer Verpflichtungen zu unterstützen. Wie Generalsekretärin Schmid sagte, kann die Organisation mehr tun, wenn man sie dazu ermächtigt. Wir dürfen nicht zulassen, dass engstirnige

Interessen die OSZE daran hindern, ihre Möglichkeiten gut zu arbeiten zu nutzen, wie wir es beim Haushalt 2021 gesehen haben.

In diesen Zeiten erhöhter Spannungen kann die Bedeutung unseres gemeinsamen Besitzstandes an vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die durch unsere VSBM, insbesondere das Wiener Dokument, geschaffene Transparenz ist nach wie vor die Basis für unser Instrumentarium zur Risikominderung. Wenn sie sowohl nach dem Buchstaben als auch nach dem Geist vollständig umgesetzt werden, ebnen sie den Weg zur Deeskalation und zum Abbau von Spannungen. Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass das Wiener Dokument dringend modernisiert werden muss, um sicherzustellen, dass es für die Herausforderungen unserer Zeit gerüstet ist. Es bedarf jedoch auch des politischen Willens, damit seine Vorteile auch tatsächlich allen Beteiligten zugutekommen.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Polen als OSZE-Vorsitz im kommenden Jahr und mit Nordmazedonien im Jahr 2023. Wir begrüßen den in dieser Woche verabschiedeten Beschluss, dass Finnland im Jahr 2025 den Vorsitz der Organisation übernehmen wird, wie es dem 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki zukommt, und wir haben volles Vertrauen in unsere finnischen Freundinnen und Freunde, dass sie den Vorsitz in dieser Organisation souverän meistern werden. Wir sind jedoch bestürzt, dass das Angebot Estlands, den Vorsitz in der Organisation im Jahr 2024 zu übernehmen, wegen des aufgrund rein bilateraler Differenzen erfolgten Einspruchs von Russland und Belarus zurückgestellt wird.

Frau Vorsitzende,

Kanada möchte abschließend Ihnen und dem gesamten schwedischen Vorsitz aufrichtig für Ihre Bemühungen in diesem Jahr danken. Es war kein einfaches Jahr, aber Sie haben Ihre Aufgabe als Amtierende Vorsitzende mit Entschlossenheit, Zielstrebigkeit, Würde und einer gehörigen Extraportion Kreativität wahrgenommen, und dafür gebührt Ihnen unser aufrichtiger Dank.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen. Danke.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION
(AUCH IM NAMEN VON ARMENIEN, BELARUS, KASACHSTAN,
KIRGISISTAN UND TADSCHIKISTAN)**

(Anhang 11 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Wir, die Außenminister von Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, der Russischen Föderation und Tadschikistan, sind zutiefst besorgt über die Terroranschläge, die im OSZE-Raum und darüber hinaus verübt wurden; wir sprechen den Familien der Opfer sowie den Menschen und Regierungen, die Ziel der Anschläge waren, unser tief empfundenes Beileid aus. Wir bringen unsere ernste Besorgnis über die zunehmende Nutzung des Internets für terroristische Zwecke, einschließlich des Live-Streamings von Terroranschlägen, zum Ausdruck.

Wir betonen, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen Handlungen, unabhängig von ihren Beweggründen, verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, wann und von wem auch immer sie begangen werden.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus solidarisch zu bleiben, und erkennen im Zusammenhang damit die zentrale und koordinierende Rolle der Vereinten Nationen an. Wir bekräftigen, dass den Staaten die Schlüsselrolle bei der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zukommen sollte. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur vollständigen Umsetzung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus unter uneingeschränkter Wahrung der Menschenrechte, der grundlegenden Freiheitsrechte und der Rechtsstaatlichkeit.

Die OSZE hat eine Reihe belastbarer politischer Verpflichtungen zur Terrorismusbekämpfung angesammelt, insbesondere jene, die im Beschluss Nr. 3/04 des Ministerrats über die Bekämpfung der Nutzung des Internets für terroristische Zwecke, im Beschluss Nr. 7/06 des Ministerrats über die Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken und im Beschluss Nr. 5/07 des Ministerrats über öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung des Terrorismus enthalten sind.

Wir begrüßen das Dokument des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit dem Titel „Umfassender internationaler Rahmen zur Bekämpfung terroristischer Narrative“ (S/2017/375, Anhang) und fordern die Teilnehmerstaaten auf, die darin enthaltenen Leitlinien und bewährten Verfahren zu befolgen.

Um die Wirksamkeit der einschlägigen Bemühungen zu verbessern, sind Strategien zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus unerlässlich, einschließlich Partnerschaften zwischen den Akteuren auf allen Ebenen, insbesondere die Koordinierung zwischen Behörden und die Zusammenarbeit zwischen Staaten, internationalen und regionalen Organisationen, dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und den Medien.

Die Arbeit zur Verbesserung der fortschrittlichen Methoden und Instrumente zur Terrorismusbekämpfung muss fortgesetzt werden. In diesem Zusammenhang erkennen wir

die Bedeutung der Entschlüsselung als ein wirksames Instrument an, das von den Strafverfolgungsbehörden zur Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden kann. Wir nehmen die Initiativen der Mitgliedstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) zur Kenntnis, die zu den Bemühungen um die Bekämpfung des Terrorismus und zur weiteren Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten beitragen können.

Wir stellen mit Besorgnis fest, dass Terroristinnen und Terroristen Ideen entwickeln, die auf der falschen Auslegung und Darstellung von Religion beruhen, um damit Gewalt zu rechtfertigen, und die dazu dienen, neue Anhänger und ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer zu rekrutieren und Ressourcen zu mobilisieren, insbesondere durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, nicht zuletzt über das Internet und soziale Medien.

Wir sind besorgt über die Verbreitung von Hassreden und Ideen, die zu Gewalt aufrufen und Terrorismus den Weg bereiten, unter anderem über das Internet. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Bemühungen zur Förderung der Informationskompetenz, insbesondere bei jungen Menschen, zu verstärken, um Hasspropaganda und terroristische Narrative zu verhindern und zu bekämpfen.

Wir stellen fest, dass die COVID-19-Pandemie eine noch nie dagewesene globale Herausforderung für alle OSZE-Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner darstellt und Auswirkungen auf die gemeinsame Sicherheit im OSZE-Raum hat, nicht zuletzt im Zusammenhang mit terroristischen Bedrohungen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Durchführungsorgane der OSZE die Teilnehmerstaaten weiterhin bei der Umsetzung ihrer internationalen Verpflichtungen zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus unterstützen sollten.

Die OVKS-Mitgliedstaaten befürworten den Ausbau der Zusammenarbeit mit der OSZE in Fragen von beiderseitigem Interesse im Hinblick auf eine Stärkung der internationalen Antiterrorfront.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ministerrats als Anhang beizufügen.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION BELGIENS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, ARMENIEN,
BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN, DÄNEMARK,
DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND, FRANKREICH,
GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND, ITALIEN,
KANADA, KASACHSTAN, KIRGISISTAN, KROATIEN, LETTLAND,
LIECHTENSTEIN, LITAUEN, LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU,
MONACO, DER MONGOLEI, MONTENEGRO, DEN
NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN,
ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN, SAN MARINO,
SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, SERBIEN, DER SLOWAKEI,
SLOWENIEN, SPANIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK,
TADSCHIKISTAN, DER TÜRKEI, TURKMENISTAN, DER UKRAINE,
UNGARN, USBEKISTAN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, DEN
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**

(Anhang 12 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Ich habe die Ehre, diese Erklärung im Namen der folgenden 53 Teilnehmerstaaten abzugeben: Albanien, Andorra, Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Mongolei, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern sowie die Europäische Union.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit als Grundpfeiler für die Verwirklichung von umfassendem und nachhaltigem Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum und sind der festen Überzeugung, dass die uneingeschränkte, gleichberechtigte und sinnvolle Beteiligung von Frauen – auch auf allen Entscheidungs- und Führungsebenen – an allen Bemühungen zur Erhaltung und Förderung von Frieden und Sicherheit sowie die Förderung des Schutzes von Frauen und Mädchen vor Gewalt in Konflikten und Krisen von grundlegender Bedeutung für den Aufbau starker, widerstandsfähiger, demokratischer und friedlicher Gesellschaften sind.

Wir anerkennen die Schlüsselrolle der OSZE als regionale Sicherheitsorganisation nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen bei der Umsetzung verschiedener Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in ihrer Region, einschließlich der vollständigen und wirksamen Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit. Das einzigartige Konzept der OSZE für umfassende Sicherheit deckt mehrere Elemente der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit ab und bietet einen sehr geeigneten Rahmen für die vollständige und wirksame Umsetzung der Verpflichtungen im Bereich Frauen und Frieden und Sicherheit auf verschiedensten Ebenen, von der politischen bis zur ganz praktischen.

Auch wenn noch Lücken zu schließen sind, erkennen wir die Arbeit und die Fortschritte an, die in Bezug auf die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit seit der Verabschiedung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und der nachfolgenden Resolutionen, unter anderem durch den OSZE-Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, erzielt wurden, und halten an unserer Verpflichtung fest, die Koordinierung der Bemühungen auf nationaler, subregionaler und regionaler Ebene zu verstärken, um die Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum zu fördern und zu stärken.

Wir erinnern an unser Bekenntnis zum umfassenden Sicherheitskonzept der OSZE mit einer integrierten Geschlechterperspektive als festem Bestandteil bei der Auseinandersetzung mit aktuellen wie auch neuen Bedrohungen und Herausforderungen im OSZE-Raum. Wir bekräftigen das Bekenntnis der OSZE zum Gender Mainstreaming mit dem Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter und die vollständige und wirksame Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit und des OSZE-Aktionsplans 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen.

Wir bekräftigen die Bedeutung eines die gesamte OSZE umfassenden Ansatzes bei der Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit. Das Sekretariat und die Durchführungsorgane der OSZE, die Feldoperationen, die autonomen Institutionen, der Vorsitz und die Parlamentarische Versammlung der OSZE spielen alle eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung der Agenda, ebenso wie die Teilnehmerstaaten und Partner.

Ein wichtiges und starkes Instrument in dieser Hinsicht ist das OSZE-Instrumentarium für die „Einbeziehung von Frauen und wirksame Friedensprozesse“. In diesem Sinne würden wir es begrüßen, wenn eine Bewertung der Auswirkungen und des bisherigen Einsatzes des OSZE-Instrumentariums vorgenommen würde, um unsere Bemühungen auf der Grundlage dieser Ergebnisse weiter zu verstärken und die Einbeziehung von Frauen in die friedliche Beilegung von Konflikten und ihre verstärkte Rolle dabei weiterhin zu fördern, da dies einer der wirksamsten Wege zur Erreichung von Stabilität und dauerhaftem Frieden ist.

IV. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT

**BERICHT
DER GENERALSEKRETÄRIN AN DAS ACHTUNDZWANZIGSTE
TREFFEN DES MINISTERRATS DER OSZE**

(MC.GAL/5/21/Corr.1 vom 3. Dezember 2021)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Frau Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, hier in Stockholm zu sein und Sie wieder persönlich zu treffen.

Dies ist mein erster Bericht an den Ministerrat als Generalsekretärin und ich möchte mit den Gewohnheiten brechen.

Denn allzu oft wird in den Reden über die OSZE der Zustand der Zusammenarbeit in unserer Region beklagt.

Der fehlende Dialog. Das wachsende Misstrauen.

Das alles stimmt. Die Lage ist nicht gut. Wir sind dadurch alle weniger sicher.

Aber das brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Was mich frustriert: dass diese Klagen manchmal den Eindruck erwecken, die OSZE sei unwirksam oder träge.

Ich verstehe sehr gut, warum Sie und Ihre Vertreterinnen und Vertreter dieses Gefühl haben mögen.

Wenn Sie sehen, dass statt pragmatischer Zusammenarbeit die Konfrontation gewählt wird.

Wenn enorme Anstrengungen in Verhandlungen gesteckt werden, die minimale Ergebnisse erzielen.

Wenn man Woche um Woche dieselben Erklärungen über sich ergehen lassen muss.

Wenn die kleinsten, elementarsten Aufgaben – von der Vereinbarung von Sitzungsterminen bis zur Verabschiedung des Haushalts – politisiert werden.

Ich kann mir nur vorstellen, wie Ihre Berichte aus Wien aussehen.

Doch ich denke anders über diese Organisation.

Nach einem Jahr habe ich keine Vorbehalte.

Denn ich habe das Privileg, jeden Tag zu sehen, zu lesen und zu hören, welche bemerkenswerten Auswirkungen diese Organisation und ihre Aktivitäten auf die Menschen haben.

Der Dialog mag ins Stocken geraten sein, doch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OSZE kommen in ihrer Arbeit voran.

Sie führen – wie von Ihnen beauftragt – Aktivitäten durch, die Millionen von Menschen in Ihrem Land zugute kommen.

Deshalb möchte ich die wenigen Minuten, die mir heute zur Verfügung stehen, ihrer außerordentlichen Arbeit widmen.

Lassen Sie mich nur ein paar herausragende Beispiele nennen.

Ich beginne mit der Ukraine, wo Sie alle unsere Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) kennen.

Sie beobachtet und berichtet nicht nur.

Dieses Jahr hat sie rund 800 örtlich begrenzte Waffenruhen ermöglicht. Diese wiederum ermöglichten wichtige Reparaturmaßnahmen an 94 Infrastruktureinrichtungen auf beiden Seiten der Kontaktlinie. Diese Instandsetzungen haben die Versorgung von über fünf Millionen mit Elektrizität, Wasser, Gas und Kommunikation sichergestellt.

Das Gesamtbild ist jedoch leider zutiefst beunruhigend und erfordert unsere Aufmerksamkeit.

Unsere Mission ist nach wie vor mit ständigen Behinderungen konfrontiert. Unbemannte Luftfahrzeuge werden gestört und sogar beschossen. Die Bewegungsfreiheit der Beobachterinnen und Beobachter ist zunehmend eingeschränkt.

Deshalb kann die Mission nicht die unparteiische Berichterstattung leisten, die wir von ihr fordern. Es hindert die Mission daran, die für die Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie wichtigen Aktivitäten zu erleichtern.

Diese Einschränkungen müssen aufhören.

Die anhaltenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Zivilpersonen machen die Kontaktlinie auch zu einer Trennlinie. Die Zahl der Übertritte ist im Vergleich zum Jahr 2019 um 95 Prozent zurückgegangen.

Die SMM hat gerade einen Bericht über die enormen Herausforderungen veröffentlicht, mit denen diejenigen konfrontiert sind, die die Kontaktlinie überqueren wollen. Das beeinträchtigt das tägliche Leben der Menschen. Sie können ihre Familien nicht besuchen, sie haben keinen Zugang zu Renten, Dokumenten, zu Bildungseinrichtungen und Gesundheitsversorgung oder können einfach nicht zu ihrer Arbeit gehen.

Das untergräbt auch die Aussichten auf die langfristige Wiedereingliederung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

werfen wir einen Blick auf andere Orte in unserer Region:

In Kirgisistan haben wir die gesamte Mélange, eine giftige Raketentreibstoffkomponente, die ein großes Risiko für die Sicherheit von Mensch und Umwelt darstellte, beseitigt.

Über 150 Tonnen wurden aus maroden Speichertanks entfernt, wodurch die Gefahr für die 21 000 Personen zählende örtliche Gemeinde beseitigt wurde.

Ich freue mich, dass wir im weiteren Verlauf des Tages die Auswirkungen der Lage in Afghanistan auf die Sicherheit in unserer Region erörtern werden.

Wir haben ein Reflexionspapier mit einigen ersten Ideen vorgelegt. Unsere zentralasiatischen Teilnehmerstaaten sind davon überproportional betroffen, doch wirkt sich die Lage in Afghanistan auf den gesamten OSZE-Raum aus.

In Tadschikistan haben wir zusätzlich zu den 4 000 Personen, die unsere Stabsakademie für Grenzmanagement seit ihrer Gründung ausgebildet hat, Grenzschutzkräfte und Rettungskräfte zur Verbesserung der Grenzsicherheit und für den Umgang mit Naturkatastrophen geschult.

In Albanien zeitigt unsere neue Arbeit zur Wiedererlangung und Wiederverwendung von Erträgen aus Straftaten erste Erfolge.

Ein zuvor von einer organisierten Verbrecherbande genutztes Gebäude wurde beschlagnahmt und an die Gemeinschaft zurückgegeben, wo es nun als Werkstatt und Arbeitsplatz für benachteiligte Frauen dient.

Wir werden diese Art der Tätigkeit nächstes Jahr in ganz Südosteuropa ausbauen.

Bei meinem Besuch in Georgien war es mir außerdem eine Freude, im Juni in Ergneti zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 100. Treffens des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen zu sprechen.

Seit 2009 befasst sich der Mechanismus mit verschiedenen Sicherheitsfragen und humanitären Fragen und ist ein wesentlicher Bestandteil der Architektur der Internationalen Genfer Gespräche.

Außerdem hat er dazu beigetragen, verschiedene praktische Herausforderungen zu lösen, mit denen die vom Konflikt betroffene Bevölkerung konfrontiert ist – von Fällen von Inhaftierung über Bewässerung und Nutzung von Ackerland bis hin zum Zugang zu Informationen über die Pandemie.

Wir haben zahlreiche wegweisende Simulationsübungen zur Bekämpfung des Menschenhandels gefördert.

Das ist Teil unserer Arbeit zur Bekämpfung einer nicht hinnehmbaren Kultur der Straflosigkeit, bei der auf 2 200 Opfer von Menschenhandel nur eine einzige Strafverfolgung kommt.

Und wir arbeiten hart daran, die Nachfrage zu bekämpfen, indem wir die Arbeit mit Partnern ausbauen, um Zwangsarbeit in den Lieferketten zu verhindern.

Wir haben uns für die wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen im gesamten OSZE-Raum eingesetzt.

In Usbekistan zum Beispiel arbeiteten wir mit einem Start-up, das von Frauen geführten Kleinunternehmen hilft, online tätig zu sein und in ihrer Nachbarschaft zu verkaufen.

2021 war auch ein Jahr des Klimaschutzes und die OSZE war hierbei keine Ausnahme.

Wir haben 42 Klima-Hotspots in unserer Region identifiziert, in denen Klimaauswirkungen zu Instabilität führen könnten.

Die meisten dieser Hotspots sind grenzüberschreitend und erfordern gemeinsame regionale Antworten – wie unsere Arbeit im Shar-Gebirge, das sich über Albanien, das Kosovo und Nordmazedonien erstreckt, oder unsere Aktivitäten zum Schutz vor Waldbränden und zu deren Eindämmung im Südkaukasus.

Ich bin sicher, dass alle Leiterinnen und Leiter der OSZE-Institutionen ihre eigenen Beispiele genauso leicht aufzählen könnten.

Wie Teresa Ribero, die als Beauftragte für Medienfreiheit die Medienentwicklungen beobachtet und sich entschieden für die freie Meinungsäußerung, freie Medien und die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten einsetzt.

Wie Kairat Abdrakhmanov, der als Hoher Kommissar für nationale Minderheiten mit seiner diskreten Diplomatie für nationale Minderheiten unsere Konfliktverhütung stärkt.

Wie Matteo Mecacci und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, die sich für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen und diese fördern, die in unserer Region oft gefährdet sind.

Und ich sage das, weil Sicherheit niemals eindimensional ist.

Wir sind also alle verpflichtet, Hand in Hand zu arbeiten und einen „Whole-of-OSCE-Ansatz“ zu verfolgen.

Auch an der Seite der Parlamentarischen Versammlung, deren Arbeit zur Vermittlung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen von entscheidender Bedeutung ist, auch um die Sichtbarkeit der OSZE zu erhöhen. Ich bin dankbar für die Arbeit von Roberto Montella.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

all das – und soviel mehr – wird mit einem Haushalt geleistet, der, um es mit den Worten eines von Ihnen, der auf mein Schreiben geantwortet hat, auszudrücken, im Vergleich zu anderen internationalen Organisationen nach wie vor eher bescheiden ist.

Für rund 140 Millionen Euro bekommen Sie das Sekretariat, drei spezialisierte Institutionen und 14 Feldoperationen, die SMM nicht mitgerechnet.

Sie bekommen eine Organisation, die ein Mandat erfüllt, das breiter ist, als das jeder anderen regionalen Sicherheitsinstitution – es reicht von der Rüstungskontrolle bis hin zu freien Medien.

Sie bekommen über 350 Projekte und 2 700 Fachleute – ohne die zusätzlichen 1 300, die für die Sonderbeobachtermission (SMM) oder für unsere 230 außerbudgetären Projekte arbeiten.

Das alles bekommen Sie für rund 20 Cent pro Bürgerin/Bürger und Jahr.

Beim Abendessen gestern wurde von einigen die Notwendigkeit eines stabilen Haushalts, seiner rechtzeitigen Verabschiedung und auch die Notwendigkeit einer Reform des Haushaltes angesprochen.

Wir können kein weiteres Jahr mit nominalem Nullwachstum verkraften.

Wir brauchen die Mittel, um vor Ort Gutes zu tun.

Und es gibt viel, viel mehr, was diese Organisation tun kann, wenn sie entsprechend ausgestattet ist, insbesondere unsere hervorragenden Feldoperationen.

Ich werde auch weiterhin intern meinen eigenen kleinen Beitrag dazu leisten, dass wir schlank, flexibel und bereit sind, dies zu tun.

In meiner Anhörung vor meiner Ernennung habe ich versprochen, als Generalsekretärin einer wirksamen und effizienten Verwaltung Vorrang einzuräumen.

Und ich habe mich bemüht, genau dies zu tun.

Im Sekretariat habe ich eine funktionale Überprüfung eingeleitet, um unsere Verfahren, Strukturen und Systeme zu überprüfen und Lücken zu schließen.

Ziel ist es, unsere Funktionen und Ressourcen zu analysieren und besser auf einander abzustimmen.

So können wir das Beste aus Ihren Beiträgen herausholen und unsere Arbeit so effizient wie möglich gestalten.

Dieser Prozess ist bereits in vollem Gange. Die ersten Ergebnisse werden in der ersten Jahreshälfte 2022 vorgestellt werden, gefolgt von einer gründlichen Umsetzungsphase.

Ich bin auch dabei, viele unserer internen Strategien zu modernisieren, unter anderem in Bezug auf ergebnisorientiertes Management und Evaluierung, um sicherzustellen, dass die Wirkung im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht.

Diese Woche habe ich an einer Mitarbeitersitzung teilgenommen, bei der unsere Anpassung an die COVID-19-Pandemie evaluiert wurde.

Wir waren die erste unter den regionalen und internationalen Organisationen, die eine solche umfangreiche Übung durchgeführt hat, um Lehren aus der Erfahrung zu ziehen und einige der positiven Neuerungen beizubehalten.

Und ich möchte sagen, dass ich stolz bin auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OSZE, die unter herausfordernden Umständen hervorragende Arbeit geleistet haben, insbesondere im Zusammenhang mit COVID-19.

Auch die Arbeit, im Einklang mit internationalen nachahmenswerten Verfahren eine fachliche und ethische Kultur am Arbeitsplatz sicherzustellen, geht voran.

Ich bin nach wie vor eine entschiedene Verfechterin der Chancengleichheit und Vielfalt in allen OSZE-Durchführungsorganen – denn ein vielfältiges Team bringt die besten Ergebnisse.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Arbeit ist nur ein Teil davon.

Wie wir uns weiterentwickeln, hängt wirklich von Ihnen und ihrem gemeinsamen Willen ab.

Letzte Woche hat der finnische Präsident darüber gesprochen, wie wir den Geist von Helsinki zurückgewinnen können.

Wie er sagte, ist der Geist von Helsinki mehr als nur eine Veranstaltung. Er ist mehr als eine Reihe von Strukturen.

Er ist eine Gesamtheit von grundlegenden Prinzipien, die uns, einschließlich unserer Partner in Asien und im Mittelmeerraum, einen und die weder interpretierbar noch verhandelbar sind.

Die Vision von Helsinki und Paris und die Arbeit von Astana haben sich vielleicht noch nicht so entfaltet, wie man es damals erwartet oder erhofft hat. Doch die grundlegenden Prinzipien des Dialogs und der Zusammenarbeit anstelle der Konfrontation haben nach wie vor die Oberhand.

Die OSZE-Durchführungsorgane sind dazu da, um dies zu fördern.

Wir sind die am besten geeignete regionale Plattform – die inklusivste und mit dem umfassendsten Mandat ausgestattete – um dies zu tun.

Nutzen Sie uns also bitte.

Unterstützen Sie uns.

Ermächtigen Sie uns.

Damit wir aus der gegenwärtigen Malaise herauskommen und diese Organisation eine größere Rolle dabei spielen kann, uns wieder zusammenzubringen.

Danke.

**SCHREIBEN DES VORSITZENDEN
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION AN DIE
MINISTERIN FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN VON
SCHWEDEN UND VORSITZENDE DES ACHTUNDZWANZIGSTEN
TREFFENS DES MINISTERRATS DER OSZE**

(Anhang 15 zu MC(28) Journal vom 2. und 3. Dezember 2021)

Als Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) darf ich Sie über die Aktivitäten des FSK im Jahr 2021 informieren.

Dieses Schreiben entstand in Abstimmung mit den vorhergehenden Vorsitzen des FSK im Jahr 2021, den Vereinigten Staaten von Amerika und Armenien. Die FSK-Vorsitze arbeiteten 2021 eng zusammen, um für eine kontinuierliche und effiziente Umsetzung des Jahresarbeitsprogramms des Forums zu sorgen.

Ausgehend von mehreren Initiativen von Teilnehmerstaaten wurden sechs Beschlüsse verabschiedet, die alle die Umsetzung bestehender politisch-militärischer Verpflichtungen unterstützen sollen.

Auch dieses Jahr stand im Zeichen außergewöhnlicher Herausforderungen, wie etwa dem Umgang mit COVID-19, und stellte die Arbeitsweise des FSK immer wieder auf die Probe. In ihren Reaktionen auf die Krise haben die FSK-Vorsitze in enger Abstimmung mit dem Vorsitz des Ständigen Rates und dem OSZE-Sekretariat die Kontinuität der Arbeit des FSK gewahrt, zugleich die Präventivmaßnahmen des Gastlandes befolgt und dabei ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Delegierten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats Vorrang eingeräumt. Die FSK-Vorsitze verfolgten aufmerksam die aktuellen Entwicklungen der Lage im Zusammenhang mit COVID-19 und gaben Leitlinien für die Modalitäten der Arbeit des FSK vor. Mit tatkräftiger Unterstützung durch das OSZE-Sekretariat wurden alle geplanten Sitzungen des FSK und der Arbeitsgruppen sowie eine Reihe informeller Sitzungen entweder in einem hybriden Format oder als Videokonferenz abgehalten. Die FSK-Vorsitze erinnerten an die politisch-militärischen Verpflichtungen und deren Bedeutung in Krisenzeiten und betonten dabei immer wieder die Bedeutung der Zusammenarbeit und Einigkeit der Teilnehmerstaaten. Tatsächlich nahmen viele Teilnehmerstaaten nach der Sommerpause die Verifikationsaktivitäten wieder auf und förderten mit der Durchführung von Inspektionen und Kontaktbesuchen nach dem Wiener Dokument 2011 die Vertrauens- und Sicherheitsbildung.

Unter dem FSK-Vorsitz der Vereinigten Staaten von Amerika wurde im Februar 2021 das neunte Seminar zur Militärdoktrin auf hoher Ebene (HLMDS) abgehalten. Diese Veranstaltung, die in regelmäßigen Abständen im Einklang mit dem Wiener Dokument 2011 stattfindet, bot hochrangigen Militärangehörigen eine wichtige Gelegenheit, zusammenzukommen, sich über strategische Einschätzungen der Doktrinen auszutauschen und Trends in der ersten Dimension sowie dimensionenübergreifende Risiken und Herausforderungen zu erörtern und so zur Stärkung der gemeinsamen Sicherheit aller OSZE-Teilnehmerstaaten beizutragen.

Das einunddreißigste Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) fand im März 2021, ebenfalls unter dem FSK-Vorsitz der Vereinigten Staaten von Amerika,

statt. Die Mongolei und Montenegro führten bei diesem Treffen den Vorsitz, das den Delegationen Gelegenheit bot, verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der derzeitigen und künftigen Umsetzung vereinbarter vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) aufzuwerfen und zu erörtern. Die Diskussionen im Zuge des AIAM mündeten in eine Reihe von Vorschlägen, wie die derzeitigen VSBM in Zukunft wirksamer umgesetzt oder verbessert werden könnten.

Um die Diskussion über die Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 zu erleichtern, veranstaltete der FSK-Vorsitz der Vereinigten Staaten von Amerika einen Sicherheitsdialog zu diesem wichtigen Thema. Der FSK-Vorsitz der Vereinigten Staaten von Amerika widmete einen Sicherheitsdialog auch dem Thema Vertrauensbildung in Zeiten strategischer Unklarheit. Der armenische FSK-Vorsitz veranstaltete Sicherheitsdialoge zu den Themen moderne Kriegsführung und neue Technologien, Rüstungskontrolle und VSBM sowie Transparenz bei militärischen Übungen und Aktivitäten. Unter der Ägide des österreichischen FSK-Vorsitzes wurden drei Sicherheitsdialoge zum Thema „Der OSZE-Rahmen für Rüstungskontrolle von 1996: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle“ abgehalten, gefolgt von einer Nebenveranstaltung im September 2021, als Beitrag zum thematischen Schwerpunkt konventionelle Rüstungskontrolle, zu dem wissenschaftliche Expertinnen und Experten ihre jeweiligen Studien vorstellten. Darüber hinaus wurde im Oktober 2021 unter österreichischem FSK-Vorsitz eine Sondersitzung des FSK zur Neuauflage des Wiener Dokuments (Absatz 152) abgehalten.

Das FSK trug im Rahmen seines Mandats auch zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2021 bei, indem es Beiträge zu einschlägigen Sitzungen lieferte und sich auf politisch-militärische Elemente konzentrierte, wie etwa die Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit konventioneller Rüstungskontrolle und VSBM.

Die Lage in der und um die Ukraine war weiterhin ein beherrschendes Thema der Diskussionen im Forum. Im April 2021 wurde zur Erörterung von Sicherheitsbesorgnissen Kapitel III des Wiener Dokuments „Verminderung der Risiken“ aktiviert, genauer gesagt, der Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten. Nach Konsultationen zur Erörterung der gegenständlichen Angelegenheit wurde eine gemeinsame Sondersitzung des FSK und des Ständigen Rates einberufen, in der die Lage bewertet wurde. Die anwesenden Delegationen konzentrierten sich auf Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage und zur Unterbindung von besorgniserregenden Aktivitäten.

Die zielgerichteten Diskussionen im Zuge der Sicherheitsdialoge verdeutlichten, wie wichtig das FSK als Dialogplattform für Sicherheitsfragen ist, die uns alle angehen und Anlass zu Besorgnis sind.

Es gab zahlreiche lebhaft diskutierte Themen zu folgenden Themen: normative und projektbezogene Aspekte im Bereich Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA), Verhaltenskodex der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und humanitäres Völkerrecht, regionale Sicherheitsfragen und Zusammenarbeit, Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, Wiener Dokument 2011 über VSBM, Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit, Fragen im Zusammenhang mit Terrorismusbekämpfung, konventioneller Rüstungskontrolle und VSBM sowie Doktrin und Kontakte auf militärischer Ebene. Insgesamt veranstalteten die drei FSK-Vorsitze 2021 20 Sicherheitsdialoge.

Vier Sicherheitsdialoge und zahlreiche informelle Treffen galten dem Thema SALW und SCA, ganz im Sinne der maßgeblichen Dokumente der OSZE und verschiedener einschlägiger FSK- und Ministerratsbeschlüsse. Unter dem FSK-Vorsitz der Vereinigten Staaten von Amerika fanden zwei Sicherheitsdialoge zu SALW statt, einer zu tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS) und ein weiterer zu explosiven Kampfmittelrückständen in Zentralasien.

Darüber hinaus wurde eine neue Initiative betreffend die Anwendung des Hilfsmechanismus nach den Dokumenten der OSZE zu SALW und SCA aufgenommen, mit der die Wirksamkeit und die Ergebnisse von SALW- und SCA-Projekten verbessert werden sollen. Der österreichische FSK-Vorsitz setzte zu den laufenden Initiativen in diesem Bereich einen Sicherheitsdialog an und organisierte eine Vorführung zu praktischen Aspekten der Umsetzung des Hilfsmechanismus nach den OSZE-Dokumenten zu SALW und SCA mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Minderung des Risikos von Umweltschäden. Unter dem armenischen FSK-Vorsitz fand ein Austausch über die Praxis der Hilfsmechanismen für SALW und SCA statt. Im Oktober 2021 wurde das OSZE-Treffen zur Überprüfung der Umsetzung von Hilfsprojekten der OSZE betreffend SALW und SCA unter österreichischem FSK-Vorsitz abgehalten.

Während des gesamten Jahres wurde die umfassende Überprüfung und Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden zu SALW und konventioneller Munition fortgesetzt, wobei mehrere aktualisierte Entwürfe der Arbeitsgruppe A des FSK zur Beratung vorgelegt wurden. Im Juni 2021 wurde ein aktualisierter Praxisleitfaden für nationale Verfahren für die Vernichtung von SALW verabschiedet, der allgemeine Leitlinien und Verfahren für die Vernichtung von SALW ab dem Zeitpunkt der Identifizierung zur Zerstörung bis zum Zeitpunkt der endgültigen Entsorgung des Schrotts enthält.

Die Arbeit an der Überarbeitung und Aktualisierung der Praxisleitfäden und die neuen Initiativen gehen Hand in Hand mit den wichtigen Aktivitäten, die im Rahmen der Hilfsprojekte der OSZE zu SALW und SCA durchgeführt werden, und ergänzen diese. Diese Projekte unterstützen die Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den OSZE-Dokumenten zu SALW und SCA. Die Hilfsprojekte der OSZE befassen sich mit einem breiten Spektrum von Sicherheitsrisiken, die unter anderem aus dem Vorhandensein von konventioneller Munition, Sprengstoff, Zündmitteln und hochgiftigen Raketentreibstoffkomponenten, aus der mangelhaften baulichen Infrastruktur und den schlechten Verfahren für die Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen, dem Vorhandensein explosiver Kampfmittelrückstände und Landminen sowie aus dem unerlaubten Handel mit SALW resultieren.

Die OSZE betreut derzeit 20 SALW- und SCA-bezogene Hilfsprojekte im Wert von über 40 Millionen Euro. Mehrere Projekte verfolgen das Ziel, für die sichere Verwaltung von SALW-Lagerbeständen und konventioneller Munition zu sorgen, indem die Infrastruktur, das Material und die technische Ausstattung von Lagerstätten und Labors für chemische Analyse zur Munitionsüberwachung aufgerüstet werden, sowie Kapazitäten zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW aufzubauen. Vor kurzem wurden dank der Bemühungen der OSZE die in Kirgisistan noch vorhandenen Reste der Raketentreibstoffkomponente Mélange entfernt, wodurch eine große Bedrohung für die Sicherheit von Mensch und Umwelt beseitigt wurde.

Zur Erleichterung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit hielt der armenische FSK-Vorsitz einen Sicherheitsdialog über die Einhaltung des humanitären Völkerrechts ab, während der österreichische FSK-Vorsitz einen Dialog zum Verhaltenskodex unter besonderer Berücksichtigung der Integration von Frauen in den Streitkräften organisierte. Die zehnte jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit fand im Juni 2021 unter armenischem FSK-Vorsitz statt. Dieses Treffen bot den Teilnehmerstaaten eine gute Gelegenheit zum Meinungsaustausch über Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung der Umsetzung des Kodex. Im Oktober wurde in Schweden ein Besuch zum Verhaltenskodex organisiert, in dessen Mittelpunkt die Maßnahmen standen, die in den schwedischen Streitkräften ergriffen wurden, um die volle und gleichberechtigte Teilnahme von Frauen in Uniform zu gewährleisten.

Zwei Sicherheitsdialoge befassten sich mit der Förderung der regionalen Stabilität und der umfassenden und kooperativen Sicherheit. Der FSK-Vorsitz der Vereinigten Staaten von Amerika setzte einen Sicherheitsdialog zur verstärkten Vornepräsenz der NATO an. Der armenische FSK-Vorsitz hielt einen Sicherheitsdialog über regionale Sicherheitskooperation im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ab.

Ein weiteres Thema, das in diesem Jahr behandelt wurde, war die Frage der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Ein Sicherheitsdialog unter armenischem FSK-Vorsitz galt der Koordinierung von Aktivitäten und untersuchte, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss des VN-Sicherheitsrats nach Resolution 1540 und der OSZE verbessert werden könne.

Die FSK-Vorsitze widmeten insgesamt zwei Sicherheitsdialoge und eine gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates dem Thema der Gleichstellung der Geschlechter. Während des Vorsitzes der Vereinigten Staaten von Amerika fand eine gemeinsame Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates zur Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen statt. Der armenische FSK-Vorsitz veranstaltete einen Sicherheitsdialog über die volle, gleichberechtigte und bedeutungsvolle Beteiligung von Frauen in den Sicherheits- und Streitkräften. Im weiteren Verlauf des Jahres setzte der österreichische FSK-Vorsitz die Erörterung des Verhaltenskodex auf die Tagesordnung, wobei der Schwerpunkt auf der Integration von Frauen in den Streitkräften lag. Im Übrigen bezog der österreichische FSK-Vorsitz Genderfragen als Querschnittsmaterie in alle seine Sicherheitsdialoge ein.

Im Jahr 2021 waren bei den FSK-Sitzungen (also den FSK-Plenarsitzungen, dem HLMDs, dem AIAM, dem Regionalseminar zum Verhaltenskodex und dem OSZE-Treffen zur Überprüfung der Umsetzung von Hilfsprojekten der OSZE im Bereich SALW und SCA) durchschnittlich 27 Prozent der Teilnehmenden Frauen und 73 Prozent Männer. Bei den Sitzungen des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA waren im Durchschnitt 75 Prozent der Teilnehmenden Männer und 25 Prozent Frauen. An den Expertentreffen zu SALW und SCA nahmen 64 Prozent Männer und 36 Prozent Frauen teil, was die höchste Frauenbeteiligung bei SALW- und SCA-bezogenen Treffen darstellte.

Alle drei FSK-Vorsitze arbeiteten eng mit dem schwedischen OSZE-Vorsitz und dem Ständigen Rat in dimensionenübergreifenden Fragen zusammen, die für beide Gremien von

Bedeutung sind und dem OSZE-Konzept der umfassenden und unteilbaren Sicherheit entsprechen. Zu diesem Zweck fanden drei gemeinsame Sitzungen des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates zu den Themen Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, Terrorismusbekämpfung und Strukturierter Dialog statt.

Abschließend möchten die FSK-Vorsitze die Arbeit des Konfliktverhütungszentrums an der Entwicklung von E-Learning-Modulen zu FSK-relevanten Themen würdigen, mit deren Hilfe die Wissensvermittlung unter anderem zum FSK, zum Wiener Dokument 2011 über VSBM, zu SALW und SCA, zur konventionellen Rüstungskontrolle und zum Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit systematischer gestaltet werden soll. Dieses ausgezeichnete Hilfsmittel steht den Delegierten der Teilnehmerstaaten in Wien, den nationalen Kontaktstellen in ihren Hauptstädten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verifikationszentren zur Verfügung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das FSK auch im vergangenen Jahr als wichtige Plattform für Dialog und Entscheidungsfindung in der ersten Dimension fungierte und den Teilnehmerstaaten ein Forum zur Erörterung eines breiten Spektrums politisch-militärischer Fragen bot. Trotz COVID-19 ist es dem FSK gelungen, weiterhin Maßnahmen zur Anpassung an die aktuelle Situation zu ergreifen und sein straffes Arbeitsprogramm unter den herausfordernden Umständen einzuhalten.

**BERICHT DES VORSITZENDEN
DER GRUPPE FÜR DIE OSZE-KOOPERATIONSPARTNER IN
ASIEN AN DAS ACHTUNDZWANZIGSTE TREFFEN DES
MINISTERRATS DER OSZE**

(MC.GAL/7/21 vom 17. Dezember 2021)

Als Inhaber des Vorsitzes in der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien im Jahr 2021 bemühte sich Albanien um die weitere Stärkung der wechselseitigen Beziehungen und die Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Weiterentwicklung der Rolle der Partner im Einklang mit der Erklärung des Ministerrats von Tirana 2020 über die Zusammenarbeit mit den OSZE-Partnern in Asien (MC.DOC/2/20). Der fortlaufende Zeitplan der Gruppe enthielt einen dichten Veranstaltungskalender in enger Absprache mit dem schwedischen OSZE-Vorsitz und den asiatischen Partnern. In einer bedarfsorientierten Herangehensweise wurden dabei die ausführlichen Erörterungen der Themen und Fragen von allgemeinem Interesse fortgeführt und die gemeinsamen Bemühungen um die umfassende Sicherheit im OSZE-Raum und darüber hinaus vorangetrieben.

Aufgrund der anhaltenden Beschränkungen für Reisen und Sitzungen wegen der COVID-19-Pandemie fanden 2021 sämtliche Treffen der Gruppe in einem hybriden Format statt. Diese boten gleichwohl eine wertvolle Plattform für Informationsaustausch, Dialog und den Austausch vorbildlicher Verfahren zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern in Asien, bei der stets mindestens ein Redner aus einem der Partnerländer in Asien sowie Vorträge zu ausgewählten Themen von Expertinnen und Experten aus internationalen Organisationen, Diplomatinen und Diplomaten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft vorgesehen waren.

Das erste Treffen der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien am 26. März 2021 war dem Thema „Diplomatie als gemeinsamer Wert – die Bedeutung der Förderung von guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit“ gewidmet und wurde in Zusammenarbeit mit Japan veranstaltet. S. E. Botschafter I. Hasani, Ständiger Vertreter Albaniens bei den internationalen Organisationen in Wien und Vorsitzender der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien, betonte, dass das Treffen eine wertvolle Gelegenheit für den Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen biete, zumal die Sicherheit Europas untrennbar mit der Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum verbunden sei. I. E. Botschafterin U. Funered, Vorsitzende des Ständigen Rates der OSZE und Ständige Vertreterin Schwedens bei der OSZE, erörterte die Prioritäten des schwedischen OSZE-Vorsitzes 2021 und legte dabei den Schwerpunkt auf die gemeinsamen Prinzipien und Verpflichtungen im Einklang mit dem umfassenden Sicherheitskonzept der OSZE, einschließlich demokratischer Prinzipien, Geschlechtergleichstellung und Konfliktlösung. S. E. Botschafter A. Mizutani, Ständiger Vertreter Japans, vermerkte die anhaltende Relevanz gemeinsamer Prinzipien und Verpflichtungen, insbesondere im Hinblick auf gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Zusammenarbeit, und betonte erneut die wesentliche Bedeutung einer gestärkten Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Partnern in Asien während der anhaltenden COVID-19-Pandemie. Im Namen der Generalsekretärin der OSZE, I. E. H. M. Schmid, hob S. E. L. Fratini als Direktor des Büros der OSZE-Generalsekretärin hervor, dass die OSZE in enger Absprache mit dem albanischen Vorsitz 2021 auf der Grundlage der Ministererklärung

von 2020 konkrete Schritte für einen vertieften Dialog und eine umfassendere Zusammenarbeit mit den Partnern in Asien entwickeln werde. Dabei stünden Fragen der guten Regierungsführung im Zusammenhang mit der Zeit nach der COVID-19-Pandemie im Fokus – angefangen bei der Förderung der Konnektivität durch Handel und Verkehr bis hin zu einer stärkeren Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen. S. Yoshitake, Direktor der Abteilung Europapolitik im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten von Japan, stellte Japans Bemühungen um die Förderung eines „freien und offenen indopazifischen Raums“ vor, die auf drei Zielen beruhten: erstens der Förderung der grundlegenden Werte und Prinzipien, zweitens dem Streben nach Wirtschaftswachstum und drittens der Stärkung der maritimen Sicherheit. Der japanische Forscher und Lehrbeauftragte am Hudson Institute, M. Murano, sprach über das indopazifische Sicherheitsumfeld und wies darauf hin, dass pauschale und unrechtmäßige maritime Gebietsansprüche eine Herausforderung für die globale Sicherheit darstellten. Z. Markovic, Beraterin für regionale Korruptionsbekämpfung, Abteilung Korruption und Wirtschaftskriminalität, Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), hielt einen Vortrag über die Arbeit von UNODC in den Bereichen Gute Regierungsführung und Transparenz, mit besonderem Schwerpunkt auf der Asien-Pazifik-Region. Sie hielt abschließend fest, dass UNODC und die Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien trotz ihrer unterschiedlichen Mandate weiterhin zusammenarbeiten müssen, um bedeutsame Änderungen zu erreichen. Im Anschluss an die thematische Diskussion gaben mehrere Delegationen Erklärungen ab. Sie dankten den Vortragenden und stellten fest, dass für die Befassung mit globalen Herausforderungen die regionale und internationale Zusammenarbeit von wesentlicher Bedeutung sei, da sich die Sicherheit in der Asien-Pazifik-Region unmittelbar auf die umfassende Sicherheit im OSZE-Raum auswirke.

Am 12. März veranstaltete die Gruppe Terrorismusbekämpfung der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen des OSZE-Sekretariats mit Unterstützung durch den albanischen Vorsitz und die OSZE-Abteilung Externe Zusammenarbeit ein Webinar zum Thema „Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken – Bestimmung rechtswidriger Inhalte online und die Lücken in den Rechtsvorschriften“. Über 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Expertinnen und Experten und hochrangige Amtsträgerinnen und Amtsträger aus dem gesamten OSZE-Raum nahmen an dieser Online-Veranstaltung teil, die auf dem Runden Tisch „Wirksamer Einsatz von Innovationen und Technologien zur Befassung mit den Sicherheitsherausforderungen und -krisen des 21. Jahrhunderts im OSZE-Raum und bei den Kooperationspartnern in Asien“ aufbaute, der im November 2020 stattgefunden hatte.

Am 27. und 28. April fand ein internationaler „virtueller Runder Tisch zur Bekämpfung des technologiegestützten Menschenhandels in Zentralasien und in den Ländern der OSZE-Partner in Asien“ statt, mit einleitenden Worten des OSZE-Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels V. Richey, und S. E. Botschafter I. Hasani. Bei dem zweitägigen virtuellen Treffen kamen über 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen, die internationale Organisationen, wissenschaftliche Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen vertraten.

Das zweite Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien mit dem Thema „Befassung mit neuen Sicherheitsherausforderungen durch regionalen Erfahrungsaustausch“ fand am 4. Juni statt und wurde in Zusammenarbeit mit Australien veranstaltet. S. E. Botschafter I. Hasani wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, wie sehr die Sicherheit im OSZE-Raum mit der Sicherheit in der Asien-Pazifik-Region verbunden ist. Die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern in Asien

beruhe auf zwei Faktoren: einerseits dem Wunsch, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen, und andererseits der Aussicht auf wechselseitigen Nutzen für alle Beteiligten. Der Botschafter Australiens in der Republik Österreich und Ständige Vertreter bei den internationalen Organisationen in Wien, S. E. R. Sadleir, konzentrierte sich in seinem Vortrag auf den Wettbewerb zwischen den Großmächten im Indopazifik, der zu Machtdemonstrationen geführt habe, die eine Bedrohung für die Souveränität einzelner Länder darstellen. Zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit müssten regionale Organisationen eine größere Resilienz gegenüber dem Machtgehabe von Staaten aufbauen. Der Leiter des *National Security College* an der Australian National University, R. Medcalf, sprach über die Erfahrungen Australiens mit Grauzonenmaßnahmen und hielt fest, dass die im Indopazifik gewonnenen Erkenntnisse einen starken Anreiz für die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie darstellten, um auch in anderen Regionen gegen den Einsatz von Zwangsmitteln vorzugehen. S. E. Botschafter N. Bush, Leiter der Delegation des Vereinigten Königreichs bei der OSZE und Vorsitzender des Sicherheitsausschusses, stellte fest, dass die Herausforderungen durch die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität im Lichte der COVID-19-Pandemie ein ungeheures Ausmaß angenommen hätten und dass diese nur mit einem inklusiven und genderbasierten Ansatz bewältigt werden könnten. S. E. Botschafter K. Dán, Ständiger Vertreter Ungarns bei der OSZE, den VN und anderen internationalen Organisationen in Wien und Vorsitzender der gemäß dem Beschluss Nr. 1039 des Ständigen Rats eingerichteten informellen Arbeitsgruppe, sprach über die Bedeutung von Plattformen für den regelmäßigen Informationsaustausch und hob die regelmäßig von der Republik Korea organisierte interregionale Konferenz als gutes Beispiel für eine derartige Plattform hervor. Die Koordinatorin für TNT-Aktivitäten der OSZE-Abteilung zur Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, I. E. A. Kupchyna, stellte fest, dass es für die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität eine umfassende und koordinierte Reaktion seitens vieler Akteure brauche. Bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität arbeite die OSZE mit den Teilnehmerstaaten zusammen, wobei der Schwerpunkt auf die Finanzkriminalität und die Förderung einer wirksamen Durchführung der Beschlagnahme von Vermögenswerten gelegt werde. Die OSZE ermögliche die erste Beurteilung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und fördere weiterhin Analyse- und Forschungsarbeit, um den Teilnehmerstaaten dabei zu helfen, Maßnahmen mit einer größtmöglichen Wirksamkeit zu ergreifen. Der Direktor der Abteilung für Terrorismusbekämpfung der albanischen Staatspolizei G. Nano sprach über Albaniens Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus und das Phänomen der ausländischen terroristischen Kämpfer und machte auf die Strategie seines Landes gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegalen Handel sowie den im Jahr 2013 genehmigten Aktionsplan 2013–2016 aufmerksam. Nach der thematischen Diskussion gaben einige Delegationen Erklärungen ab, in denen sie den Vortragenden dankten und über nachahmenswerte Verfahren bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in ihren Ländern informierten.

Im Fokus der 3. Interregionalen Konferenz über Cyber-/IKT-Sicherheit am 22. und 23. Juni stand die Frage, wie der Cyberspace durch internationale Zusammenarbeit stabiler, berechenbarer und sicherer werden könne. Die in Wien abgehaltene virtuelle Konferenz unter der Teilnahme von 280 Regierungsvertretern und Vertretern nichtstaatlicher Organisationen wurde vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Korea mit Unterstützung des OSZE-Sekretariats veranstaltet. Sie wurde vom Botschafter für internationale Sicherheitsfragen des Außenministeriums der Republik Korea, S. E. J. Bae, I. E. A. Kupchyna, S. E. Botschafter I. Hasani und S. E. Botschafter K. Dán eröffnet.

Das dritte Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien wurde am 2. Juli in Partnerschaft mit Thailand zum Thema „Förderung von Frauen in Führungsrollen während globaler Gesundheitskrisen“ veranstaltet. In seiner Eröffnungsrede stellte Botschafter I. Hasani fest, dass die COVID-19-Pandemie weltweit unterschiedliche Auswirkungen zeitige, wobei Frauen besonders hart von den negativen Folgen betroffen seien. Es sei wichtig, konkrete Schritte zu setzen und Frauen auf gleichberechtigter Basis in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Die Teilhabe von Frauen sei auf allen Ebenen notwendig – angefangen bei nationalen Krisenstäben bis zu den lokalen Gemeinschaften.

I. E. M. Sriswasdi, Botschafterin und Ständige Vertreterin Thailands bei den Vereinten Nation und anderen internationalen Organisationen in Wien, fügte hinzu, dass die COVID-19-Pandemie weitreichende Auswirkungen auf das Leben jedes Einzelnen habe und dass Frauen und gefährdete Bevölkerungsgruppen zusätzlich zu Einkommensverlusten und unbezahlter Pflegearbeit unverhältnismäßig stark davon betroffen seien. S. E. Generaldirektor T. A. Ghebreyesus, Weltgesundheitsorganisation (WHO), betonte, dass die Einsetzung von Frauen in Führungspositionen gerade während weltweiter Gesundheitskrisen zu forcieren sei. Trotz zahlreicher Beweise für die bessere Funktionsweise von Gesundheitssystemen, in denen Frauen mehr Mitspracherecht haben, seien weibliche Führungskräfte in der Gesundheitsversorgung im Durchschnitt unterrepräsentiert. Die Generalsekretärin der OSZE, I. E. H. M. Schmid erinnerte an die Erklärung des Ministerrats von Tirana 2020 über die Zusammenarbeit mit den OSZE-Partnern in Asien, die einen klaren Rahmen für die weitere Stärkung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit vorgebe. Der Führungsstil von Frauen in der Pandemiebekämpfung sei, so führte sie aus, eher als gemeinschaftlich denn als individualistisch, eher als kooperativ denn kompetitiv und als eher beratend denn anordnend beschrieben worden. Bedauerlicherweise habe eine in 87 Ländern durchgeführte Analyse ergeben, dass insgesamt lediglich 3,5 Prozent der COVID-19-Experten- und –Entscheidungsgremien in ihrer Zusammensetzung Geschlechterparität aufwiesen. Die erste Rednerin im Rahmen der thematischen Diskussion, A. Srirangson, Direktorin des *Bangkok Mental Health Rehabilitation and Recovery Centre* (BMRC) am *Bangkok Hospital* und stellvertretende Sprecherin des *Thailand Centre for COVID-19 Situation Administration* (CCSA) stellte die Arbeit des Zentrums und den thailändischen Ansatz in der Pandemiebekämpfung vor. In Ergänzung des Vortrags von A. Srirangson brachte S. Hinjoy, die Direktorin des *Office of International Co-operation at the Department of Disease Control* am Gesundheitsministerium Thailands, konkrete Beispiele dafür, wie die Regierung Frauen bei der lokalen Nachverfolgung der COVID-19-Ansteckungen eingesetzt und die notwendigen Maßnahmen ergriffen habe, um die Situation auf lokaler Ebene in den Griff zu bekommen. M. Naciri, Regionaldirektor für Asien und den Pazifik, UN Women, stellte fest, dass durch die Pandemie ein besseres Bewusstsein für den überaus wichtigen Beitrag und die positiven Auswirkungen nicht nur der Einbeziehung von Frauen in der Pandemieabwehr und –folgebekämpfung, sondern auch durch ihre Einsetzung als Führungskräfte im Umgang mit der globalen Gesundheitskrise entstanden sei. Dennoch seien Frauen, obwohl als Schlüsselarbeitskräfte im Bildungswesen und in Gesundheits- und Pflegeberufen an vorderster Front der Pandemiebekämpfung tätig, weiterhin bei den Führungspositionen erheblich unterrepräsentiert. I. E. Botschafterin U. Funered sprach über die wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen, eine der Hauptprioritäten des schwedischen OSZE-Vorsitzes, und wies auf die Notwendigkeit der vollständigen Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit hin. Nach der thematischen Diskussion gaben mehrere Delegationen Erklärungen ab.

Am 23. Juli veranstaltete der albanische Vorsitz als Reaktion auf die Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan ein Sondertreffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien mit dem Thema „Regionale Auswirkungen der sich

wandelnden Lage in Afghanistan“. In seiner Eröffnungsrede stellte S. E. Botschafter I. Hasani fest, dass der Terrorismus weiterhin eine ernste Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität in der gesamten Region darstelle. Daher müsse die internationale Zusammenarbeit fortgesetzt und das Engagement der OSZE für Afghanistan in allen drei Dimension gestärkt werden. Die Ständige Vertreterin der Islamischen Republik Afghanistan bei der OSZE, I. E. Botschafterin M. Bakhtari, begrüßte das starke Engagement und die Unterstützung für Afghanistan und betonte, dass ohne die Einbeziehung von Frauen in Entscheidungsprozesse und deren aktive Mitwirkung daran kein dauerhafter Friede erreicht werden könne. OSZE-Generalsekretärin H. M. Schmid machte darauf aufmerksam, dass bei einer Intensivierung der Kampfhandlungen in den kommenden Monaten die Gefahr einer humanitären Krise in nächster Nähe zum OSZE-Raum deutlich steigen würde. Es sei wichtig, so betonte sie, über die Programmtätigkeit der OSZE-Feldoperationen in Zentralasien im Rahmen von deren Mandaten weiterhin mit Afghanistan zusammenzuarbeiten. Im Zusammenhang mit der Ermächtigung von Frauen in Afghanistan verwies sie auf die bei der Neunten Ministerkonferenz der Initiative „Heart of Asia – Istanbul Process“ verabschiedeten Erklärung von Duschanbe, in der die Ermächtigung von Frauen erstmals als vertrauensbildende Maßnahme bestätigt wurde. Als erster Redner im Rahmen der thematischen Diskussion bekräftigte der Stellvertretende Minister für politische Angelegenheiten im Außenministerium der Islamischen Republik Afghanistan, M. Nab, dass für Afghanistan das Erreichen einer politischen Lösung mit den Taliban oberste Priorität habe. Ohne internationale Unterstützung würde jedes Friedensabkommen zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban bereits zu Beginn seiner Umsetzungsphase scheitern. R. Alakbarov, stellvertretender Sonderbeauftragter der VN und residierender Koordinator für humanitäre Maßnahmen in Afghanistan, wies darauf hin, dass die Hälfte der afghanischen Bevölkerung, ungefähr 18 Mio. Menschen, dringend humanitärer Hilfe bedürfen. Trotz der schwierigen Umstände leisteten 155 humanitäre Organisationen Hilfe in Afghanistan. Es sei dringend notwendig, so betonte er, Afghanistan größte Aufmerksamkeit zu widmen, da die Lage dort weiterhin kritisch und die gesamte Region davon betroffen sei. Die Leiterin des Schutzdienstes im Regionalbüro für Asien und den Pazifik des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), A. Patel, erklärte, dass in diesem Jahr aufgrund der anhaltend instabilen Lage die Zahl der Binnenvertriebenen um weitere 300 000 gestiegen sei und dass ohne Frieden und Entwicklung wahrscheinlich noch mehr Menschen aus dem Land fliehen würden. Im gegenwärtigen Umfeld sei Notfallvorsorge das Gebot der Stunde, um rasch und angemessen reagieren zu können, und das UNHCR investiere weiterhin in die Stabilisierung der lokalen Gemeinschaften, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Existenzsicherung.

Das vierte Treffen der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien am 3. September war dem Thema „Die Lage auf der Halbinsel Korea“ gewidmet und wurde in Zusammenarbeit mit der Republik Korea veranstaltet. S. E. Botschafter I. Hasani eröffnete das Treffen. Der Botschafter der Republik Korea in der Republik Österreich und Ständige Vertreter bei den internationalen Organisationen in Wien, S. E. C.-H. Shin, sprach über den Friedensprozess auf der koreanischen Halbinsel und die Bemühungen seiner Regierung um die Stärkung der Zusammenarbeit mit der internationalen Staatengemeinschaft. Die Generalsekretärin der OSZE, I. E. H. M. Schmid, sprach über die Bedeutung der OSZE und ihre Erfahrung für die Förderung der Sicherheit und Stabilität auf regionaler Ebene, ihre vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und ihre Prinzipien der Nichtverbreitung. I. Nakamitsu, Untergeneralsekretärin und Hohe Vertreterin der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen, Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA), betonte, wie sowohl globale als auch regionale Entwicklungen und neu aufkommende Technologien

und Waffen für die koreanische Halbinsel von besonderer Relevanz seien und zu Instabilität, zur Entstehung neuer Formen von Konflikten und zunehmenden Risiken unbeabsichtigter Eskalationen führen könnten. Als erster Redner der thematischen Diskussion verwies K.-S. Rim, Generaldirektor des Büros für ein Friedensregime auf der koreanischen Halbinsel im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Korea, auf das umfassende Militärabkommen von 2018 und unterstrich die fortlaufenden Bemühungen der Republik Korea, die Demokratische Volksrepublik Korea an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Exekutivsekretärin des Wiener Zentrums für Abrüstung und Non-Proliferation E. K. Sokova hielt fest, dass die Demokratische Volksrepublik Korea trotz der Unterzeichnung der Erklärung von Panmunjom 2018 in letzter Zeit ihre Nuklear- und Raketenprogramme weiter ausgebaut, ihren Hauptkernreaktor neu gestartet und die Plutoniumproduktion fortgesetzt habe. In Übereinstimmung mit der OSZE-Generalsekretärin fügte sie hinzu, dass die Erfahrungen der OSZE bei der Unterstützung der postsowjetischen Übergangsphase auf den koreanischen Kontext übertragen werden könnten.

Die OSZE-Asienkonferenz 2021 zum Thema „Gemeinsame Antworten auf neue Herausforderungen bei der Förderung der umfassenden Sicherheit“ wurde am 20. und 21. September in hybridem Format (in Wien und online) abgehalten. An der in Zusammenarbeit mit dem Königreich Thailand organisierten Veranstaltung nahmen über zweihundert Vertreterinnen und Vertreter von OSZE-Teilnehmerstaaten, Kooperationspartnern, Nicht-regierungsorganisationen, der Zivilgesellschaft sowie internationalen und regionalen Organisationen teil, die gemeinsam folgende Themen erörterten: Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, grenzüberschreitende Umweltrisiken und -herausforderungen wie Schädigung der Umwelt, nicht nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und Klimawandel und der Zusammenhang zwischen Menschenrechten und öffentlicher Gesundheit vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie. Bei der Eröffnungssitzung führten I. E. M. Sriswasdi, Botschafterin und Ständige Vertreterin Thailands bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Wien, und S. E. Botschafter I. Hasani den Vorsitz. Die Eröffnungsreden wurden gehalten von S. E. D. Pramudwinai, stellvertretender Premierminister und Außenminister des Königreichs Thailand, I. E. O. Xhaçka, Ministerin für Europa und auswärtige Angelegenheiten der Republik Albanien, I. E. A. Linde, Amtierende Vorsitzende der OSZE und Ministerin für auswärtige Angelegenheiten von Schweden, S. E. Dato Lim Jock Hoi, Generalsekretär des Verbands südostasiatischer Nationen (ASEAN), L. Fratini, Direktor des Büros der OSZE-Generalsekretärin, und B. Winid, Leiter des Arbeitsstabs für den künftigen polnischen OSZE-Vorsitz. Die Schlussworte sprachen M. Fino, Stellvertretende Ministerin, Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten der Republik Albanien, und Generaldirektorin C. Chartsuwan, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten des Königreichs Thailand.

Der albanische Vorsitz der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien 2021 dankt den asiatischen Partnern und den Teilnehmerstaaten für ihr fortgesetztes Engagement und den laufenden Austausch auf der Grundlage der Verpflichtungen im Sinne der Erklärung des Ministerrats von Tirana 2020 über die Zusammenarbeit mit den OSZE-Partnern in Asien. Albanien wünscht dem designierten schwedischen Vorsitz viel Erfolg. Wir sind zuversichtlich, dass er sich weiter um einen sach- und projektbezogenen Austausch mit den Kooperationspartnern in Asien sowie eine effiziente Zusammenarbeit mit anderen regionalen Organisationen bemühen wird.

BERICHT DES VORSITZENDEN DER GRUPPE FÜR DIE OSZE-KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM AN DAS ACHTUNDZWANZIGSTE TREFFEN DES MINISTERRATS DER OSZE

Als Inhaber des Vorsitzes der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum im Jahr 2021 hat Polen den Schwerpunkt auf die sicherheitspolitischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie gelegt, mit zunehmendem Augenmerk auf die sicherheitsrelevanten Aspekte der Erholung nach der Pandemie.

Im Laufe des Jahres fanden vier Sitzungen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum statt, die aufgrund der anhaltenden Einschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie entweder vollständig online oder in einem hybriden Format abgehalten wurden. Die behandelten Themen umfassten die Erholung nach der COVID-Pandemie, die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, die Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen, die Bekämpfung des illegalen Handels und den Schutz des kulturellen Erbes im Mittelmeerraum.

Die erste Sitzung der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum fand am 15. März statt und war dem Thema „Die Erholung nach der COVID-19-Pandemie: Chancen und Herausforderungen für Sicherheit und regionale Zusammenarbeit“ gewidmet. In seiner Eröffnungsrede betonte S. E. Marcin Przydacz, stellvertretender Außenminister Polens, dass Polen als Inhaber des Vorsitzes 2021 beabsichtige, eng mit den Kooperationspartnern, den Teilnehmerstaaten und den OSZE-Institutionen zusammenzuarbeiten, um die internationale Zusammenarbeit im Hinblick auf die Erholung nach der Pandemie und die künftige diesbezügliche Resilienz zu stärken. I. E. Helga Maria Schmid, Generalsekretärin der OSZE, betonte, dass die Organisation als einzige regionale Abmachung den Ländern Nordamerikas, Europas und Asiens eine inklusive Plattform zur Befassung mit strategischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen im Mittelmeerraum biete. Sie ging auf die wachsende wechselseitige Abhängigkeit der Mittelmeerregion und des OSZE-Raums in sicherheitspolitischen Belangen ein – ein zusätzliches Argument für die Wichtigkeit einer Neubelebung multilateraler Ansätze in der Konfliktverhütung und -lösung. I. E. Ulrika Funered, Botschafterin und Leiterin der Ständigen Vertretung Schwedens bei der OSZE und Vorsitzende des Ständigen Rates, hielt fest, dass die Erörterung gemeinsamer regionaler Sicherheitsherausforderungen mit den Mittelmeerpartnern nach wie vor ganz oben auf der Agenda des schwedischen Vorsitzes stehe. Trotz der beispiellosen Herausforderungen, denen sich die Welt gegenübersehe, sowohl in Bezug auf die öffentliche Gesundheit als auch auf die Wirtschaft, müssten Schritte für eine nachhaltige und inklusive Erholung nach der Pandemie unternommen werden. Ein „grüner“ Aufschwung sei der Schlüssel zu einer resilienten Rückkehr zu Wachstum und Entwicklung nach der COVID-19-Pandemie. S. E. Igli Hasani, Ständiger Vertreter der Republik Albanien bei der OSZE, wies darauf hin, dass die Mittelmeerpartnerschaft davon profitiert habe, dass die OSZE zu den ersten Organisationen gehört habe, die erkannt hätten, dass die Pandemie Auswirkungen auf alle drei Dimensionen der Sicherheit haben würde. Junge Menschen und Frauen seien von den sozioökonomischen Folgen der Pandemie besonders stark betroffen, und ohne ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf dem Arbeitsmarkt und die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen werde es nicht möglich sein, eine umfassende Erholung herbeizuführen. Flavia Palanza, Direktorin für Finanzierungen in den Nachbarländern der EU bei der

Europäischen Investitionsbank (EIB), hielt ein Impulsreferat und lieferte einen kurzen Überblick über die EIB. Palanza konzentrierte sich auf die Erholung nach der Pandemie, für die umfassende, alle mit einschließende Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene erforderlich seien. Auf Ebene der Europäischen Union würden die Europäische Kommission, die EIB und die europäischen Organisationen für bilaterale Zusammenarbeit in den kommenden Jahren mehr als 30 Milliarden Euro für den Wiederaufbau bereitstellen. Der erste Redner bei der thematischen Diskussion, Asher Salmon, Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen im israelischen Gesundheitsministerium, stellte das israelische COVID-19-Impfprogramm vor. Die israelische Impfstrategie beruhe auf einem simplen Priorisierungsprozess, bei dem, außer bei medizinischem Personal und Ersthelferinnen und -helfern, ausschließlich das Alter entscheidend sei. S. E. Azzedine Farhane, Botschafter des Königreichs Marokko, wies darauf hin, dass die Stärkung der Rolle der Frauen für die wirtschaftliche Erholung von wesentlicher Bedeutung sei. Er unterstrich Marokkos Vision von einem „grünen“ Aufschwung nach COVID-19 und wies darauf hin, dass etwa der Sektor der erneuerbaren Energien Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen könne. Außerdem habe die COVID-19-Krise gezeigt, wie wichtig es sei, die regionale und multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Youmna Osman, Direktorin für Sicherheits- und strategische Organisationen im ägyptischen Außenministerium, unterstrich ebenfalls die Bedeutung einer mehrschichtigen Zusammenarbeit zur Minimierung der verheerenden Auswirkungen der weltweiten Pandemie. Der ägyptische Staat habe im Umgang mit der COVID-19-Pandemie einen proaktiven Ansatz umgesetzt, ausgerichtet auf drei Zielsetzungen: lokale Selbstverwaltung, Vorsichtsmaßnahmen und finanzielle Unterstützung. Adel Sharkas, stellvertretender Gouverneur bei der jordanischen Zentralbank, erörterte die wirtschaftlichen Hilfestellungen, die die jordanische Regierung den am stärksten von der Pandemie betroffenen Sektoren zukommen lasse, beispielsweise durch Reduzierung der Umsatzsteuer im Tourismussektor. Der Investitionsfonds für soziale Sicherheit habe gemeinsam mit der jordanischen Zentralbank eine breite Palette an Maßnahmen ergriffen, die auf die am stärksten von der Krise betroffenen Personen abzielten. S. E. Mohamed Mezghani, Ständiger Vertreter Tunesiens bei den internationalen Organisationen in Wien, beschrieb die tunesischen Bemühungen um die Eindämmung der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und erläuterte, dass das Sozialministerium einen Aktionsplan zur Unterstützung der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen aufgelegt habe; 450 000 Familien hätten davon profitiert. I. E. Faouzia Mebarki, Ständige Vertreterin der Demokratischen Volksrepublik Algerien bei den internationalen Organisationen in Wien, rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, wachsam zu bleiben, da die Gefahr bestehe, dass von kriminellen Gruppen gefälschte Impfstoffe in Umlauf gebracht würden. In der anschließenden Diskussion wiesen viele Delegationen darauf hin, dass die multilaterale und regionale Zusammenarbeit für die Bewältigung der COVID-19-Pandemie und die Förderung einer inklusiven und nachhaltigen Erholung von wesentlicher Bedeutung sei.

Das zweite Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum fand am 10. Mai statt und war dem Thema „Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität durch verbesserte multilaterale Zusammenarbeit“ gewidmet. Das Treffen wurde von S. E. Adam Hałaciński, dem Ständigen Vertreter Polens und Vorsitzenden der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum, eröffnet. Er wies darauf hin, dass die meisten grenzüberschreitend tätigen kriminellen Organisationen auf internationaler Ebene operierten und dass Einzelstaaten dieses Phänomen allein nicht wirksam bekämpfen könnten. Daher müssten die Staaten ihre Maßnahmen koordinieren, sich die wechselseitigen Erfahrungen und bewährten Verfahren zunutze machen und im ständigen Dialog miteinander bleiben. Darüber hinaus solle besonderes Augenmerk auf die Prävention

gelegt werden, wobei multilaterale Gremien den Dialog fördern und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen erleichtern sollten. Unter Würdigung der Ministererklärung von Tirana zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender organisierter Kriminalität (MC.DOC/1/20) wies Hałaciński darauf hin, dass viele Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner große Besorgnis über die Auswirkungen der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität auf die internationale Stabilität und Sicherheit geäußert hätten. I. E. Ghada Fathi Waly, Exekutivdirektorin des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und Generaldirektorin des Büros der Vereinten Nationen in Wien, anerkannte die Notwendigkeit gemeinsamer Lösungen bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, da die grenzüberschreitende Kriminalität weiterhin alle Dimensionen der Sicherheit betreffe. Die von der Pandemie und dem anschließenden Wirtschaftsabschwung betroffenen Länder müssten gemeinsame Maßnahmen ergreifen und gemeinsame Ziele verfolgen. Sie verwies dabei auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC), das derzeit das einzige Rechtsinstrument sei, das von insgesamt 190 Parteien ratifiziert worden sei und ein breit gefächertes Instrumentarium zur Zusammenarbeit zur Verfügung stelle. Sie ermutigte die Kooperationspartner zu einem proaktiven Umgang mit den Herausforderungen der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität. Die letzte Eröffnungsrednerin, I. E. Alena Kupchyna, OSZE-Koordinatorin für Aktivitäten zur Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, wies darauf hin, dass organisierte kriminelle Gruppen während der Pandemie die wirtschaftliche Rezession genutzt hätten, um sich neue Profitmöglichkeiten zu erschließen. Die multilaterale Zusammenarbeit sei heute wichtiger denn je, und es bestehe die Notwendigkeit, die Ansätze in den verschiedenen Mandatsbereichen anzupassen und Partnerschaften mit allen relevanten Akteuren zu nutzen, um den von der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität ausgehenden Risiken entgegenzutreten. Im Sinne einer möglichst großen Breitenwirkung sei es von höchster Bedeutung, die Bemühungen zu bündeln und vorrangig auf früheren Maßnahmen aufzubauen, anstatt völlig neue Initiativen anzustoßen. Das Impulsreferat des zweiten Treffens hielt Mark Shaw, Direktor der Globalen Initiative gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, der sich auf den Menschen- und Drogenhandel im Mittelmeerraum konzentrierte und darauf hinwies, dass die Schmugglernetzwerke im Mittelmeerraum wahrlich grenzüberschreitend seien und an allen Punkten der verschiedenen Routen auf Mitglieder zurückgreifen könnten. Auch der Waffenhandel sei in der Region weit verbreitet und stehe vor allem im Zusammenhang mit den Konflikten im Mittelmeerraum. Die Befassung mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität sollte für die internationale Gemeinschaft von dringendem Interesse sein, und ihre Bekämpfung verlange nach einem umfassenden Ansatz, der alle drei Dimensionen der Sicherheit umgreife – einem Ansatz also, für den die OSZE gute Voraussetzungen biete. Der erste Redner in der thematischen Diskussion, S. E. Mohamed Elmolla, Ständiger Vertreter der Arabischen Republik Ägypten bei den internationalen Organisationen in Wien, ging darauf ein, wie die Pandemie die Lage im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in der Mittelmeerregion zusätzlich verkompliziert habe. Zusätzlich zu den bereits zuvor gegebenen Verbrechen – der Schleusung von Migrantinnen und Migranten, dem unerlaubten Handel mit Schusswaffen und Kulturgütern, terroristischen Aktivitäten – träten in der Region nunmehr ganz neue Formen krimineller Aktivitäten wie Cyberkriminalität auf. Dina Dominitz, nationale Koordinatorin Israels für die Bekämpfung des Menschenhandels, betonte, wie wichtig der Fokus auf den Menschenhandel als Form der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität sei, und verwies auf die Bemühungen Israels, den Opfern des Menschenhandels Unterstützung zu gewähren, indem ihnen das Land Jahresvisa und staatlich finanzierte

Rechtshilfe biete. Israel habe auch einen Fonds zur Verwaltung von in Fällen von Menschenhandel und Sklaverei eingezogenem Vermögen und verhängten Geldstrafen eingerichtet, in den in solche Straftaten verwickelte Vermögenswerte sowie Geldmittel aus gegen die Täterinnen und Täter verhängten Geldstrafen eingezahlt würden. Die nächste Rednerin, I. E. Leena Al-Hadid, Ständige Vertreterin des Haschemitischen Königreichs Jordanien bei den internationalen Organisationen, erklärte, dass Jordanien keine Mühen scheue, um das organisierte Verbrechen zu bekämpfen, und dass das Arbeitsministerium eine Abteilung zur Bekämpfung des illegalen Handels eingerichtet habe. Sie sprach auch über die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Region Naher Osten und Nordafrika (MENA) seit dem Beginn der Syrien-Krise und wies auf die Zunahme der Cyberkriminalität hin, insbesondere in den Bereichen elektronischer Finanzbetrug, Bestechung, Menschenhandel und sexuelle Gewalt im Internet. Botschafter Azzedine Farhane wies auf die neuen Trends und Herausforderungen im Bereich der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität hin und nannte politische Instabilität als einen der Hauptfaktoren, die zusammen mit der aus ihnen resultierenden Verschlechterung der Sicherheitslage zu grenzüberschreitender organisierter Kriminalität beitragen. Er wies auf die Erfolge Marokkos bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität hin und hielt fest, dass das Land die einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften mit dem UNTOC harmonisiert habe. Darüber hinaus habe es durch die Verabschiedung einer neuen Verfassung im Jahre 2011, die die Unabhängigkeit der Justiz und dadurch die Rechtsstaatlichkeit und das Justizsystem gestärkt habe, die Strafrechtspflege gefördert. Cherif Sari, Polizeipräsident aus Tunesien, wies darauf hin, dass, obwohl sein Land alle verfügbaren Mittel zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität einsetze, das grenzüberschreitende Verbrechen nach wie vor floriere, weshalb eine fortgesetzte langfristige Überwachung vonnöten sei. Auch solide Bemühungen um regionale Zusammenarbeit und die Kooperation mit internationalen Organisationen seien von entscheidender Bedeutung. Der letzte Redner in der thematischen Diskussion, Michał Aleksandrowicz, Kommissar und Leiter der Abteilung für organisierte Drogenkriminalität im zentralen Kriminalamt der Polizei in Polen, stellte den EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität (nunmehr EMPACT, Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen) und insbesondere EMPACT NPS (neue psychoaktive Substanzen) vor, eine Plattform, die sich auf die Verhütung der Herstellung und Verbreitung dieser synthetischen Drogen und des Handels mit ihnen konzentriere. Ihre Hauptaufgabe bestehe darin, als zentrale Drehscheibe für sämtliche Expertinnen und Experten im Bereich der synthetischen Drogen zu fungieren und ihnen ein Forum zur Erörterung von Mitteln und Wegen zur Bekämpfung des Phänomens zu bieten. Im Anschluss an die Themenvorträge fand eine Diskussion statt, in der die Delegationen über ihre Erfahrungen und Anstrengungen bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität berichteten.

Das dritte Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum fand am 12. Juli statt und stand unter dem Motto „Potenziale freisetzen, Zukunft sichern: Die Jugend als ungenutzte Ressource des Mittelmeerraums“. In seiner Eröffnungsrede wies Botschafter Hałaciński darauf hin, dass junge Menschen einen positiven Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit im Mittelmeerraum leisteten. Dieser Beitrag sei jedoch abhängig von entsprechenden Rahmenbindungen, und den jungen Menschen müsse dabei Unterstützung gewährt werden, insbesondere in Form von zeitgemäßer Bildung und hochwertigen Berufsausbildungsmöglichkeiten sowie der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. S. E. Luis Cuesta, Ständiger Vertreter Spaniens und Kovorsitzender des Freundeskreises zu Jugend und Sicherheit, hob die federführende Rolle hervor, die Spanien gemeinsam mit Kirgisistan und den Vereinigten Staaten von Amerika bei der Förderung und Weiterentwicklung der Agenda

„Jugend und Sicherheit“ in der OSZE spielen. Botschafter Cuesta betonte die Notwendigkeit von Veranstaltungen wie der OSZE-Jugendkonferenz in Malaga 2017, die sowohl den Teilnehmerstaaten als auch den Kooperationspartnern bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen helfen könnten, und lobte Albanien für seine Bemühungen um die Förderung der Jugendagenda in der gesamten OSZE. James E. Donegan, Geschäftsträger a. i. der Vereinigten Staaten von Amerika, eröffnete seine Ausführungen mit dem Hinweis auf den Zusammenhang zwischen der Sicherheit im OSZE-Raum und im Mittelmeerraum. Er lobte die Bemühungen der OSZE um die Förderung der Jugendagenda und verwies auf die Ministererklärung von Mailand zur Rolle der Jugend und ihrem Beitrag zu den Bemühungen um Frieden und Sicherheit (MC.DOC/3/18). Er wies auch auf die US-amerikanische *Middle East Partnership Initiative* (MEPI) hin, die Projekte zur Förderung von Stabilität und Wohlstand im Nahen Osten und in Nordafrika durch die Stärkung von Partnerschaften zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Nichtregierungsorganisationen, dem privaten Sektor und staatlichen Institutionen finanziere. Die Hauptreferentin Rosaline Marbinah, Sonderbeauftragte der Amtierenden Vorsitzenden für Jugend und Sicherheit, wies darauf hin, dass bereits vor der Pandemie bei der Chancengleichheit sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch grenzüberschreitend Rückschritte zu verzeichnen gewesen seien. Die Jugendarbeitslosigkeit nehme in alarmierendem Maße zu und werde durch die COVID-19-Pandemie mit Millionen arbeitsloser junger Menschen im OSZE-Raum noch verschärft. Die Staaten bräuchten daher einen ganzheitlichen Ansatz im Bereich Bildung und Arbeitsmarktmanagement, und die jungen Menschen müssten die Federführung bei der Gesetzgebung übernehmen und damit selbst an der Herbeiführung von Reformen teilhaben. Die erste Rednerin in der thematischen Diskussion, Youmna Osman, Direktorin für Sicherheits- und strategische Organisationen im ägyptischen Außenministerium, wies darauf hin, dass junge Menschen mehr als 60 Prozent der ägyptischen Bevölkerung ausmachten und Jugend-Empowerment daher ganz oben auf der Agenda von Präsident Sisi stehe. Seit der Einführung einer Jugendinitiative unter dem Motto „Lang lebe Ägypten dank der Kraft der Jugend“ im Jahr 2014 seien praktische Schritte unternommen worden, um junge Menschen in Führungspositionen zu bringen, und nach den Gouverneurswahlen 2019 seien 60 Prozent der Spitzenpositionen an junge Menschen vergeben worden. Botschafter Azzedine Farhane erklärte, dass das marokkanische Ministerium für Jugend und Sport in Zusammenarbeit mit UNICEF eine „nationale integrierte Jugendpolitik 2015–2030“ verabschiedet habe und derzeit eine ganze Reihe staatlicher Sektoren an der Konsolidierung der Bemühungen für junge Menschen in den verschiedensten Bereichen beteiligt seien. Wie auch andere Rednerinnen und Redner lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Beteiligung junger Menschen an der Politikgestaltung im Interesse von Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitsbereich und beim Zugang zu politischen und kulturellen Rechten. Der folgende Redner, Samir Graiche, Erster Sekretär der Botschaft Algeriens in Wien, wies darauf hin, dass junge Menschen die Hälfte der algerischen Bevölkerung ausmachten – 54 Prozent der Bevölkerung seien unter 30. Er stellte die nationale algerische Wirtschaftsentwicklungsstrategie vor, die überarbeitet worden sei, um die Beteiligung junger Menschen am Wirtschaftsleben zu fördern, und wies außerdem darauf hin, dass die algerische Regierung vor kurzem einen Satz an Maßnahmen entwickelt habe, um Start-up-Unternehmen beim Umgang mit COVID-19 zu helfen. Auch Essam al-Raggad, Zweiter Sekretär der Ständigen Vertretung des Haschemitischen Königreichs Jordanien bei den internationalen Organisationen in Wien, wies darauf hin, dass sein Land eine sehr junge Bevölkerung habe – 63 Prozent der Jordanierinnen und Jordanier seien unter 30. Die jordanische Regierung habe erkannt, dass die Jugend besser auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden müsse, und habe daher als eine der ersten in der Region Programmieren in den Schullehrplan aufgenommen, wobei 9 000 Schülerinnen und Schüler kostenlosen Zugang zu Programmierunterricht in arabischer Sprache erhielten. Tamar Shchory, gesellschaftspolitische Aktivistin und

Unternehmerin aus Israel, wies darauf hin, dass junge Menschen in ihrem Land 35 Prozent des Gesamtarbeitsmarktes ausmachen; 65 Prozent davon gäben an, dass ihre Arbeit einen Bezug zu ihrer Ausbildung habe. Darüber hinaus seien 20 Prozent der Mitglieder der Knesset unter 40. So habe Israel in vielen Städten auch sogenannte „Zentren für junge Erwachsene“ eingerichtet, die Stipendien und Programme für junge *Olim* (Neueinwandererinnen und -einwanderer) anbieten. Der 19-jährige Tunesier Amir Fehri, Botschafter für junge Menschen im Kreativsektor bei der Liga der Arabischen Staaten und bei der Organisation der Arabischen Liga für Bildung, Kultur und Wissenschaft, betonte, wie wichtig es sei, einen Dialog zwischen den jungen Menschen herbeizuführen und ihnen eine wichtige Rolle in Entscheidungsprozessen zuzuweisen. Sara Linnoinen, beigeordnete Projektreferentin in der Abteilung für grenzüberschreitende Bedrohungen der OSZE, lieferte einen Überblick über die Initiative LIVE (*Leaders against Intolerance and Violent Extremism*), ein Vorzeigeprojekt der Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU), und schilderte deren Erfolg beim Aufbau der Kapazitäten junger Führungskräfte in Südosteuropa und Zentralasien. Ziel der Initiative, die auf dem *Do-No-Harm*-Prinzip und den Grundsätzen der allgemeinen Menschenrechte beruhe, sei es, die Widerstandskraft von Gemeinwesen und die Fähigkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure im Hinblick auf die Verhütung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, zu stärken, Einfluss auf Strategien zur Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus zu nehmen und konkrete Präventionsinitiativen zu entwickeln. Dragana Jovanovska vom nordmazedonischen Zentrum für interkulturellen Dialog erläuterte, dass dieses 2006 gegründete Zentrum daran arbeite, junge Menschen unterschiedlicher Herkunft miteinander in Kontakt zu bringen und dabei eine gleichberechtigte Vertretung aller Seiten sicherzustellen. Das Zentrum beteilige sich an der Ermöglichung von Lernangeboten in verschiedenen Sprachen, wobei alle seine Aktivitäten für junge Menschen und von jungen Menschen durchgeführt würden und jedes Lernprogramm mit Menschenrechtserziehung beginne. Dass das Zentrum auf ausgegrenzte junge Menschen zugehe, um deren Teilhabe sicherzustellen, mache seine Arbeit in Gemeinwesen nach Konflikten besonders wichtig. Nach den Podiumsvorträgen ergriff eine Delegation das Wort und hob die entscheidende Rolle junger Menschen bei der Verwirklichung der umfassenden Sicherheit hervor.

Die OSZE-Mittelmeerkonferenz 2021 fand am 12. und 13. Oktober im Hybridformat statt, wobei die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Referentinnen und Referenten wahlweise virtuell oder persönlich in den Räumlichkeiten der OSZE in der Hofburg in Wien teilnehmen konnten. Sie stand unter dem Motto „Der Weg zur Resilienz: Erholung und Sicherheit im OSZE- und Mittelmeerraum nach der Pandemie“ und erwies sich als hervorragende Plattform zur Erörterung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Verbindungen zwischen der OSZE und dem Mittelmeerraum im Bereich der Sicherheit. Rund 250 Personen aus 49 Ländern nahmen an der Veranstaltung teil. Die Eröffnungsreden wurden gehalten von S. E. Piotr Wawrzyk, Staatssekretär im polnischen Außenministerium, I. E. Ann Linde, Amtierende Vorsitzende der OSZE und Außenministerin Schwedens, I. E. Megi Fino, stellvertretende Ministerin für Europa und auswärtige Angelegenheiten Albaniens, und I. E. Helga Maria Schmid, Generalsekretärin der OSZE. S. E. Piotr Wawrzyk unterstrich die Bedeutung des Mittelmeerraums für die Stärkung der globalen Sicherheit und die Erholung nach der Pandemie. Es folgte das politische Segment auf hoher Ebene, das dem Thema „Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum im Lichte der COVID-19-Pandemie“ gewidmet war und in dessen Rahmen 15 Ministerinnen und Minister beziehungsweise stellvertretende Ministerinnen und Minister aus den OSZE-Kooperationspartnerländern und -Teilnehmerstaaten Erklärungen abgaben. Auf dieses Segment folgten drei thematische Sitzungen mit folgenden Schwerpunkten: „Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei

der Bekämpfung der durch die Pandemie ausgelösten grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität“, „Bekämpfung des Menschenhandels auf den von der Pandemie betroffenen Arbeitsmärkten“ sowie „Ein nachhaltig gestalteter Aufschwung nach der sozioökonomischen Krise als Sprungbrett zur Sicherheit“. In ihren abschließenden Bemerkungen wiesen S. E. Bogusław Winid, Leiter des OSZE-Arbeitsstabs im polnischen Außenministerium, Pascal Allizard, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, und S. E. Igor Djundev, Ständiger Vertreter der Republik Nordmazedonien und designierter Vorsitzender der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum, allesamt auf die Bedeutung des multilateralen Dialogs mit den Partnern hin.

Die vierte und letzte Sitzung der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum fand am 8. November statt und war dem Thema „Bekämpfung des illegalen Handels und Schutz des kulturellen Erbes im Mittelmeerraum“ gewidmet. Zu Beginn des Treffens wies Botschafter Hałaciński darauf hin, dass eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren unerlässlich sei, um Kunstschatze zurückzuerlangen und terroristische Organisationen zu zerschlagen, die am illegalen Handel mit diesen beteiligt sind. Gorancho Stojkovski, Berater für Zollangelegenheiten im Referat für Grenzsicherung und -management der Abteilung für grenzüberschreitende Bedrohungen (TNTD), stellte detailliert das erweiterte Umfassende OSZE-TNTD-Programm und -Projekt für 2021–2025 vor. Dabei werde die Einführung eines jährlichen Treffens zum Thema des illegalen Handels mit Kulturgütern beabsichtigt, das jeweils zu Beginn des Kalenderjahres stattfinden solle und in dessen Rahmen die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner eingeladen würden, ihre Erfahrungen zu erörtern und anschließend einen Jahresaktionsplan für das jeweilige Jahr zu erstellen. Zusätzlich zur Einrichtung dieses jährlichen Treffens solle die Initiative in Öffentlichkeitsarbeit, Lagebeurteilungen und Sensibilisierung investieren, unterstützt durch maßgeschneiderte Aktivitäten eines eigenen Teams von Expertinnen und Experten zum Aufbau von Kapazitäten. Die themenbezogene OSZE-Ressourcenplattform sowie Produkte zur Förderung der Sichtbarkeit würden weiter ausgebaut, ebenso die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen. Die erste Rednerin in der thematischen Diskussion war Serena Giusti, Professorin an der Scuola Superiore Sant'Anna in Pisa (Italien). Giusti konzentrierte sich auf die Frage der sogenannten „Versicherheitlichung“ des kulturellen Erbes und definierte „Versicherheitlichung“ als die Aufnahme politischer Fragen in die Sphäre der Sicherheitspolitik, wodurch diese Fragen dann auch mit den für den Sicherheitsbereich typischen Instrumenten behandelt werden müssten. Der zweite Redner in der thematischen Diskussion war der Archäologe Ilan Hadad, Handelsinspektor in der Abteilung zur Verhütung von Antiquitätendiebstahl der israelischen Antikenbehörde. Er erläuterte die von seiner Abteilung angewandte Methode zur Verhütung des Phänomens, wobei sie direkt vor Ort mit halb-militärischen Taktiken vorgehe, um die Räuberinnen und Räuber zu fassen; außerdem müssten Sammlerinnen und Sammler sowie Händlerinnen und Händler ihre Kulturgüter registrieren lassen, und es seien verschärfte und strengere Gesetze gegen die Sammlung von nach beziehungsweise aus Israel geschmuggelten Antiquitäten verabschiedet worden. Maged Mohieldin Nafei Mosleh, stellvertretender Außenminister Ägyptens für internationale Sonderorganisationen, wies auf die Arbeit des Zwischenstaatlichen Komitees der UNESCO für die Förderung der Rückgabe beziehungsweise im Falle unerlaubter Aneignung der Rückerstattung von Kulturgut an die Ursprungsländer (ICPRCP) hin. Bei seiner aktuellen Tagung habe das Komitee unter Moslehs Vorsitz eine Reihe von Beschlüssen und Empfehlungen verabschiedet, von denen die wichtigste die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Ethikkodex für Führungskräfte und die Abhaltung von Expertentreffen zur Untersuchung kolonialer Kulturgüter betreffe. Im Anschluss an die thematische Diskussion ergriffen die Delegationen mehrerer Kooperationspartner und Teilnehmerstaaten das Wort und stellten die

nachahmenswerten Praktiken und die Erfahrungen ihrer Länder bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern vor.

Am 15. Juli 2021 widmete der schwedische OSZE-Vorsitz eine Sitzung des Ständigen Rates der Erörterung der Zusammenarbeit mit den Mittelmeerpartnern zum Thema „Klimawandel und Sicherheit“. Marcin Czapliński, stellvertretender Ständiger Vertreter Polens, wies in Vertretung des Vorsitzenden der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum auf die Auswirkungen des Klimawandels auf den Mittelmeerraum hin und betonte die besondere Bedeutung der Schaffung von Synergien und des Informationsaustauschs. Vor allem Frauen und junge Menschen sollten ganz im Sinne der Ministererklärung von Mailand zur Rolle der Jugend und ihrem Beitrag zu den Bemühungen um Frieden und Sicherheit (MC.DOC/3/18/Corr.1) als Akteurinnen und Akteure des Wandels eine Schlüsselrolle spielen. Czapliński betonte, dass Stabilität und Sicherheit im Mittelmeerraum wesentlicher Bestandteil der Stabilität und Sicherheit im gesamten OSZE-Raum seien.

BERICHT AN DEN MINISTERRAT DER OSZE ÜBER DIE STÄRKUNG DER RECHTLICHEN GRUNDLAGE DER OSZE IM JAHR 2021

(MC.GAL/6/21 vom 17. Dezember 2021)

Einführung und Hintergrund

Das Fehlen einer allgemein anerkannten Völkerrechtspersönlichkeit der OSZE konfrontiert uns nach wie vor mit operativen Herausforderungen.

Im Laufe der Jahre wurden im gesamten OSZE-Raum verschiedene Bemühungen unternommen, der Organisation, ihren Bediensteten und den Vertreterinnen und Vertretern ihrer Teilnehmerstaaten einen Rechtsstatus, Vorrechte und Immunitäten zu sichern, die dazu führten, dass verschiedene Teilnehmerstaaten bilaterale Abkommen/Vereinbarungen abgeschlossen oder der OSZE durch nationale Rechtsvorschriften einen Rechtsstatus, Vorrechte und Immunitäten gewährt haben. Dies hat allerdings zu einer bruchstückhaften rechtlichen Grundlage geführt und eine einheitliche Lösung notwendig gemacht.

Im Hinblick darauf wurde im Jahr 2009 beziehend auf einen Ministerratsbeschluss zu diesem Thema¹ die offene Informelle Arbeitsgruppe für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE (IWG) eingerichtet, um den Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten diesbezüglich voranzubringen. Im Allgemeinen tritt die IWG zwei- bis dreimal im Jahr in dem kontinuierlichen Bemühen zusammen, auf dem Gebiet des Rechtsschutzes für die OSZE und ihre Bediensteten Fortschritte zu erzielen und zu einer Lösung zu gelangen, die ihr im Einklang mit einer der derzeit vier Optionen die Völkerrechtspersönlichkeit verleihen soll.² Wie in den letzten Jahren³ sind diese vier Optionen folgende:

- Option eins: Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs von 2007
- Option zwei: Verabschiedung eines konstituierenden Dokuments vor oder gleichzeitig mit der Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs von 2007
- Option drei: Ausarbeitung eines „Übereinkommens Plus“ (einer Hybridlösung bestehend aus dem Übereinkommensentwurf von 2007, in den Elemente eines konstituierenden Dokuments eingefügt werden)
- Option vier: Umsetzung des Ratsbeschlusses von Rom 1993 durch Unterzeichnung und Ratifikation des Übereinkommensentwurfs von 2007 durch eine Gruppe interessierter Teilnehmerstaaten

1 Ministerratsbeschluss Nr. 4/08 vom 5. Dezember 2008.

2 Die Dokumente betreffend die vier Optionen wurden in CIO.GAL/8/17/Rev.1 vom 25. Januar 2017 zusammengefasst.

3 Berichte an den Ministerrat über die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE, siehe MC.GAL/4/15 vom 1. Dezember 2015, MC.GAL/7/16 vom 9. Dezember 2016, MC.GAL/7/17 vom 8. Dezember 2017, MC.GAL/10/18/Rev.1 vom 7. Dezember 2018 und MC.GAL/3/20 vom 3. Dezember 2020.

Beratungen der informellen Arbeitsgruppe im Jahr 2021

Im Jahr 2021 hat der schwedische Vorsitz zwei Sitzungen der IWG einberufen, die vom österreichischen Botschafter H. Tichy als Vorsitzendem geleitet und beide aufgrund der fortdauernden Covid-19-bedingten Einschränkungen in hybridem Format abgehalten wurden. Die Tagesordnungspunkte umfassten unter anderem Erörterungen über die Machbarkeit aller zur Prüfung vorgelegten Optionen, aktuelle Informationen über die operativen Auswirkungen des ungeklärten Rechtsstatus der OSZE und aktuelle Informationen zur Umfrage über nationale Umsetzungsmaßnahmen.⁴

Erstes Treffen: 31. Mai 2021

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit der Bitte an die Teilnehmerstaaten, zu jedweden Entwicklungen die vier Optionen betreffend Stellung zu nehmen. Einige Teilnehmerstaaten wiederholten ihre seit langem bestehenden Standpunkte zu den zu prüfenden Optionen. Neue Initiativen wurden von den Teilnehmerstaaten nicht vorgeschlagen.

Aktuelle Informationen über die operativen Auswirkungen des ungeklärten Rechtsstatus der OSZE

S. Walsh, Leiter des Büros für Rechtsangelegenheiten des Sekretariats, gab einen Überblick über die operativen Auswirkungen des ungeklärten Rechtsstatus, mit denen die OSZE in der letzten Zeit konfrontiert war. Er erinnerte an seinen auf dem letzten IWG-Treffen geäußerten warnenden Hinweis im Hinblick auf etwaige belastende Szenarien, die sich während der COVID-19-Pandemie für die Organisation ergeben könnten, wie etwa mögliche Schadensersatzforderungen, die den Versicherungsschutz der OSZE übersteigen könnten, und mögliche Forderungen gegenüber der Organisation und ihrer Führungsebene in Fällen, in denen sich OSZE-Bedienstete im Zuge der Ausübung ihrer offiziellen Funktionen mit der Krankheit ansteckten und dies zu schweren gesundheitlichen Schäden oder zum Tod führte. S. Walsh setzte die IWG auch darüber in Kenntnis, dass die neue Generalsekretärin die Mustervereinbarung und die spezifische Mustervereinbarung von 2017⁵ gebilligt hat, die zwar keine Alternative für die der IWG vorliegenden Optionen darstellen, deren Abschluss auf bilateraler Grundlage von interessierten Teilnehmerstaaten jedoch als eine kurzfristige Überbrückungsmaßnahme erwogen werden könnte.

S. Walsh veranschaulichte anhand einiger Beispiele, dass die derzeitige rechtliche Lage alles andere als optimal ist. So kam es zum Beispiel zu Feindseligkeiten zwischen zwei Teilnehmerstaaten, die zu umfangreichen Beratungen zwischen der entsprechenden Feldoperation und dem Büro für Rechtsangelegenheiten des Sekretariats über die potenzielle Haftung der OSZE während der Durchführung von Einsätzen in dem betroffenen Gebiet führte, sowie zum erneuten Aufrollen eines Strafverfahrens gegen einen OSZE-Bediensteten im Zusammenhang mit der Ausübung offizieller Funktionen im Rahmen einer Mission in einem Gebiet, in dem der Organisation die Mittel fehlten, die Immunität ihres Personals geltend zu machen.

4 CIO.GAL/108/21 vom 30. September 2021.

5 SEC.GAL/44/21 vom 26. März 2000.

Zweites Treffen: 12. Oktober 2021

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit der Bitte an die Teilnehmerstaaten, zu jedweden Entwicklungen die vier vorliegenden Optionen betreffend Stellung zu nehmen. Einige Teilnehmerstaaten wiederholten ihre seit langem bestehenden Standpunkte zu den zu prüfenden Optionen. Neue Initiativen wurden von den Teilnehmerstaaten nicht vorgeschlagen.

Vortrag über die operativen Herausforderungen angesichts des ungeklärten Rechtsstatus der OSZE

M. Twardowska, Stellvertretende Direktorin KVZ/Unterstützung von Einsätzen und Koautorin der vor Kurzem veröffentlichten OSZE-Publikation „A Peaceful Presence – The First Five Years of the OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine“, hielt einen Vortrag über das Thema aus der Sicht des KVZ. Sie stellte fest, dass trotz der fehlenden allgemein anerkannten Völkerrechtspersönlichkeit die OSZE-Teilnehmerstaaten die Organisation mit Mandaten für Operationen und Einsätze, auch vor Ort und in Konfliktzonen, ausgestattet hätten und somit von der OSZE erwarteten, so wie andere internationale Organisationen tätig zu sein – unter Inanspruchnahme des notwendigen Ausmaßes an Vorrechten und Immunitäten, um ihre wirksame Funktionsweise zu gewährleisten. Die besondere rechtliche Situation der OSZE hindert die Organisation zwar nicht an der Erfüllung ihrer Aufgaben, doch sie hat Schwierigkeiten geschaffen, ist zeitraubend und bringt rechtliche Risiken und Unwägbarkeiten mit sich, die für zusätzliche Komplexität, verwaltungstechnische Herausforderungen und höhere Kosten sorgen.

M. Twardowska ging auf die rasche Entsendung der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) als anschauliches Beispiel dafür ein und betonte, dass aufgrund der fehlenden allgemein anerkannten Völkerrechtspersönlichkeit der OSZE die Mission in den ersten zwölf Wochen ihres Einsatzes keine formale Rechtsfähigkeit besaß. Obschon das Memorandum of Understanding (MoU) mit dem Gastland bald nach der Entsendung der SMM unterzeichnet wurde, fand die Ratifizierung des MoU erst einige Monate später statt, und aufgrund dieser Situation konnte die SMM in dieser Übergangszeit keine Verträge abschließen, keine Bankkonten eröffnen und keine notwendige Ausrüstung kaufen.

Dazu kommt, dass das MoU zwar sicherstellt, dass die Mitglieder der SMM nun in der Ukraine geschützt sind, aufgrund der bruchstückhaften Regelung der Vorrechte und Immunitäten der OSZE andere Funktionsträger wie die Generalsekretärin und das Sekretariatspersonal hingegen keinen formellen Rechtsstatus, keine Vorrechte, Immunitäten oder Sicherheitsgarantien in der Ukraine genießen. Wenn sie auf ihren Dienstreisen kein Visum benötigen, weiß die Regierung somit nichts von ihrer Anwesenheit und muss ihnen keinen speziellen Schutz zukommen lassen. Ruft man sich die Entführung zweier Gruppen von Beobachterinnen und Beobachtern im Jahr 2014 in Erinnerung, so ist die Sorge um die Gesundheit und das Wohlergehen des OSZE-Personals kein hypothetisches Szenario. Unter Hinweis auf die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts der Internationalen Arbeitsorganisation, der zufolge internationale Organisationen die Pflicht haben, für geeignete diplomatische Vereinbarungen mit der Regierung des Gastlandes zu sorgen, bevor sie ihre Vertreterinnen und Vertreter auf Dienstreisen schicken, wurde im Vortrag betont, dass der vom Personal erlittene Schaden zu einer weitreichenden finanziellen Haftung für die

betroffene Organisation führen könnte.⁶ M. Twardowska betonte, dass, auch wenn die meisten bilateralen Abkommen zwischen der OSZE und Gastländern das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961 auf die Feldoperationen und ihre Mitglieder anwendbar gemacht haben, das Übereinkommen doch ausschließlich für bilaterale Missionen gedacht war. Diese Anwendung des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen schränkt die Fähigkeit der Organisation ein, ihre Bediensteten zu schützen und schafft Unsicherheit für das örtliche Personal im Hinblick auf die Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten, was wiederum die Fähigkeit der OSZE beeinträchtigt, hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen.

Abschließend betonte M. Twardowska, dass das Fehlen einer allgemein anerkannten Rechtspersönlichkeit einige Teilnehmerstaaten davon abhalte, wichtige Ausrüstung zu verleihen, was zu höheren Kosten durch die Beschaffung dieser Ausrüstung und die damit verbundenen Dienstleistungen auf kommerzieller Grundlage führe.

Aktuelle Informationen über die operativen Auswirkungen des ungeklärten Rechtsstatus der OSZE

S. Walsh erinnerte an seinen warnenden Hinweis im Hinblick auf etwaige belastende Szenarien, die sich mangels einer einheitlichen Rechtsgrundlage während einer Pandemie für die Organisation ergeben könnten. Um zu veranschaulichen, wie sich die fehlende allgemein anerkannte Rechtspersönlichkeit in diesen Zeiten auf die Tätigkeit der OSZE auswirkte, berichtete S. Walsh, dass die Generalsekretärin ihr Herkunftsland um die Ausstellung einer diplomatischen Note ersuchen musste, um ihre Dienstreise in einen Teilnehmerstaat zu ermöglichen, in dem sie als OSZE-Bedienstete keinen Anspruch auf eine Befreiung von den Einschränkungen aufgrund ihres Diplomatenstatus gehabt hätte und sich andernfalls in Quarantäne begeben hätte müssen. S. Walsh verwies auch auf derzeit laufende Verhandlungen über ein MoU mit einem Teilnehmerstaat, bei denen aufgrund der fehlenden allgemein akzeptierten Rechtspersönlichkeit sämtliche Bestandteile des MoU-Entwurfs zur Diskussion stünden, anstatt dass bereits eine solide Grundlage vorläge, die die grundlegenden Aspekte der Bedürfnisse der Organisation abdeckte. Er führte auch die jüngste Schließung eines Durchführungsorgans der OSZE an, bei der die reibungslose Schließung dem kooperativen Vorgehen des Gastlands zu verdanken war, denn es lagen weder ein MoU noch andere nationale Maßnahmen vor, die den rechtlichen Status der OSZE im Gastland anerkannten.

Aktuelle Informationen zur Umfrage über nationale Umsetzungsmaßnahmen und zum ergänzenden Fragebogen über den Schutz von Vermögenswerten und Archiven der OSZE

S. Walsh informierte die IWG über die Wiederauflage der Umfrage über nationale Umsetzungsmaßnahmen und die ergänzenden Fragebögen, die am 30. September 2021 unter CIO.GAL/108/21 verteilt wurden, und dankte denjenigen Teilnehmerstaaten, die den vorherigen Fragebogen beantwortet hatten. S. Walsh betonte auch, dass sich das Sekretariat und die IWG ein umso klareres Bild machen könnten, je mehr Teilnehmerstaaten den Fragebogen beantworteten.

6 Verwaltungsgesicht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILOAT), A. v. ICC, 126. Tagung, Entscheidung Nr. 4003, 26. Juni 2018.

Schlussfolgerung

Bei der weiteren Prüfung der vier Optionen zur Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE konnten 2021 keine erkennbaren Fortschritte in Richtung eines Konsenses erzielt werden. Bemerkenswert an den diesjährigen Erörterungen war, dass der innovative oder konstruktive Diskurs zu den vier Optionen eher bescheiden ausfiel. Dennoch zeigt der Grad der Teilnahme an den Treffen der IWG, dass weiterhin ein Interesse daran besteht, die Frage mit geeigneten rechtlichen Mitteln zu lösen, um die OSZE, ihre Bediensteten und die Vertreterinnen und Vertreter der Teilnehmerstaaten bei der Ausübung ihrer Funktionen zu schützen. Die vielen verschiedenen operativen Herausforderungen, die 2021 auf den Treffen der IWG aufgezeigt wurden, machten deutlich, wie viele Aspekte in die langwierige Suche nach Lösungen hineinspielen.

Die IWG ist nach wie vor der einzige funktionierende Mechanismus für echten Dialog, um diesen zentralen Aspekt der Existenz der OSZE und des Schutzes ihrer Tätigkeit zu erörtern, zu koordinieren und zu behandeln. Sie bleibt deshalb weiterhin ein wertvolles Forum.